CDU NRW

Machen, worauf es ankommt.

Nordrhein-Westfalen: Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark

Beschluss | 26. März 2022

CDU Nordrhein-Westfalen | Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf | www.cdu-nrw.de

Gliederung

Nordrhein-Westfalen: Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark 3
1. Das haben wir erreicht 3
2. Machen, worauf es ankommt 6
3. Wählen, worauf es ankommt 8
I. SICHERES NORDRHEIN-WESTFALEN 8
1. Innere Sicherheit 8
2. Katastrophenschutz 15
3. Justiz 18
4. Kinderschutz 22
5. Arbeit und Soziales 26
6. Mieten, Bauen und Wohnen 31
II. NACHHALTIGES NORDRHEIN-WESTFALEN 35
1. Wirtschaft 35
2. Energie 39
3. Mobilität 42
4. Klima-, Natur-, Arten- und Umweltschutz 48
5. Landwirtschaft 51
6. Verbraucherschutz 54
7. Finanzen 55
III. SOLIDARISCHES NORDRHEIN-WESTFALEN 56
1. Familien, Kinder, Jugendliche und Vielfalt 56
2. Gleichstellung 61
3. Bildung 64
4. Gesundheit 72
5. Pflege 76
6. Ehrenamt 79
7. Kultur 82
8. Sport 85
IV. STARKES NORDRHEIN-WESTFALEN 86
1. Digitalisierung, Innovationen und Gründungen 86
2. Wissenschaft und Forschung 90
3. Kommunen 94
4. Öffentlicher Dienst 99
5. Lebendige Demokratie 101
6. Medien und Games 103
7. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt 106

Nordrhein-Westfalen: Sicher, nachhaltig, solidarisch und stark

Nordrhein-Westfalen ist ein großartiges Land – mit mehr als 18 Millionen einzigartigen Menschen. Für uns als CDU NRW sind das mehr als 18 Millionen Gründe, an jedem einzelnen Tag an der Zukunft unseres Landes zu arbeiten. Dafür geben wir unser Bestes. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Glaube, sexueller Orientierung und Identität oder politischer Überzeugung ist es unser Anspruch und unsere Motivation, das Leben jeder und jedes Einzelnen spürbar zu verbessern.

Wer hier in Nordrhein-Westfalen zu Hause ist, spürt: Unsere Heimat ist wieder auf der Erfolgsspur. Seit die CDU seit fünf Jahren die Landesregierung führt, geht es mit unserem Land wieder aufwärts. Die Erfolge der vergangenen Jahre sind mit Zahlen, Daten und Fakten belegbar. Die CDU macht den Unterschied.

Wir haben einen klaren Kompass – auch in unruhigen Zeiten, in denen viele Gewissheiten in Frage gestellt werden. Der Angriffskrieg auf die Ukraine markiert einen historischen Einschnitt. Er ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung, auf Freiheit und Demokratie. Wir setzen Krieg und Menschenverachtung Solidarität, Nächstenliebe und Stärke entgegen.

Ausgangs- und Orientierungspunkt unserer Politik ist der Mensch. Der Staat hat eine dienende Funktion. Er gibt die Rahmenbedingungen vor, die den Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen. Dafür braucht es eine Politik, die Chancengleichheit als Chancengerechtigkeit versteht. Wir suchen nicht nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern bieten individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, um allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen. Wir verbinden Freiheit mit sozialer Gerechtigkeit und versöhnen Klimaschutz mit Industrie und ihren guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit.

Wirtschaft und Gesellschaft stehen in den kommenden Jahren – gerade in Nordrhein-Westfalen – vor weiteren großen Umbrüchen. Das Gute ist: Keine Generation vor uns konnte auf so viel Wissen zugreifen, hatte so viele Möglichkeiten und Instrumente, diese erfolgreich zu meistern.

Wir wissen, was Nordrhein-Westfalen braucht. Wir haben eine klare Vorstellung davon, wie die Gesellschaft von morgen aussehen wird. Deshalb machen wir, worauf es ankommt!

1. Das haben wir erreicht

Seit 2017 haben wir die Weichen neu gestellt: auf Tempo, auf Modernisierung, auf Arbeitsplätze, auf Digitalisierung, auf Mobilität, auf Klimaschutz, auf Heimat, auf Sicherheit, auf Familien und auf vieles andere mehr. Wir haben unser Versprechen gehalten: Nordrhein-Westfalen ist wieder auf der Erfolgsspur.

- **Das Leben in unserem Land ist sicherer geworden**. Die Zahl der Straftaten sinkt, die Aufklärungsquote steigt, weil wir wieder mehr Polizisten auf der Straße haben.
- **Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch und sexualisierter Gewalt ist Schwerpunkt unserer Arbeit**. Der abscheuliche Missbrauch von Jugendlichen, Kindern und sogar Säuglingen hat gezeigt, dass der Staat massiver als je zuvor

eingreifen muss. Die Täter bekommen die volle Härte des Gesetzes zu spüren. Mit dem ersten Kinderschutzgesetz gehen wir in Nordrhein-Westfalen bundesweit voran.

- **Wir haben den wirtschaftlichen Riesen entfesselt.** Der Abbau unnötiger Bürokratie fördert Investitionen und sichert Arbeitsplätze. Wir denken Klimaschutz, Digitalisierung und die Transformation unseres Industrie- und Energiestandortes zusammen. Wir sind Gründerland.
- **Faire Arbeit für alle – auch in Zukunft.** Es gibt in Nordrhein-Westfalen so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie nie zuvor. Wir nehmen die richtigen Weichenstellungen vor. Daher kommen wir besser aus der Corona-Krise als andere.
- **Teilhabe aller Menschen sicherstellen.** Wir nehmen alle mit. Wer unsere Hilfe benötigt, kann sich auf die Solidarität aller verlassen. Wir haben Jugendlichen mit Startschwierigkeiten und körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen neue Perspektiven gegeben.
- **Nordrhein-Westfalen und seine Menschen sind vielfältig und weltoffen.** Unser Land ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Bei uns sollen alle eine Heimat finden, egal wo sie geboren sind. Alle, die zu uns kommen und mit uns und nach unseren Gesetzen und Werten leben, sind eine Bereicherung. Das gehört zur DNA unseres Landes. Damit das so bleibt, haben wir das bundesweit modernste Integrationsgesetz geschaffen und die Kommunen erstmals mit genug Geld für die Integration ausgestattet. Sie ist für uns eine Querschnittsaufgabe: Bildung und Ausbildung, Wirtschaft und Arbeit, Ehrenamt und Sport sind nur einige Beispiele, bei denen Integration in Nordrhein-Westfalen erlebt und erfolgreich gelebt wird. Damit sind wir Vorbild für andere Länder.
- **Klima wirksam schützen – Industrie- und Energieland bleiben**. Wir haben unsere Anstrengungen zum Schutz des Klimas vervielfacht. Klimaschutz ist überlebensnotwendig. Wir werden Klimaneutralität spätestens im Jahr 2045 erreichen. Technologieoffenheit und Akzeptanz in der Bevölkerung sind dabei unsere Leitplanken.
- **Nachhaltig handeln – Umweltschutz ohne Ideologie**. Wir haben die Schadstoffbelastung der Luft in unseren Städten gesenkt und die Wiederaufforstung klimastabiler Wälder begonnen. Mit der Nutztierhaltestrategie haben wir den Tierschutz gestärkt und geben der Landwirtschaft Planungssicherheit.
- **Ob Eigentum oder Miete – wir machen mehr Bauen möglich**. Dafür haben wir das Baurecht modernisiert, entbürokratisiert und Investitionsanreize gesetzt. Um Mieterinnen und Mieter zu unterstützen und zu schützen, haben wir das Wohngeld erhöht und eine neue Mieterschutzverordnung verabschiedet. Wir haben den öffentlich geförderten Wohnungsbau gestärkt.
- **Die schwarze Null steht**. Wir gehen verantwortungsvoll mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler um. Der Haushalt 2018 war der erste Landesetat seit 1973, der bereits bei der Einbringung keine neuen Schulden vorsah.
- **Gute Bildung heißt beste Chancen ermöglichen**. Unsere Bildungspolitik ermöglicht jeder Schülerin und jedem Schüler Aufstieg durch Bildung. Wir haben das Abitur nach

neun Jahren wieder ermöglicht. Mit dem „Masterplan Grundschule“ wird diese Schulform professionell und zukunftsfähig weiterentwickelt. Wir haben die Fehler der Vorgängerregierung bei der Inklusion korrigiert und die Förderschulen gestärkt.

- **Gesundheit ist unser wichtigstes und wertvollstes Gut**. Wer krank ist oder wem gesundheitliche Probleme drohen, dem muss schnell und kompetent geholfen werden. Wir haben die wohnortnahe Gesundheitsversorgung gesichert. Die Landarztquote ist ein Erfolgsmodell. Wir haben das Schulgeld für Gesundheitsberufe abgeschafft, um sie attraktiver zu machen. Die Krankenhäuser erhalten 2 Milliarden Euro mehr für Investitionen.
- **Ehrenamt ist Ehrensache.** Unzählige Frauen und Männer jeden Alters setzen sich in ihrer Freizeit für die Gesellschaft und ihre Mitmenschen ein. Das macht Nordrhein-Westfalen stark. Mit unserer Engagementstrategie haben wir die Zuschüsse für Verbände und Vereine um jährlich 6 Millionen Euro erhöht.
- **Wir machen Kultur sichtbar und erlebbar**. Kultur hat in Nordrhein-Westfalen seit 2017 wieder einen hohen Stellenwert. Dafür geben wir 50 Prozent mehr Geld aus und haben ein eigenes Ministerium geschaffen.
- **Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nummer 1.** Mit einem einzigartigen Förderprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro haben wir Sportvereine und Sportverbände gestärkt. Wir schaffen die besten Bedingungen für den Profi- wie den Breitensport.
- **Wir machen Nordrhein-Westfalen digital**. Beim 5G-Ausbau stehen wir an der Spitze der deutschen Flächenländer. Wir haben Tempo beim Ausbau von superschnellem Internet gemacht: 98 Prozent der Schulen, 95 Prozent der Gewerbegebiete und 76 Prozent der Haushalte haben Zugang zum gigabitfähigen Netz. Mit dem Mobilfunkpakt schließen wir weiße Flecken.
- **Mobilität – schnell, sicher und sauber**. Wir haben mit Rekordsummen und neuen, innovativen Methoden für Bau und Baustellenmanagement dafür gesorgt, dass Straßen, Brücken, Tunnel und Fahrradwege schneller gebaut werden. Mit dem ersten Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz eines Flächenlandes gehen wir neue Wege. Wir schaffen klimaschonende Mobilität für alle, u. a. mit unserer ÖPNV-Offensive.
- **Mit Forschung und Entwicklung lösen wir die Probleme unserer Zeit.** Unser Land ist Spitze als Forschungs- und Wissenschaftsstandort. Wir haben die Bedingungen für Studierende und Lehrende verbessert. Die Innovationen von heute sind die Chancen von morgen.
- **Gemeinsam und fair – wir stärken die Kommunen**. Wir haben dafür gesorgt, dass unserer Städte, Gemeinden und Kreise wieder mehr Geld in der Kasse haben. Wir haben beim Bund eine jährlich wiederkehrende Entlastung der Kommunen für die Unterkunftskosten bei Hilfsbedürftigkeit in Höhe von rund eine Milliarde Euro durchgesetzt.

- **Wir sind die Europapartei.** Nordrhein-Westfalen ist nicht nur ein wichtiger Teil Deutschlands, sondern war und ist die treibende Kraft für die gemeinsame Zukunft in Europa. Gerade in der Corona-Pandemie hat sich die gute Zusammenarbeit mit unseren belgischen und niederländischen Nachbarn bewährt. Ein starkes und bürgernahes Europa muss in den Köpfen wie den Herzen der Menschen wirken.

Was angestoßen wurde, muss ambitioniert fortgeführt werden. Was an neuen Herausforderungen entstanden ist, muss angepackt werden. Wie uns das gelingen wird, darauf schaut ganz Deutschland. Denn Nordrhein-Westfalen ist „Deutschland kompakt“: mit großen Städten, dem ländlichen Raum und seinen Dörfern, mit Schwerindustrie und Land- und Ernährungswirtschaft, mit Tradition und innovativen Denkfabriken, mit Menschen aus allen Teilen der Welt.

Wir setzen uns neue und ehrgeizige Ziele für unser modernes und zukunftsoffenes Bundesland. Die entscheidenden Leitlinien für uns sind: Wir machen Nordrhein-Westfalen noch sicherer, noch nachhaltiger, noch solidarischer und noch stärker.

Wir machen, worauf es ankommt!

2. Machen, worauf es ankommt

Sicheres Nordrhein-Westfalen

Sicherheit ist nicht umsonst zu haben. Wir müssen sie verteidigen – nach außen und nach innen. Polizeipräsenz vor Ort, Einsatzkräfte, die schnell Hilfe leisten – das ist unabdingbar für die Sicherheit der Menschen in unserem Land.

Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehrleute und die Einsatzkräfte der Hilfsdienste leisten hervorragende Arbeit, die oft über das normale Maß hinausgeht. Dafür schulden wir ihnen Dank und Respekt.

Sicherheit beginnt bei grenzüberschreitender Zusammenarbeit und hört bei interdisziplinären Teams aus Zoll und Kriminalämtern nicht auf. Sie schließt persönliche Ausstattung der Einsatzkräfte mit ein, und auch das Gesundheitsmanagement in den Polizeibehörden.

Mit einer Null-Toleranz-Haltung gegenüber jeder Art von Gewalt und Kriminalität zeigen wir den Gegnern der Freiheit eines jeden einzelnen Menschen in Nordrhein-Westfalen klare Grenzen auf. Das gilt auf der Straße, zu Hause und im Internet. Hier machen wir keine Unterschiede.

Nachhaltiges Nordrhein-Westfalen

Die CDU NRW steht voll zu den Pariser Klimazielen. Klimaschutz ist ein Generationenprojekt. Wir werden es zu einem Versöhnungsprojekt machen. Wir werden Klimaschutz und Industrie mit ihren guten Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit versöhnen. Wir machen Klimaschutz so, dass er für Menschen bezahlbar bleibt. Und wir werden einen neuen gesellschaftlichen Pakt für Arbeit und Umwelt initiieren.

Politik muss die Weichen für die Zukunft stellen. Sie darf künftige Generationen nicht zusätzlich finanziell belasten. Unsere Kinder und Enkelkinder müssen den Spielraum haben,

die Herausforderungen ihrer Zeit bewältigen zu können. Wir müssen heute schon für morgen sorgen. Wir erreichen dieses Ziel nicht mit mehr Staat oder mehr Schulden. Wir erreichen es mit einem Staat, der im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen für gutes und nachhaltiges Handeln vorgibt. Dieses deutsche Erfolgsmodell garantiert faire Arbeits- und Lebensbedingungen, sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und ermöglicht eine leistungsfähige und innovative Wirtschaft, in der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Unternehmerinnen und Unternehmer zusammenarbeiten.

Wir denken Nachhaltigkeit vernetzt und verknüpfen die Chancen von Wirtschaft, Landwirtschaft, Umwelt, Wohnen und Mobilität miteinander.

Das ist unsere DNA. Das ist unsere Politik.

Solidarisches Nordrhein-Westfalen

Wir wollen, dass alle Menschen ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft erwirtschaften können. Für uns gilt das Prinzip „Fördern und Fordern“. Die Schwachen haben einen Anspruch auf die Solidarität der Starken. Jeder in der Gesellschaft muss seinen Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen. Bildung ist für uns dabei der Schlüssel zum Aufstieg für alle.

Niemand soll Angst haben, dass er sich seine warme Wohnung nicht mehr leisten kann. Es geht nicht nur um die Ermöglichung von Aufstieg, sondern auch um die Sicherheit vor Abstieg.

Familie definiert uns. Familiärer Zusammenhalt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Sie zu stärken, hat für uns Priorität. Wir bringen jeder Partnerschaft, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, höchste Wertschätzung entgegen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt kann nicht von oben verordnet werden. Ein starker Staat vertraut auf die Kreativität, Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Menschen. Wir sehen die Freude daran, Heimat und Gemeinschaft mitgestalten zu wollen. Unverzichtbar ist das ehrenamtliche Engagement, das von vielen Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Leidenschaft gelebt wird. Unsere Gesellschaft lebt von Werten. Wir werden die bewährte Zusammenarbeit mit den Kirchen, Religionsgemeinschaften, jüdischen und islamischen Gemeinden fortsetzen.

Das Thema Gesundheit stand selten so im Fokus wie in den vergangenen Jahren. Wir werden den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und wohnortnahen medizinischen Versorgung in Stadt und Land sicherstellen.

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur die Heimat derjenigen, die hier geboren sind. Wir sind stolz darauf, dass Menschen aus allen Teilen der Welt zu uns ziehen, um hier zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Sie sind uns willkommen. Einwanderung ist gut für Nordrhein-Westfalen. Sie hilft uns demografisch, wirtschaftlich und kulturell.

Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen – und zwar ohne Wenn und Aber. Wir lassen niemanden zurück, der unsere Hilfe und Solidarität benötigt. Das machen wir mit großem Herzen, jedoch nicht blauäugig.

Starkes Nordrhein-Westfalen

Wir werden weiterhin massiv in die digitale Infrastruktur investieren, in Innovationen und in Gründungen. Wir werden die Chancen der Digitalisierung im staatlichen Handeln stärker nutzen und noch schneller, noch effektiver und noch effizienter werden.

Unsere Demokratie muss von möglichst vielen Menschen akzeptiert und gelebt werden. Wir setzen die Vorschläge der von uns initiierten Enquetekommission für die Weiterentwicklung der Demokratie um. Wir verstärken die Teilhabe und die Beteiligung der Menschen am politischen Gemeinwesen.

Nordrhein-Westfalen ist zu groß und zu europäisch, um nur allein zu denken. Unsere Politik greift über die Landesgrenzen hinaus und bindet unsere direkten Nachbarn ein. Unser Land ist Modernisierungstreiber – im Bund und auf europäischer Ebene. Als CDU leben und gestalten wir Föderalismus und Subsidiarität zum Wohle der Menschen.

3. Wählen, worauf es ankommt

In der Politik sind Haltung und Verantwortung unverzichtbar.

Ausgangs- und Orientierungspunkt unserer Politik sind das christliche Menschenbild und die unteilbare Würde des Menschen. Sie leiten sich ab von den christlich-jüdisch-humanistischen Traditionen. Diese sind universell und daher vereinbar mit den Wertvorstellungen von Anders- und Nichtgläubigen. Aus ihnen heraus wächst unsere Verpflichtung zu einem sozial, nachhaltig und verantwortungsvoll handelnden Staat.

Politisches Handeln hat dem Wohl der Menschen und dem Gemeinwohl zu dienen. Wir sind immer für die Menschen, niemals gegen sie. Die CDU ist nicht links, die CDU ist nicht rechts, die CDU ist die Mitte.

Wir haben die Zeit seit 2017 genutzt. Unsere Heimat ist wieder auf der Erfolgsspur. Dieser Kurs kann am 15. Mai 2022 bestätigt werden: Wählen, worauf es ankommt, damit wir machen, worauf es ankommt!

I. SICHERES NORDRHEIN-WESTFALEN

Sicherheit hat viele Facetten. Sie umfasst den Schutz der Menschen wie der Gesellschaft vor Kriminellen. Dazu gehören aber auch gute Arbeit, die einen selbst und die Familie ernährt, und Wohnen, das sich jeder leisten kann.

1. Innere Sicherheit

Wir haben 2017 eine sicherheitspolitische Wende vollzogen. Wir wollen auch in Zukunft, dass alle Menschen jederzeit und überall sicher in Nordrhein-Westfalen leben können, auf der Straße, zu Hause – im digitalen und im analogen Raum.

Das staatliche Gewaltmonopol, die Durchsetzung von Recht und Ordnung, der Schutz von Opfern und Eigentum und die Verteidigung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung gegen alle Verfassungsfeinde und Extremisten sind für die CDU unverrückbare

Maßstäbe ihres Handelns. Unser Motto ist: Maximale Sicherheit für die Menschen und null Toleranz für Kriminelle.

Das haben wir erreicht

- Wir haben eine konsequente Null-Toleranz-Linie gegen Kriminalität aller Art durchgesetzt.
- Wir haben fünfmal in Folge den Etat für die Polizeiarbeit erhöht.
- Wir haben die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei so stark erhöht, dass sie erstmals seit Jahren wieder wächst. Wir haben die Trendwende erreicht. Wir haben von 2017 bis 2022 über 15.000 Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt.
- Wir haben die bekanntgewordenen Straftaten seit 2016 um ein Viertel reduziert. Seit 35 Jahren war unser Land nicht mehr so sicher: Mord- und Totschlag auf einem Zehn-Jahres-Tief, bei Raub niedrigste Fallzahl seit 1988, Wohnungseinbruchdiebstahl ist im Vergleich zu 2015 um mehr als 70 Prozent zurückgegangen, Straßenkriminalität so gering wie seit 1990.
- Wir haben der Clankriminalität erfolgreich den Kampf angesagt. Wir dulden keine rechtsfreien Räume in unserem Land. In bislang fast 2.000 Aktionen wurden mehr als 5.000 Objekte kontrolliert, etwa 22.000 Verstöße geahndet, über 3.000 Gegenstände beschlagnahmt und über 400 Objekte direkt geschlossen.
- Wir haben den Sachhaushalt der Polizei seit 2016 um rund zwei Drittel erhöht und den Ausrüstungsstau der vergangenen Jahre bei der Polizei aufgelöst.
- Wir haben die Unterstützungssysteme für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder weiterentwickelt.
- Häusliche Gewalttäter können jetzt länger in Polizeigewahrsam genommen werden. Das nutzen die Polizeibehörden. Opfer, meist Frauen und Kinder, werden so besser und effektiver vor Gewalt geschützt.
- Wir haben die rechtlichen Befugnisse für die Videobeobachtung im öffentlichen Raum ausgeweitet.
- Wir sorgen für die Durchsetzung unserer rechtlichen Prinzipien. Wir haben bundesweit die höchsten Rückführungszahlen.
- Mit der barrierefreien Notruf-App „nora“ haben wir dafür gesorgt, dass Menschen mit Sprach- und/oder Hörbehinderung Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste schnell und einfach erreichen können.

Machen, worauf es ankommt

- 3.000 neue Polizistinnen und Polizisten pro Jahr ausbilden
- Polizei motivieren, Kräfte so ausstatten, dass sie arbeiten können
- Moderne Methoden für die Kriminalitätsbekämpfung einsetzen
- Sicherheit überall garantieren, Ordnung schaffen

- Permanenten Druck auf kriminelle Clans und organisierte Kriminalität, Strategie der 1.000 Nadelstiche fortsetzen
- Clanmitgliedern den Führerschein entziehen und die Autos wegnehmen
- Demokratie wehrhafter gegen Extremismus und Terrorismus machen
- Sicherheitspolitische Partnerschaften, damit sich Kriminelle nicht jenseits der Landesgrenzen verstecken
- Rückendeckung für Einsatzkräfte bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten und Ordnungsämtern

Für eine starke Polizei

Polizistinnen und Polizisten sind die Garanten der Sicherheit der Menschen in unserem Land. Sie leisten hervorragende Arbeit. Dafür schulden wir ihnen großen Dank. Wir werden deshalb weiterhin für attraktive Arbeitsbedingungen sorgen.

- Wir wollen, dass die Zahl der Polizistinnen und Polizisten von heute rund 40.000 auf mindestens 45.000 steigt. Dafür werden wir 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter pro Jahr in Ausbildung nehmen.
- Wir werden eine Einstellungskampagne starten, um Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger sowie Spezialistinnen und Spezialisten für die Polizei zu gewinnen. Wir wollen Polizistinnen und Polizisten mit einem Zusatz-Studium im IT-Bereich qualifizieren.
- Wir wollen die Kriminalpolizei noch attraktiver für den Nachwuchs machen. Junge Menschen mit und ohne Einwanderungsgeschichte sollen angeworben und beschleunigt in die Kommissariate gebracht werden. Denkbar sind dabei sogenannte Ausbildungskommissariate.
- Wir werden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung mit unseren europäischen Nachbarländern weiter verbessern.
- Wir wollen in allen fünf Autobahn-Inspektionen eine eigene „Eingreiftruppe Strategische Fahndung“ einrichten.
- Wir werden die Einrichtung von interdisziplinären Ermittlerteams prüfen, besetzt aus Mitarbeitern des Zolls, des Landeskriminalamtes, des Bundeskriminalamtes, der Steuerfahndung und der Sozial- und Jugendämter.
- Wir werden weiterhin in die Liegenschaften der Polizei investieren.
- Wir werden sicherstellen, dass Bundeswehr, Polizei, Ordnungsämter, THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen regelmäßig im Rahmen von „Blaulichttagen“ in den Schulen ihre Arbeit vorstellen und aktiv um Nachwuchs werben können.

- Die bewährte Organisation der Polizei in den Präsidien und den Landratsbehörden der Städte und Kreise gewährleistet Orts- und Bürgernähe und damit ein Höchstmaß an Sicherheit. Wir werden sicherstellen, dass die Kreispolizeibehörden auch künftig unter der Leitung der von den Menschen direkt gewählten Landrätinnen und Landräte stehen.

Für Wertschätzung und Respekt für die Polizei

Die Einsatzkräfte nehmen für den Schutz der Menschen in Nordrhein-Westfalen jeden Tag eine Menge auf sich und setzen dabei ihr Leben aufs Spiel. Ihnen schlägt zum Teil brutalste Gewalt entgegen.

- Wir setzen uns für eine härtere Bestrafung von Angriffen auf Einsatzkräfte ein. Strafverschärfungen haben eine abschreckende Wirkung. Sie bringen eine konsequente Null-Toleranz-Haltung gegenüber Straftätern zum Ausdruck.
- Wir statten den Wach- und Wechseldienst bis Ende 2025 mit Bodycams und Tasern aus und werden für gute Schutzausstattung sorgen.
- Wir sprechen uns in aller Deutlichkeit gegen eine gesetzlich verpflichtende Kennzeichnungspflicht aus. Sie verletzt die Persönlichkeitsrechte der Polizistinnen und Polizisten und stellt sie unter Generalverdacht.
- Wir setzen auf moderne Technik wie Drohnen und Roboter, die bspw. bei Aufklärungs- oder Sicherungsmaßnahmen helfen oder Gefährdungen von Einsatzkräften vermeiden.
- Wir werden das Gesundheitsmanagement in den Polizeibehörden professionalisieren und die Unterstützung nach belastenden Einsätzen verbessern.
- Spuckattacken sollen behandelt werden wie Widerstände und Körperverletzungen. Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen so anpassen, dass Betroffene nicht auf Ansprüchen sitzen bleiben.

Für digitale und moderne Kriminalitätsbekämpfung

- Wir werden Kriminalität im Internet mit Cybercops bekämpfen. Sie sollen im Internet Streife gehen. Damit Cyberkriminalität wirksam bekämpft werden kann, werden wir qualifizierte Cybercops in ausreichender Zahl zur Verfügung stellen. Um dies zu ermöglichen, werden wir die Aus- und Fortbildung überprüfen und verbessern. Sie sollen sich umfassend um Kriminalität im Internet kümmern, von Hasskriminalität über Betrugsfälle bis hin zu Straftaten im Darknet.
- Wir werden das Cybercrime-Kompetenzzentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen. Die neu geschaffene Koordinierungsstelle Cybersicherheit soll zur zentralen Anlaufstelle ausgebaut werden.
- Um Verbrechen erfolgreich aufzuklären, müssen die Sicherheitsbehörden technisch mindestens auf Augenhöhe agieren können. Wir werden daher weiter in die Verbesserung der Hardware und in die Modernisierung der IT-Technik investieren.

- Besonders ältere Menschen sind von Onlinekriminalität und Trickbetrug betroffen. Es ist eine wichtige Aufgabe der Landespolizei, über die Gefahren im Netz aufzuklären und zu warnen.
- Wir wollen Künstliche Intelligenz bei der Anzeigenerstattung einsetzen, z. B. in Form von Chatbots.
- Die Kripo muss digitaler werden. Das spart Zeit. Anhörungen und Vernehmungen per Videochat sind ebenfalls vorstellbar.
- Wer im Internet Hass, Rassismus und Antisemitismus schürt, zu Gewalt aufruft oder schwere Straftaten begeht, darf nicht auf digitale Anonymität hoffen. Wir setzen uns daher für eine Auskunftspflicht von sozialen Netzwerken, Messenger-Diensten und dergleichen bei Hasskriminalität und anderen Delikten ein.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Hassgewalt-Delikte zukünftig gesondert erfasst und explizit in der Kriminalitätsstatistik ausgewiesen werden. Das ermöglicht eine bessere Prävention gegen Antisemitismus, Rassismus, Queer-Feindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Wir werden die Online-Durchsuchung einführen. Das sind verdeckte Ermittlungsmaßnahmen in den Daten von Verdächtigen.
- Die Fristen zur Speicherung öffentlich zugänglicher Telefon- und Internetzugangsdienste sind im Zeitalter einer zunehmenden Verlagerung der Kriminalität in den virtuellen Bereich zu kurz. Wir werden uns deshalb auf Bundesebene für eine Verlängerung dieser Fristen auf sechs Monate einsetzen.
- Die Vermessung und Kartographierung von Funkzellen sind wichtige Ermittlungsinstrumente bei der Bekämpfung von Wohnungseinbruch. Wir wollen sie deshalb bei Wohnungseinbruchsdelikten ermöglichen.
- Wir werden uns auf Bundesebene für die rechtliche Absicherung der sogenannten Verkehrsdatenspeicherung einsetzen. Sie ist für effiziente und effektive Kriminalitätsbekämpfung vor allem bei Terror, organisierter Kriminalität und Kindesmissbrauch wichtig.
- Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz ein, z. B. bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch.
- Wir werden das erfolgreiche Frühwarnsystem Periskop zur Erkennung von Personen mit Risikopotenzial in Nordrhein-Westfalen flächendeckend einführen.

<u>Für null Toleranz gegen kriminelle Clans</u>

Die Bekämpfung der Clankriminalität ist kein Sprint, sondern ein Marathon aller Sicherheitsbehörden, von Polizei und Justiz gleichermaßen. Die Organisierte Kriminalität werden wir in den kommenden Jahren mit unserer Null-Toleranz-Strategie und maximalem Kontroll- und Verfolgungsdruck weiterhin entschlossen bekämpfen.

- Wir werden Präventionsprogramme und das Aussteigerprogramm, insbesondere für junge Clanangehörige, ausbauen.

- Im Bereich der Clankriminalität haben wir es zunehmend mit komplexen Unternehmensstrukturen zu tun. Wir werden moderne Recherche-Systeme im Bereich der Organisierten Kriminalität zum Standard machen. Das gilt insbesondere für Ermittlungen in den Bereichen Geldwäsche, Steuerbetrug, Korruption und Drogenhandel.
- Wir wollen Scheinhalterschaften bei Kraftfahrzeugen verhindern und hierzu eine bundesgesetzliche Regelung anstoßen. Wir setzen uns dafür ein, dass Clanmitgliedern die Führerscheine entzogen und ihre Autos beschlagnahmt werden können.
- Im Kampf gegen Zuhälterei wollen wir Verkehrsdaten und Telekommunikationsüberwachung nutzen.
- Finanzermittler leisten oft entscheidende Arbeit für die Aufklärung von schweren Straftaten. Wir werden ihre Anzahl erhöhen. Ebenso wollen wir den Kampf gegen Geldwäsche durch personelle Vernetzung des LKA mit der beim Zoll angesiedelten zuständigen Financial Intelligence Unit verbessern.
- Im Kampf gegen Geldwäsche im Glücksspielmarkt wollen wir eine bessere Vernetzung von Behörden. Außerdem wollen wir verfassungskonform regeln, dass bei Vermögen unklarer Herkunft künftig eine vollständige Beweislastumkehr gilt.

Bei den Geldautomatensprengungen sind in den vergangenen Jahren erhebliche Anstiege zu verzeichnen. Der wirtschaftliche Schaden ist immens. Die Täter sind extrem risikobereit, rücksichtslos, gefährden Unbeteiligte und sind international unterwegs.

- Wir werden die grenzüberschreitende Zusammenarbeit intensivieren, etwa mit einem internationalen Polizeiteam im Dreiländereck und gemeinsamen Einsatzzentralen.
- Wir werden Fahndungskonzepte und Konzepte im Wach- und Wechseldienst anpassen, damit zu tatrelevanten Zeiten die Polizeiarbeit an auffälligen Orten verbessert werden kann.
- Wir werden den Informationsaustausch der beteiligten Sicherheitsbehörden verbessern und für eine reibungslose Zusammenarbeit sorgen.
- Wir fördern den engen Austausch von Sicherheitsbehörden mit den Banken und anderen Betreiber von Geldautomaten.
- Wir sprechen uns für die Einführung von Schutzmaßnahmen aus. Geldscheine sollen sich bei einer Automatensprengung automatisch einfärben oder verkleben.

<u>Für eine wehrhafte Demokratie – gegen Extremismus und Terrorismus</u>

Unsere gesellschaftliche Mitte wird von allen Seiten angegriffen – von rechts, von links, von Islamisten, auf der Straße oder online.

Es ist Aufgabe des Staates, seine Bürger zu schützen. Für uns gehört zu einer wehrhaften Demokratie ein starker Verfassungsschutz.

- Extremistische Strukturen werden wir weiterhin durch Vereinsverbote und eine konsequente Strafverfolgung zerschlagen.

- Wir werden extremistische Bestrebungen unter dem Deckmantel des Versammlungsgesetzes unterbinden.
- Wir werden weiterhin alle ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlichen Instrumente ausschöpfen, damit islamistische Hassprediger, Gefährder und Straftäter schnell und konsequent ausgewiesen werden können. Für uns hat die Abschiebung sicherheitsgefährdender Ausländer Vorrang.
- Wir werden die bestehenden guten Präventionskonzepte weiter stärken und ausbauen. Zusätzlich wollen wir mit den Kommunen ein Frühwarnsystem aufbauen, um ein Abrutschen von Kindern und Jugendlichen in Kriminalität und Extremismus zu verhindern. Eine entscheidende Rolle haben dabei eine aufsuchende Kinder- und Jugendhilfe und die Präventionsarbeit in den Schulen.
- Wir setzen uns auf der Bundesebene für eine gemeinsame Verbunddatei zum gewaltorientierten Linksextremismus nach dem Vorbild der bestehenden Verbunddateien zum Antiterror und Rechtsextremismus ein.
- Wir werden sicherstellen, dass keine öffentlichen Gelder mehr an Verfassungsfeinde gehen. Dies gilt auch für solche, die sich unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Extremismus selbst außerhalb des demokratischen Spektrums bewegen.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Internet kursierenden „Lehrvideos“, wie man mit Waffen umgeht und Menschen schwer verletzen oder töten kann, gelöscht werden.
- Ein gut ausgestatteter Verfassungsschutz garantiert größtmögliche Sicherheit vor linkem, rechtem oder islamistischem Extremismus. Wir werden das Verfassungsschutzgesetz novellieren und dabei entbürokratisieren sowie den Verfassungsschutz weiterhin personell verstärken. Zudem müssen wir ihn mit modernster IT-Technik ausrüsten.

<u>Für Sicherheit und Ordnung</u>

Damit sich alle Menschen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, in Bussen und Bahnen frei und jederzeit sicher bewegen können, wollen wir die kommunale Sicherheitsverantwortung als entscheidende Säule der Sicherheitsarchitektur stärken.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle großen Städte in Nordrhein-Westfalen einen Masterplan Sauberkeit und Sicherheit entwickeln. Dazu werden wir die Kommunen mit polizeilichem Wissen unterstützen.
- Wir setzen uns für bessere Arbeitsbedingungen bei den kommunalen Vollzugskräften ein. Die Ausbildung soll spezialisiert werden. Wir werden prüfen, inwieweit landesweit einheitliche Zulagen für kommunale Vollzugskräfte, ähnlich wie die Polizeizulage, festgeschrieben werden können und welche Rahmenbedingungen dazu erforderlich sind.
- Wir werden die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden weiter stärken, etwa durch weitere Ordnungspartnerschaften und weitere gemeinsame Dienststellen.

- Unter strikter Abwägung der per Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte und des Datenschutzes setzen wir uns für eine Rechtsgrundlage für Städte und Kommunen bei der Videoüberwachung im öffentlichen Raum ein. Damit wollen wir das Sicherheitsgefühl erhöhen und die Aufklärung von Verbrechen erleichtern.
- Die städtebauliche Entwicklung hat entscheidenden Einfluss auf die Kriminalitätslage in einer Kommune. Kriminalitätsbrennpunkte können durch eine vorausschauende Bebauung und Beteiligung der Polizei im Planungsverfahren verhindert werden.

Für den Schutz von Frauen vor Gewalt

Wir machen uns stark gegen jede Art von Gewalt, Menschenhandel und Genitalverstümmelung. Opfer brauchen niederschwellige und vor allem schnelle Hilfe. Für eine weitreichende und unterstützende Frauen- sowie Anti-Gewalt-Politik ist der Opferschutz ein zentraler Bereich.

- Wir werden weiterhin die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, dass jedes Opfer, gleich welchen Alters oder welchen Geschlechts, zügige, verlässliche und auf seine individuelle Situation zugeschnittene Unterstützung erfährt.
- Wir werden die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie zum Thema häusliche Gewalt aus dem Jahr 2020 konsequent umsetzen. Dazu gehört u. a., den Zugang und die Bekanntheit von Hilfsangeboten weiter zu verbessern. Dazu gehören auch mehrsprachige Angebote.
- Frauenhäuser sind ein unverzichtbarer Zufluchtsort. Erstmals seit 2010 haben wir zusätzliche Frauenhäuser gefördert und die Finanzierung sichergestellt. Diese werden wir garantieren.
- Wir bekämpfen Zwangsprostitution entschieden.

2. Katastrophenschutz

Der Schutz der Menschen vor Gefahren und ihres Hab und Gutes ist eine der wesentlichsten Aufgaben des Staates.

Die Hochwasserkatastrophe vom vergangenen Juli mit 49 Todesopfern allein in Nordrhein-Westfalen zeigt deutlich, dass alle Strukturen und Abläufe auf den Prüfstand gehören. Wo nötig, müssen Optimierungen vorgenommen werden.

Das Engagement der Einsatzkräfte, ehrenamtlich wie hauptamtlich, verdient unsere besondere Wertschätzung. Denn in Feuerwehren, Rettungsdiensten und den anerkannten Hilfsorganisationen machen sie sich stark für den Schutz ihrer Mitmenschen. Dabei nehmen sie Gefahren für ihre eigene Gesundheit in Kauf und riskieren oftmals sogar ihr Leben.

Das haben wir erreicht

- Wir haben das grenzüberschreitende Krisenmanagement und den Katastrophenschutz gestärkt.
- Wir haben den landesweiten „Warntag“ wieder aufleben lassen – mit zeitgleichem Aufheulen der Sirenen in den Städten und Gemeinden.

- Wir haben die Finanzierung von rund 120 Feuerwehrhäusern möglich gemacht.
- Wir haben neue Spezialfahrzeuge für den Brand- und Katastrophenschutz angeschafft.
- Wir haben den landesweiten Katastrophenschutztag ein- und durchgeführt.
- Wir haben die Kinderfeuerwehren gestärkt.

Machen, worauf es ankommt

- Katastrophenschutz neu aufstellen
- Warnsysteme und Kommunikationswege belastbar machen
- Technischen Hochwasserschutz beschleunigen
- Katastrophenschutzbehörden vernetzen
- Meldewege vereinfachen, vereinheitlichen und digitalisieren
- Feuerwehrleute und Rettungskräfte vor Gewalt schützen
- Feuerwehrgebäude modernisieren

Für den Schutz der Menschen vor Katastrophen

Wir wollen vorbereitet sein, wenn es darum geht, die Menschen in Nordrhein-Westfalen vor zukünftigen Katastrophen zu schützen.

- Wir wollen einen ständigen operativ-taktischen Führungsstab auf Landesebene sowie eine landeseigene „Crisis Response Unit“ mit der Aufgabe der Informationsgewinnung und -bewertung zur Beobachtung und Unterstützung bei Großeinsätzen und Katastrophen einrichten.
- Wir werden eine Katastrophenschutzbedarfsplanung mit verbindlichen Risikoanalysen, Szenarien und Warnkonzepten auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte als zentrales Steuerungselement zur Leistungssteigerung und Harmonisierung des Katastrophenschutzes einführen. Hierzu zählt eine Verbesserung der Redundanz und Ausfallsicherheit der kommunalen Leitstellen.
- Wir werden ein landesweites Sirenenausbau- und Erneuerungsprogramm starten, damit alle Menschen in Nordrhein-Westfalen zeitnah und zielgenau gewarnt werden können.
- Wir wollen direkte Informationsmöglichkeiten zu Gefahren- und Verhaltenshinweisen in Radio, Fernsehen und Internet schaffen. Wir wollen Aufklärungs- und Schulungskampagnen zur Stärkung des Gefahrenbewusstseins und zur Steigerung der Selbsthilfefähigkeit in der Bevölkerung starten.
- Wir wollen die Ausstattung des Brand- und Katastrophenschutzes durch die Beschaffung und Bereitstellung von Material verbessern.
- Wir wollen verbindliche Stabsstrukturen zur zielgerichteten Einbindung von Spontanhelferinnen und -helfern, die Einrichtung einer landesweit einheitlichen und vernetzten Vermittlungs- und Informationsplattform sowie eines virtuellen Drehkreuzes für Sachspenden.

- Wir wollen den Ausbau der Konzepte zur vorgeplanten überörtlichen Hilfe voranbringen, insbesondere bei der psychosozialen Notfallversorgung.
- Wir wollen die Widerstandsfähigkeit der kritischen Infrastruktur stärken und den Digitalfunk ausfallsicherer machen sowie für die Einführung und Vorhaltung von Redundanzsystemen sorgen.
- Wir wollen, dass die Handlungssicherheit durch das regelmäßige und verpflichtende Üben von komplexen Szenarien sichergestellt ist. Diese müssen unter Beteiligung der verschiedenen Ebenen kreisübergreifend stattfinden.
- Ein ursachenunabhängiger Schutz der Bevölkerung vor Gefahren zählt zu den Aufgaben des Staates. Wir werden uns beim Bund für eine adäquate finanzielle Ausgestaltung des Zivilschutzes einsetzen.

Für leistungsfähige Feuerwehren und Hilfsorganisationen

Ein starker Bevölkerungsschutz setzt voraus, dass unsere Feuerwehren und anerkannten Hilfsorganisationen für jeden Einsatz mit den modernsten Fahrzeugen oder Techniken ausgestattet sind. Über 90 Prozent des Brandschutzes in Nordrhein-Westfalen wird durch ehrenamtliche Kräfte sichergestellt. Ihren Einsatz gilt es noch mehr wertzuschätzen und anzuerkennen.

- Wir werden den Bereich der Feuerwehr weiter modernisieren, bspw. mit der Feuerwehr-App, die den Einsatzkräften alle einsatznotwendigen Daten zur Verfügung stellt. Sie soll ein Modul zur Erfassung von Gewalt gegen Einsatzkräfte enthalten, das den Anforderungen an eine Strafanzeige genügt. Und wir werden die Zulagen, sowohl Erschwernis- als auch Anwärterbezüge, überprüfen und im Bedarfsfall ausbauen.
- Wir fordern eine Umsetzung der Ergebnisse der „Untersuchung zur Ehrenamtsstärkung im Katastrophenschutz in NRW“, die sich weitgehend mit den Erkenntnissen des Bundesamtes für Katastrophenhilfe und Bevölkerungsschutz decken.
- Wir werden die Rechte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Brand- und Katastrophenschutz gesetzlich stärken, u. a. mit weiteren Regelungen zur Helferfreistellung und zum Verdienstausfall – auch unterhalb der Stufe des Katastrophenschutzes.
- Zur Stärkung des Ehrenamtes werden wir zudem mit einer Werbekampagne verstärkt unterrepräsentierte Gruppen in den Fokus nehmen.
- Wir werden weiterhin die Kinder- und Jugendfeuerwehren unterstützen.
- Wir werden die Leitstellenlandschaft in Nordrhein-Westfalen überprüfen und an die aktuellen Herausforderungen anpassen, z. B. in Bezug auf die Ausfallsicherheit, die Kooperation bei Flächenlagen, die Interaktion mit anderen medizinischen Versorgungsbereichen sowie der Personalgewinnung und -bindung. In einem Pilotprojekt wollen wir Effizienz und Praxistauglichkeit einer „Bunten Leitstelle“ prüfen.

3. Justiz

Es gilt in Nordrhein-Westfalen die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.

Allein der Staat hat die Zuständigkeit für die Durchsetzung gesetzlicher Regeln und das Gewaltmonopol. Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen.

Eine unabhängige, selbstbewusste und leistungsstarke Justiz ist als dritte Staatsgewalt für das Gelingen eines demokratischen Zusammenlebens unverzichtbar. Sie gewährleistet Rechtssicherheit und Rechtsfrieden. Sie sichert die Freiheit jedes Einzelnen, dient dem Schutz der Rechte aller vor Gefahren durch Terrorismus, Extremismus und Kriminalität. Sie ist zudem unentbehrlich für den starken Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Paralleljustiz lehnen wir ab. Sie versteckt sich vor dem Staat, behindert die Aufklärung von Straftaten und lehnt das Wertesystem unseres Grundgesetzes ab.

Die Justiz hat schnellen und effektiven Rechtsschutz zu bieten, Kriminalität entschieden zu bekämpfen, die Opfer von Straftaten zu schützen und Straftätern die echte Chance zur Resozialisierung und Wiedereingliederung in ein selbstverantwortetes Leben zu bieten.

<u>Das haben wir erreicht</u>

- Wir haben die Justiz sachlich und personell wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes gestärkt. Von 2018 bis 2021 wurden rund 2.600 Stellen in der Justiz neu eingerichtet. Für das Jahr 2022 sind weitere rund 700 Stellen vorgesehen.
- Mehr als zwei Drittel der 226 Gerichte und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen sind bereits auf die E-Akte umgestiegen.
- In mittlerweile mehr als 100 Ermittlungsverfahren mit mehr als 1.350 Beschuldigten wird der Cum-Ex-Steuerbetrug aufgearbeitet.
- Unsere Darknet-Teams nehmen Drogenshops aus dem Netz, ermitteln Täterinnen und Täter und gehen gegen die organisierte Darknet-Kriminalität vor. Langjährige Freiheitsstrafen zeigen: Der Kampf ist erfolgreich, wenn er koordiniert ist und mit allen Mitteln einer technisch spezialisierten Staatsanwaltschaft geführt wird.
- Nordrhein-Westfalen ist Vorreiter bei der Bekämpfung von digitaler Hasskriminalität. Die zentrale Anlaufstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW) sichert die Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt im Netz. Ihr Projekt „Verfolgen statt nur löschen“ ist als beispielgebend in fast allen Bundesländern adaptiert worden.
- In neu geschaffenen Kompetenzzentren bündeln wir Zuständigkeiten für hochkomplexe Gerichtsverfahren und sorgen damit für schnelle Entscheidungen.
- Wir haben als erstes Flächenland eine Opferschutzbeauftragte ernannt.
- Wir haben sechs Häuser des Jugendrechts eröffnet, um kriminelle Karrieren von Jugendlichen zu beenden, bzw. Rückfallquoten zu verringern.

<u>Machen, worauf es ankommt</u>

- Opferschutz vor Täterschutz
- Keine Paralleljustiz zulassen

- Bekämpfung von Kriminalität mit dem Null-Toleranz-Grundsatz
- Technisch Schritt halten mit hochprofessionellen und top ausgestatteten Cyberkriminellen
- Täter aus der Anonymität des Internets reißen und zur Rechenschaft ziehen
- Verbrechern an den Geldbeutel gehen
- Justiz fit für die Zukunft machen – digital, spezialisiert, dynamisch und bürgernah
- Ausreichend sichere Haftplätze schaffen

Für eine starke Justiz

Damit die Justiz die an sie gestellten Ansprüche erfüllen kann, muss sie personell und sachlich entsprechend ausgestattet sein.

- Wir werden weiterhin das Personal bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften aufstocken. Zugleich werden wir prüfen, inwieweit Richterassistenzen zu einer Entlastung führen können.
- Im Wettbewerb um die besten Köpfe wollen wir die Justizberufe wirtschaftlich attraktiver machen, die Zahl der Beförderungsstellen ausweiten und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern.
- Wir wollen attraktive Ausbildungsinhalte und werden dazu die Kooperationen mit den Hochschulen verstärken. Bei der Ausbildung der Referendarinnen und Referendare sorgen wir für einheitliche Standards.

Wir werden den Weg der Digitalisierung in der Justiz konsequent fortsetzen.

- Wir werden die Ausstattung der Bediensteten mit moderner Hard- und Software weiter für Homeoffice-Möglichkeiten und den Datenaustausch mit anderen Behörden verbessern. Wir wollen die Funktionalität, Praktikabilität und digitale Verfügbarkeit der IT-Lösungen gewährleisten.
- Künstliche Intelligenz in Rechtsprechungsbereichen ist vorbehaltsfrei und zugleich kritisch zu hinterfragen. Die wertende gerichtliche Entscheidung, die dem Einzelfall gerecht wird, ist ein besonderes Qualitätsmerkmal einer rechtsstaatlichen Justiz und darf allein den Richterinnen und Richtern überlassen bleiben.
- Wir schaffen einen digitalen Servicepoint der Justiz für Dienstleistungen wie Registerauszüge oder elektronische Erbscheine.
- Wir wollen die justizeigene Pressearbeit von Staatsanwaltschaften und Gerichten personell und sächlich stärken.

Mit der CDU verbleibt die Justiz in der Fläche.

- Wir treten für den Erhalt der bestehenden Gerichtsorte ein.
- Wir werden alle Einrichtungen der außergerichtlichen Streitschlichtung fördern, durch die Gerichtsverfahren vermieden und eine tragfähige Lösung von Konflikten in unserer Gesellschaft erreicht werden.

Für die Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft

Cybercrime umfasst inzwischen ein jährliches Volumen von mehreren hundert Milliarden Euro und umfasst sämtliche Deliktsfelder.

- Mit gezielter Aus- und Fortbildung sorgen wir für digitale Kompetenz und Professionalisierung der Staatsanwaltschaften.
- Für eine effektive Strafverfolgung muss die Justiz digital agieren. Wir werden die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC NRW) zu einem bundesweit führenden Kompetenz- und Forschungszentrum zur Cybercrime-Bekämpfung ausbauen.
- Wir fördern die Erweiterung und den Ausbau des bei der ZAC NRW eingerichteten Spezialdezernates für den Schutz digitaler Infrastrukturen.
- Wir wollen die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch über Behördengrenzen hinaus verbessern und in geeigneten Bereichen die Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaften erweitern.
- Verbindungsdaten sind die neuen Fingerabdrücke. Ohne die Möglichkeit, genutzte IP-Adressen Personen zuzuordnen, erweist sich die Identifizierung von Tätern in der Regel als unmöglich. Die Täter tauchen in der Anonymität des Netzes unter. Wir wollen, dass IP-Adressen in dem vom Europäischen Gerichtshof zugelassenen Umfang bei schwerwiegenden Verbrechen für sechs Monate gespeichert und den Ermittlungsbehörden auf richterliche Anordnung mitgeteilt werden.

Bei all den Herausforderungen für die Kriminalitätsbekämpfung der Zukunft dürfen die bereits bewährten bzw. vielversprechenden Ansätze nicht vergessen werden.

- Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Für die weitere Aufarbeitung des Cum-Ex-Betrugs werden wir neue Strafkammern einrichten.
- Die zunehmende Professionalisierung und Expertise der Straftäter erfordern ständig weiteres Spezialwissen. Hierzu bedürfen die Staatsanwaltschaften personeller Unterstützung durch IT-Techniker, Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftswissenschaftler. Zudem setzen wir uns für zusätzliche Ermittlerinnen und Ermittler bei den Staatsanwaltschaften ein.
- Wir wollen Häuser des Jugendrechts überall dort, wo eine höhere Zahl an Straftaten von Jugendlichen oder/und Heranwachsenden bemerkbar ist.
- Wir befürworten Seniorendezernate der Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Straftaten zu Lasten älterer Menschen.
- „Staatsanwälte vor Ort“ wollen wir überall dort einsetzen, wo örtliche Kriminalität einen Schwerpunkt bildet.

Für einen starke Justiz im Kampf gegen Organisierte Kriminalität

- Wir wollen bessere Ermittlungsmöglichkeiten für den Kampf gegen Organisierte Kriminalität, wie bspw. die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen sowohl bei verdeckten Ermittlern als auch bei der Überwachung.

- Die Strafverfolgung benötigt ausreichend Zeit und Raum, um über Zuständigkeitsgrenzen hinaus das Dunkelfeld aufzuhellen. Mit der Einrichtung der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung Organisierter Straftaten in Nordrhein-Westfalen wurde mit dem Aufbau der notwendigen Ressourcen begonnen. Wir werden sie konsequent weiter ausbauen und verstärken.
- Wir wollen für die Vermögensabschöpfung der durch Straftaten erworbenen Werte die vollständige Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft.
- Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Risiken und Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie und Gesellschaft.

Für den Opferschutz

Für uns geht Opferschutz immer vor Täterschutz. Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, brauchen Unterstützung.

- Wir wollen Strafverfahren weiter beschleunigen. Das ist für das Rechtsempfinden der Menschen wichtig.
- Wir werden neue Standards beim Opferschutz setzen.
- Wir werden die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Opferorganisationen weiter intensivieren und das Netz der Opferhilfeeinrichtungen ausbauen.
- Wir prüfen, inwieweit Erträge aus der Vermögensabschöpfung bei Kriminellen in einen Opferhilfefonds reinvestiert werden können.
- Wir werden die Opferberatungsstellen fachlich weiter qualifizieren und spezialisieren.
- Wir prüfen die Möglichkeit der Bestellung eines Opferanwalts bei Fällen häuslicher Gewalt.
- Wir wollen eine sukzessive Ausdehnung der Childhood-Häuser auf das gesamte Land.

Für tragfähige und sichere Rahmenbedingungen für den Vollzug

Wir werden weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen durch eine sichere Unterbringung der Gefangenen geschützt werden. Dies setzt neben einer angemessenen Personalausstattung des Justizvollzugsdienstes vor allem die Sicherstellung einer auskömmlichen Anzahl von Haftplätzen voraus.

- Während der Haft wollen wir alle Möglichkeiten der Förderung nutzen, um Strafgefangenen nach der Haft ein straffreies Leben zu ermöglichen.
- Wir werden durch den Bau von zwei neuen Justizvollzugsanstalten die Haftplatzkapazitäten ausbauen.
- Die Justizvollzugseinrichtungen werden wir den Bedürfnissen eines modernen Strafvollzugs anpassen.
- Psychisch auffällige Gefangene brauchen angemessene Behandlungsmöglichkeiten. Wir werden das Konzept für die psychiatrisch intensivierte Regel-Behandlung in den Justizvollzugsanstalten (PIB) konsequent fortführen.

- Kontakte zur Familie und besonders zu den Kindern sind während der Haft wichtig. Daher werden wir die Zahl der Wohngruppen mit Betreuung in den Justizvollzugsanstalten erhöhen und Modellprojekte für Familienhäuser als neue Vollzugsform nach dem dänischen Modell einführen.

Nach dem Verbüßen ihrer Strafe müssen Täter wieder in der Gesellschaft Fuß fassen können.

- Wir fördern einen deutlichen Ausbau des Übergangsmanagements zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen. Besondere Berücksichtigung sollen hierbei die Vorbereitung eines geeigneten sozialen Empfangsraumes einschließlich einer Unterkunft und die (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt finden.
- Wir halten Übergangshäuser für entlassene Strafgefangene ohne festen Wohnsitz für erforderlich.
- Wir wollen die Zusammenarbeit des Strafvollzugs mit den Kommunen für die Entlassungsvorbereitungen verbessern.
- Mit dem bundesweit beachteten Projekt EVALIS - Evaluation im Strafvollzug sorgen wir für eine evidenzbasierte Vollzugsgestaltung.

4. Kinderschutz

Die schrecklichen Fälle sexualisierter Gewalt gegen die Kleinsten in unserem Land haben uns entsetzt. Wir haben den Kinderschutz in den Fokus unseres politischen Handelns gerückt, Schwachstellen im Schutznetz aufgedeckt und geschlossen. Mehr Geld, mehr Personal, mehr Technik, mehr Befugnisse für die Behörden und mit parlamentarischen Initiativen sind wir in Nordrhein-Westfalen inzwischen bundesweiter Vorreiter im Kinderschutz.

Wir setzen neue Standards im Kinderschutz. Politik muss Kinder schützen. Kinderschutz ist eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

<u>Das haben wir erreicht</u>

- Wir haben das modernste Kinderschutzgesetz Deutschlands verabschiedet.
- Wir haben als erstes Bundesland den interkollegialen Ärzteaustausch ermöglicht.
- Durch die 2020 eingerichtete „Task Force zur Bekämpfung des Kindesmissbrauchs und der Verbreitung von Kinderpornografie in digitalen Medien“ konnten bereits 3.800 Verfahren gegen über 4.000 Beschuldigte eingeleitet werden.
- Wir haben im Kampf gegen Kindesmissbrauch massiv aufgerüstet, mit mehr Ermittlern und besserer Technik.
- Bei der ZAC NRW haben wir eine Task Force gegen Pädokriminalität geschaffen, bei der alle Hinweise zusammenlaufen und wirkungsvolle Strafverfolgung gewährleistet ist. Sie entwickelt mit Wissenschaft und Wirtschaft eine bundesweit einzigartige KI für Ermittlungen. Die dafür notwendigen Ressourcen stellen wir zur Verfügung.
- Ausführliches Handlungs- und Maßnahmenkonzept zur Prävention sexualisierter Gewalt erstellt und begonnen umzusetzen.

- Wir haben das Kompetenzzentrum Kinderschutz im Gesundheitswesen als kompetenten Ansprechpartner für medizinisches Fachpersonal geschaffen.
- Fachstelle „Prävention sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ zur Unterstützung der Fachkräfte in der freien Kinder- und Jugendhilfe geschaffen.
- Wir haben die Einrichtung eines ersten Childhood-Hauses in Düsseldorf unterstützt und fördern die Kinderschutzambulanzen in ganz Nordrhein-Westfalen.

Machen, worauf es ankommt

- Missbrauchstäter aufspüren und konsequent bestrafen
- Kinderschutz hat Vorrang vor Datenschutz
- Starkes Fachpersonal und sensibilisierte Institutionen
- Sicherheit im Netz für Kinder und Jugendliche
- Transparenz im digitalen Raum
- Verlässliche Online-Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche

Für einen ganzheitlichen Schutzansatz

Wir brauchen starke Kinder in starken Familien. Wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz von der Prävention über die Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlusshilfe. Und wir brauchen sensibilisierte Fachkräfte in KiTa, Schule und Jugendhilfe, die hinschauen, hinhören und handeln. Es braucht eine gemeinsame Haltung bei allen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, um die rechtlichen Vorgaben zum Kinderschutz mit Leben zu füllen. Gut ausgebildete und engagierte Fachkräfte sind Dreh- und Angelpunkt eines guten und wirksamen Kinderschutzes.

Für gutes Fachpersonal und starke Institutionen

- Wir stärken den Kinderschutz in Theorie und Praxis. Professioneller Kinderschutz braucht eine gute wissenschaftliche Basis und gut ausgebildete Handelnde. Daher wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen Professuren für Kinderschutz einrichten.
- Wir wollen die Arbeit und das Wissen des Kompetenzzentrums Kinderschutz im Gesundheitswesen verfestigen und in Forschung und Lehre tragen.
- Wir werden die Fachhochschulausbildung im Jugendamt besser vorbereiten und den Kinderschutz verpflichtend zum Thema machen. Und es muss verpflichtende und ständige Weiter- und Fortbildungsangebote für Fachkräfte in der Jugendhilfe geben.
- Wir werden das interdisziplinäre Fortbildungsangebot ausweiten und den Dialog zwischen Jugendämtern, freien Trägern der Jugendhilfe, Polizei und Justiz sowie allen anderen relevanten Akteuren stärken.
- Eine hochwertige und flächendeckende psychiatrische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche bleibt von hoher Bedeutung. Wir wollen daher die Landschaftsverbände mit ihrem jeweiligen Netz von Kliniken, Tageskliniken und

Institutsambulanzen als Rückgrat eines hervorragenden und flächendeckenden Leistungsangebots stärken.

- Das gute Angebot der Kinderschutzambulanzen wollen wir verstetigen. Darüber hinaus wollen wir dort, wo bislang noch keine entsprechenden Angebote etabliert werden konnten, die Strukturen ausbauen.
- Wir wollen interprofessionelle Netzwerkstrukturen für Kinderschutz fördern. Dazu werden wir Stellen für Netzwerkmanager schaffen.

Für Prävention und Begleitung

Kinder und Jugendliche brauchen Entwicklungs- und Teilhabechancen im persönlichen Umfeld. Sie benötigen in besonderem Maße Schutz vor Gewalt. Gewalt, ob psychisch, physisch oder sexualisiert, findet oft über Monate und Jahre statt. Daher ist es wichtig, dass gerade junge Kinder regelmäßig beim Arzt vorstellig werden, sodass frühe Anzeichen erkannt werden können. Um zu gewährleisten, dass alle Kinder an den U-Untersuchungen teilnehmen, werden wir die Untersuchungen verpflichtend festschreiben.

Wir werden niederschwellige Angebote stärken, um Menschen nicht zu Tätern werden zu lassen. Wir unterstützen das Ziel, ein bundesweites, flächendeckendes therapeutisches Angebot zu etablieren und setzen uns besonders hier in NRW für eine Ausweitung ein.

Für Schutz in der digitalen Welt

Die digitale Welt ist für unsere Kinder und Jugendliche voller spannender Angebote, die ihre Neugierde und ihre Kreativität wecken. Sie wachsen heute wie selbstverständlich in der digitalen Welt auf, die Grenzen verschwimmen, das Smartphone ist alltäglicher Begleiter.

- Wir wollen den digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz weiter in den Fokus rücken und zusätzliche medienpädagogische Angebote für alle Generationen, für Familien, Lehrpersonal und Erziehende schaffen. Wir stärken die Aufklärung und Medienkompetenz in den Bildungseinrichtungen sowie die Möglichkeit der Verdachtsäußerung bei der Polizei oder die Einrichtung einer unabhängigen Meldestelle.
- Wir fördern den verantwortungsvollen Umgang Heranwachsender mit Social Communities, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Nutzung sozialer Netzwerke Risiken birgt, für die Kinder und Jugendliche besonders sensibilisiert werden müssen.
- Wir unterstützen die Initiativen für verbesserten technischen Jugendmedienschutz.

Kindesmissbrauch hat fast immer ein digitales Umfeld. Täter kommunizieren untereinander. Sie verbreiten Aufnahmen des Missbrauchs und vergehen sich damit erneut an den Opfern. Dabei findet Pädokriminalität nicht nur im Darknet, sondern auf ganz gewöhnlichen Messengern und in sozialen Medien statt.

Cybergrooming ist eine Form des sexuellen Missbrauchs und eine ernste Gefahr für Kinder im Netz.

- Wir setzen uns ein für eine europarechtskonforme Verpflichtung der Anbieter von Internetplattformen, die Nutzerinhalte auf inkriminierte Inhalte wie Kindesmissbrauch zu überprüfen und Ermittlungsbehörden zu melden.
- Wir werden prüfen, ob im Rahmen des Jugendmedienschutzstaatsvertrages den Medienanstalten Werkzeuge an die Hand gegeben werden können, mit denen Cybergrooming bekämpft und Plattformen in die Verantwortung genommen werden können.
- Wir wollen Kinder und Jugendliche für die Gefahren im Internet sensibilisieren, über die Tricks von Tätern sowie die Wirkungen der virtuellen Kommunikation und Gefahr einer ungesteuerten Verbreitung von Bildmaterial aufklären.
- Wir wollen die guten Ansprechpartner und die Initiativen für den Jugendschutz im Netz unterstützen, ausweiten und bekannter machen, damit Eltern wie Kinder wissen, wohin sie sich bei diesem Thema wenden können. Wir werden gezielt die Erziehungsberechtigen sensibilisieren und in den Schulen das Thema ansprechen.
- Ein Klick auf einen entsprechenden Button reicht nicht aus, um das Alter zu verifizieren. Die Entwicklung von sicheren Systemen wollen wir unterstützen und anschließend für einen für alle Anbieter verbindlichen Einsatz sorgen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auch kleinere Netzwerke Maßnahmen zum Kinderschutz ergreifen müssen und somit frühzeitig auf dem behördlichen Radar auftauchen. Analog setzen wir uns dafür ein, den Anwendungsbereich der Vorsorgemaßnahmen des Jugendschutzgesetzes abzusenken.

<u>Für die konsequente Verfolgung und Bestrafung von Missbrauchstätern</u>

Kein Täter darf sich in der Anonymität des Netzes sicher fühlen. Wir werden jeder Spur folgen.

- Für uns hat Kinderschutz Vorrang vor Datenschutz. Alle beteiligten Akteure müssen relevante Informationen austauschen können.
- Strafermittler sehen sich kaum zu bewältigenden Datenmassen in nahezu allen Kriminalitätsbereichen gegenüber. Immer da, wo menschliche Ressourcen an ihre Grenzen stoßen, bedarf es der Offenheit für neue Technologien. Wir wollen den Ermittlern die jeweils neueste Technik zur Verfügung stellen. Künstliche Intelligenz wird nie den Menschen ersetzen, jedoch ist sie eine unverzichtbare Hilfe. Dies gilt besonders für die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs. Künstliche Intelligenz kann dazu für uns ein „Game Changer“ sein.
- Wir setzen uns für die bundesweite Einführung einer Registrierungspflicht mit deutscher Mobilfunknummer bei Webseiten, Applikationen und Games mit Chatfunktion ein. Damit werden Täter für die Polizei klar identifizierbar.
- Wir setzen uns für schnellere Verfahren in der Justiz und mehr Personal ein. Verfahren vor dem Familiengericht müssen beschleunigt werden, damit das Kind möglichst schnell eine klare Perspektive für sein weiteres Leben bekommt. Jugendämter und Familiengerichte, die letztendlich die Entscheidung über notwendige Hilfen zur Erziehung oder über die Inobhutnahme und den weiteren Verbleib des Kindes treffen,

müssen enger und frühzeitiger miteinander kooperieren. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen sind umzusetzen.

- Um die psychische Gesundheit aller Beteiligter zu erhalten und gutes Personal langfristig zu halten, möchten wir für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kinderschutz das Angebot ausweiten, das Erfahrene zu verarbeiten.

5. Arbeit und Soziales

Unsere Arbeitswelt ändert sich beständig. Wir gestalten diesen Wandel mit und für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Wir setzen auf eine Arbeitsmarktpolitik, die Menschen dazu befähigt, ihre Potenziale zu entfalten und die den Arbeitskräftebedarf der Unternehmen deckt.

Wir stehen für Verlässlichkeit und Sicherheit in der Sozialpolitik. Wir machen eine Sozialpolitik, die allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Zukunftschancen bietet. Das Versprechen von Aufstieg und der Schutz vor sozialem Abstieg sind zwei Seiten derselben Medaille.

Das haben wir erreicht

- Wegen unserer soliden Arbeits- und Wirtschaftspolitik haben wir die Arbeitslosenquote Ende 2019 auf ein Rekordtief von 6,4 Prozent gedrückt, kommen jetzt schneller aus der Corona-Krise als andere Länder und nähern uns wieder dem Vorkrisen-Niveau.
- Mit dem „Ausbildungsprogramm NRW“ haben wir jährlich 1.000 zusätzliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Startschwierigkeiten geschaffen.
- Durch das in 2018 in neuer Form eingeführte „Werkstattjahr“ führen wir in jedem Jahr 1.600 Jugendliche schrittweise an den Arbeitsmarkt heran.
- Im Programm „Teilzeitberufsausbildung“ schaffen wir jährlich bis zu 540 Plätze bei derzeit 42 Bildungsträgern.
- Wir haben eine dauerhafte Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung gesichert.
- Um den Ausbildungsmarkt nach Corona wieder zu stabilisieren, haben wir das Programm „Kurs auf Ausbildung“ mit 1.000 Coaching-Plätzen und 300 Plätzen für eine trägergestützte Ausbildung gestartet.
- Mit dem Programm „Durchstarten in Ausbildung und Arbeit“ ermöglichen wir 7.000 jungen Menschen Zukunftsperspektiven, insbesondere Geduldeten und Gestatteten.
- Wir unterstützen Jugendliche mit Behinderung bei der Berufsorientierung.
- Wir helfen langzeitarbeitslosen Menschen mit der Initiative Wiedereinstieg, um nach der Corona-Pandemie wieder eine Arbeit zu finden.
- Wir haben eine neue Zentralstelle für Fachkräfteeinwanderung in Bonn eingerichtet.
- Wir haben die Fördermittel zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit von eine Million Euro auf rund 14 Millionen Euro vervielfacht und Nordrhein-Westfalen damit zum bundesweiten Vorreiter gemacht. Mit der Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“

haben wir erstmalig ein umfassendes Handlungskonzept geschaffen und mit den vom Land finanzierten „Kümmerern“ über 3.500 Menschen in Wohnungen vermittelt.

- Wir haben die landesweit einheitliche Steuerung der Arbeitsschutzverwaltung deutlich ausgebaut, um gezielt gegen schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen. Durch Schwerpunktaktionen z. B. in der Fleischwirtschaft, dem Versandhandel und auf Baustellen wurden erhebliche Mängel aufgedeckt und beseitigt. Wir haben die Arbeitsschutzverwaltung um 100 Planstellen verstärkt.

Machen, worauf es ankommt

- Nordrhein-Westfalen bleibt das soziale Gewissen der Bundesrepublik
- Echte Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung
- Umfassende Tarifbindung
- Starke Betriebs- und Personalräte
- Jeden mitnehmen auf dem Weg zu fairer Arbeit
- Fachkräftebedarf sichern
- Verdiente Rente nach einem langen Arbeitsleben
- Rahmenbedingungen für die überbetriebliche Ausbildung verbessern
- Fort- und Weiterbildungsoffensive für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
- Weltweite Fachkräfteoffensive „Neue Chancen NRW“

Für gute Arbeitsplätze und faire Löhne

Wir wollen das faire, gleichberechtigte und respektvolle Miteinander von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmerinnen und Unternehmern sichern und Industriearbeitsplätze in Zukunftsbranchen schaffen.

Wir sind davon überzeugt: Veränderungen in den Betrieben lassen sich am besten gemeinsam mit den Beschäftigten gestalten. In den vergangenen Jahren haben wir mit dem „Projekt Arbeit 2020“ viel darüber gelernt, wie eine sozialpartnerschaftliche Gestaltung betrieblicher Veränderungsprozesse gelingen kann. Diese Erfahrungen werden wir nutzen, um die großen Veränderungsprozesse der kommenden Jahre gemeinsam zu meistern.

- Neue Ansätze zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf treiben wir weiter voran.
- Wir wollen weiter dafür arbeiten, die Benachteiligung von Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen zu überwinden. Für ihre weitere Förderung werden wir eine Quote bei den landeseigenen Betrieben einführen. Um strukturelle Benachteiligungen zu überwinden, sollen Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugt bei der Besetzung von Führungspositionen berücksichtigt werden.
- Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und den Kammern wollen wir Nordrhein-Westfalen zum Berufsbildungsland Nummer 1 machen. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen für die betriebliche Aus- und Weiterbildung weiterhin konsequent zu verbessern. Nur wenn junge Menschen die Chancen nicht nur der

akademischen, sondern gleichwertig die der beruflichen Bildung ergreifen, gelingt uns die Fachkräftesicherung.

- Wir starten eine Fort- und Weiterbildungsoffensive für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Dabei werden wir regionale Qualifizierungsverbünde besonders unterstützen. Berufliche Umorientierung soll in jedem Alter gelingen können.
- Der Bildungsscheck NRW hat sich in den vergangenen Jahren bewährt. Wir haben dieses Instrument für mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geöffnet. Wir werden das Programm weiter verbessern.
- Wir wollen neue Arbeitsformen, bspw. mobiles Arbeiten und Co-Working Spaces, unterstützen und damit ländliche Regionen stärken.

Nordrhein-Westfalen ist das Land der Sozialpartnerschaft. Unternehmen und Beschäftigte sind dann stark, wenn sie gemeinsam und auf Augenhöhe für ihren Erfolg arbeiten und Innovationen voranbringen. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

- Wir wollen eine möglichst breite Tarifbindung. Sie garantiert fairen Wettbewerb, sichert den Betriebsfrieden und gute Arbeitsbedingungen.
- Starke Betriebs- und Personalräte sind unverzichtbar. Betriebsratswahlen dürfen von niemandem verhindert werden.

Gleichstellung ist für uns selbstverständlich. Frauen wie Männer sollen sich nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen.

- Wir schaffen eine gute und bezahlbare frühkindliche Bildung mit ausreichend Plätzen.
- Die Familiengründungszeit und der oft hohe zeitliche Einsatz für die Pflege von Angehörigen wirken sich oft negativ auf die Karrierechancen insbesondere von Frauen aus. Gerade in Zeiten des Fachkräftebedarfs darf dieses Potenzial nicht ungenutzt bleiben. Wir wollen Arbeitgeber dabei unterstützen, diese zu heben, z. B. durch Online-Schulungsangebote für den Wiedereinstieg. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass diese verstärkt über die Arbeitsagenturen angeboten werden.
- Wir wollen auch für Männer die Möglichkeiten stärken, sich für eine Familienzeit zu entscheiden.
- Wer lange gepflegt hat, darf deswegen nicht in Altersarmut fallen. Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, dass die häusliche Pflege stärker bei der Rente berücksichtigt wird.
- Wir wollen Müttern ohne Ausbildung einen Abschluss und Zugänge zur Berufswelt ermöglichen.
- Wir wollen uns beim Bund für eine Verbesserung des Mutterschutzes einsetzen, sodass eine Rückkehr in den vorherigen Beruf so reibungslos wie möglich verläuft.

Zuwanderer sind Fachkräfte und sichern die wirtschaftliche und soziale Stabilität in unserem Land.

- Wir wollen eine weltweite nordrhein-westfälische Fachkräfteoffensive für unser Land mit der Kampagne „Neue Chancen NRW“ starten.
- Wir müssen Berufsabschlüsse noch unbürokratischer und schneller anerkennen. Wir setzen uns dafür ein, dass Ausbildungen in Teilen zertifiziert und/oder in Modulen ergänzt werden können.
- Wir werden unsere Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn noch weiter stärken und ihre Zusammenarbeit mit anderen Behörden ausbauen.

Für Arbeit für alle

Wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen jahrelang ohne Arbeit bleiben.

- Um die Langzeitarbeitslosigkeit weiter strukturell zu verringern, wollen wir neue Wege gehen und verstärkt Bedarfsgemeinschaften in den Blick nehmen.
- Ziel unserer Politik ist eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt für möglichst viele Langzeitarbeitslose. Deshalb wollen wir verstärkt gerade junge Langzeitarbeitslose ins Arbeitsleben integrieren, bspw. über nachholende Qualifikationen. Dafür werden wir die bewährten Projekte weiterentwickeln. Sie sollen durch niederschwellige Angebote eine Tagesstruktur wertschätzen lernen und einer Tätigkeit nachgehen.

Abhängigkeiten, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und schlechte Arbeitsbedingungen passen nicht in unsere Gesellschaft. Jeder und jede soll in Nordrhein-Westfalen gut und sicher arbeiten können.

- Wir werden die Beratungsstellen Arbeit weiter ausbauen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich noch stärker gegenüber Unternehmen behaupten können, die den Profit und nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellen.
- Wir bekennen uns zur staatlichen Arbeitsschutzverwaltung. Unser Ziel ist, dass jedes Jahr fünf Prozent der Betriebe geprüft werden.
- Wir werden sicherstellen, dass der Arbeitsschutz mehr kontrolliert, wo prekäre Beschäftigung vorliegt.
- Wir werden den Arbeitsschutz personell und technisch vorbildlich aufstellen und seine dezentralen Strukturen erhalten.

Für mehr Teilhabe

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken. „Nichts über uns ohne uns!“. Dieser Leitsatz ist unsere Richtschnur für eine Politik für Gleichberechtigung und Teilhabe, die Diskriminierung und Barrieren aller Art abbaut.

Ausbildung und Arbeit sind das stabile Fundament eines guten und selbstbestimmten Lebens. Voraussetzung für die Teilhabe an Arbeit ist eine Berufsqualifizierung.

- Die mehr als 300 Inklusionsunternehmen mit ihren über 4.000 schwerbehinderten Beschäftigten leisten einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortsetzen und ihre Förderung ausbauen.
- Wir wollen mehr Menschen mit Behinderung eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Gerade der öffentliche Dienst hat hier als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion. Wir verfolgen weiter das Ziel, dass fünf Prozent aller Neueinstellungen in den Landesdienst auf diese entfallen.

Ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Menschen mit und ohne Behinderung ist Grundvoraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sind als Träger der Eingliederungshilfe unverzichtbare Garanten der Inklusion und Fürsprecher der Menschen mit Behinderung. Eine wichtige Rolle nehmen dabei die Verbände der Selbsthilfe ein.

- Wir werden den Inklusionsbeirat in die Umsetzung des neuen Aktionsplans „NRWinklusiv“ des Landes einbinden.
- Durch noch passgenauere Angebote sollen mehr Menschen mit Behinderung selbstständig wohnen können.
- Das System der Pflegefamilien für Kinder und Jugendliche und für erwachsene Menschen mit Behinderung werden wir stärken.
- Wir werden die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“ konsequent umsetzen.
- Wir werden Integrationsunternehmen weiter fördern. Sie ermöglichen eine intensivere Betreuung der Menschen mit Behinderung.
- Wir wollen ein möglichst inklusives flächendeckendes Angebot an Ferienbetreuungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderung sicherstellen.

<u>Für eine sichere Rente</u>

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Das umlagefinanzierte Rentensystem hat sich bei Finanzmarktkrisen und inflationären Entwicklungen bewährt. Wir müssen es mit Blick auf den demografischen Wandel weiterentwickeln. Die dafür notwendigen Gesetzgebungsprozesse werden wir auf Bundesebene begleiten und uns mit eigenen Initiativen positionieren.

- Wir setzen uns weiter besonders für faire Renten für Geringverdiener ein. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine höhere Rente bekommen als jemand, der nicht gearbeitet hat.
- Wir fordern Erleichterungen bei der Zahlung freiwilliger Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung und eine bessere Absicherung von (Solo-) Selbstständigen.
- Wir setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge ein und wollen mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Betriebsrente erreichen.

- Wir fordern eine höhere Attraktivität und mehr Transparenz bei privater Vorsorge und unterstützen die Einführung eines Standardprodukts für die private Altersvorsorge.
- Rentnerinnen und Rentner erhalten mit Modellen wie der Flexi-Rente die Möglichkeit eines Hinzuverdienstes, erfahren neue Wertschätzung und stellen ihre Facharbeitskraft in wichtigen Bereichen länger zur Verfügung.

Für die Schwächeren in der Gesellschaft

Die Bekämpfung der Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen ist ein Schwerpunkt unserer Sozialpolitik. Wir werden weiterhin von Armut betroffene Menschen unterstützen. Vor allem Kinderarmut wollen wir in den nächsten Jahren verringern.

- Das Prinzip „Fördern und Fordern“ muss in der Grundsicherung erhalten bleiben. Dafür werden wir uns bei Umsetzung des Bürgergelds auf Bundesebene einsetzen.
- Wir werden die erfolgreiche Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ fortsetzen und die „Kümmerer-Projekte“ in allen Kreisen und kreisfreien Städten in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen, um Obdach- und Wohnungslosigkeit effizient zu bekämpfen.
- Wir werden uns auf Bundesebene für eine Anpassung der Regelsätze an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, bspw. für Lebensmittel und Energiekosten, einsetzen.
- Wir wollen das erfolgreiche Programm „Zusammen im Quartier“ mit über acht Millionen Euro und über 100 Projekten für benachteiligte Kinder, Jugendliche und Familien fortsetzen.

6. Mieten, Bauen und Wohnen

Jeder Mensch soll in unserem Land dort leben, wo er möchte – egal ob zur Miete oder im Eigentum. Wir wollen, dass sich auch Normalverdiener ihren Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen können. Wir schaffen gute Rahmenbedingungen für alle, die bauen wollen.

Wir stärken den ländlichen Raum, damit dieser für das Wohnen attraktiv bleibt. So nehmen wir den Druck aus den Ballungsräumen heraus.

Wir schaffen zudem mehr öffentlich geförderten Mietwohnungsbau.

Das haben wir erreicht

- Wir fördern nachhaltiges und klimafreundliches Bauen und investieren in innovative Bauverfahren. Das deutschlandweit erste Haus aus dem 3D-Drucker entstand in Nordrhein-Westfalen.
- Wir haben den Neubau von Wohnungen wieder attraktiv gemacht. Von 2017 bis 2020 wurden knapp 200.000 neue Wohnungen in Nordrhein-Westfalen gebaut.
- Wir haben Barrierefreiheit zum Standard beim Neubau gemacht.

- Im Jahr 2020 wurden in Nordrhein-Westfalen so viele Wohnungen fertiggestellt, wie seit 15 Jahren nicht mehr. Mit rund 9,1 Millionen Wohnungen haben wir einen neuen Höchststand erreicht, das ist gegenüber 2017 ein Plus von rund 135.000.
- Wir haben das Baurecht modernisiert und entbürokratisiert, die Landesbauordnung novelliert und die Landesinitiative „Bau.Land.Leben“ gestartet. Dadurch haben wir mit 54.700 einen neuen Höchststand bei Baugenehmigungen für Wohnungen erzielt.
- Für das Jahr 2022 stellen wir ein Rekordvolumen von 1,3 Milliarden Euro für den Neubau von Mietwohnungen, Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen und Eigentumsmodernisierung zur Verfügung.
- Wir haben die Eigentumsförderung des Landes verbessert und so insbesondere jungen Familien den Traum von den eigenen vier Wänden ermöglicht.
- Zur Entlastung beim Erwerb von Wohneigentum stellen wir ein Sofortprogramm von 400 Millionen Euro zur Verfügung. So wird schon im Jahr 2022 Eigentumsbildung erleichtert.
- Wir haben das Wohngeld erhöht und eine neue Mieterschutzverordnung verabschiedet, die Mieterinnen und Mieter schützt und zugleich unnötige staatliche Regulierungen abbaut.
- Wir haben alle Unterstützungsangebote, Initiativen und Aktivitäten zur Mobilisierung von Bauland erstmalig gebündelt und unterstützen Kommunen und Grundstückseigentümer, Bauland zeitnah und nachfragegerecht zu entwickeln.

Machen, worauf es ankommt

- Mehr bauen
- Mieten stabilisieren
- Eigentumsförderung stärken – Mieterinnen und Mieter zu Eigentümern machen
- Erwerb von Eigentum steuerlich entlasten
- Wohnen muss bezahlbar bleiben
- Mehr Bauland ausweisen
- Einführung eines landeseigenen Baukindergeldes
- Öffentlich geförderten Wohnraum sichern und ausbauen

Für mehr Wohneigentum

Mehr Familien sollen ihren Traum vom Eigenheim leben können, damit das Land der Mieter auch ein Land der Eigentümer wird. Ob eigene Wohnung, Doppelhaushälfte oder Einfamilienhaus – wir wollen die Eigentumsbildung gerade für Familien erleichtern.

- Wir werden Familien beim Erwerb von Wohneigentum entlasten. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5 Prozent durch Rot-Grün hat den Eigentumserwerb für eigene Wohnzwecke erheblich verteuert. Als Übergangslösung haben wir 400 Millionen Euro für ein Förderprogramm bereitgestellt. Wir wollen eine dauerhafte Lösung. Wir werden daher für den Ersterwerb von selbstgenutztem Eigentum einen

Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwachsenem und 100.000 pro Kind vorsehen. Um dies umsetzen zu können, werden wir uns weiterhin beim Bund für die Umsetzung einer Länderöffnungsklausel stark machen.

- Wir werden die Eigentumsförderung des Landes weiter stärken und erfolgreiche Programme wie „Jung kauft Alt“ ausbauen.
- Wir wollen ein Förderprogramm für innovative Mietkaufmodelle mit der NRW.BANK auflegen, das gerade jungen Familien über die Eigenkapitalschwelle hilft.

Für bezahlbaren Wohnraum und bezahlbares Bauland

- Wir wollen den nach wie vor hohen Bedarf an Wohnraum angehen, indem wir noch mehr bauen und zielgruppengerechte Angebote schaffen. Dabei werden wir auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berücksichtigen.
- Wir brauchen mehr Wohnraum, der der Mietpreisbindung unterliegt.
- Für Menschen, die knapp über der Einkommensschwelle zum Anspruch auf solchen Wohnraum liegen, wollen wir preisgedämpfte Wohnungen.
- Wir setzen uns beim Bund für eine dynamisierte Heizkostenpauschale beim Wohngeld ein.

Landeseigene Immobilien befinden sich oft in zentraler Lage in den Städten und Gemeinden und sind daher attraktiv für die Entwicklung von Wohnraum.

- Wir werden die Verfahren bei der Veräußerung von landeseigenen Grundstücken an Kommunen flexibilisieren.
- Wir wollen durch innovative Prämienmodelle für private Investoren die Entstehung von gefördertem Wohnraum stärken. Wir werden das 2018 initiierte Projekt „Zukunft des Bau- und Liegenschaftsbetriebes“ fortsetzen.

Die große Herausforderung bei der Schaffung von Wohnraum ist und bleibt die Verfügbarkeit von bebaubaren Grundstücken. Baulandentwicklung gehört zu unseren dringlichsten Aufgaben.

- Wir wollen die Ausweisung von Bauland weiter vereinfachen, Planungsverfahren beschleunigen und unsere Kommunen dabei umfassend unterstützen.
- Bei der Ausweisung von Bauland werden wir den Wachstumsbedarf der Kommunen ermitteln und dabei ihre Wünsche berücksichtigen.

Für schnelleres, innovatives und nachhaltiges Bauen

Wer heute neu baut, baut nachhaltig.

- Wir wollen ressourcenschonend mit Flächen umgehen und zugleich alle Wohnraumpotenziale ausschöpfen.
- Um die CO_2-Ziele zu erreichen, wollen wir den Fokus auf die Sanierung von Objekten mit hohem Energiebedarf legen.
- Wir werden einen digitalen $C0_2$-Pass einführen, um den CO_2-Fußabdruck eines Gebäudes während seiner gesamten Lebenszeit abbilden zu können.

- Wir werden Baustoffrecycling, 3D-Druck von Gebäuden, innovative Dämmstoffe, Holzbau sowie Photovoltaik- und Solarthermieanlagen auf Dachflächen und über Parkplätzen fördern.
- Wir machen serielle und modulare Bauverfahren zu einem zentralen Baustein der Klimaschutzstrategie für den Gebäudesektor. Wir werden das Baurecht des Landes weiterentwickeln und darauf hinwirken, dass das Baurecht des Bundes ebenfalls angepasst wird.
- Wir sehen im 3D-Druck großes Potenzial, die Baukosten zu senken und damit nicht nur Wohneigentum günstiger zu machen, sondern auch den Bestand an Mietwohnraum schnell zu erhöhen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen seine Vorreiterrolle im 3D-Druck-Berreich ausbaut, national wie international. Wir haben in unserem Land das technisch-industrielle Know-how, diese revolutionäre, kostengünstige und zugleich klimaschonende Bauweise flächendeckend zu entwickeln.
- Wir wollen Gebäudebestände reaktivieren, d. h. Immobilien durch Umbau, Ausbau oder auch Ersatzneubau einer neuen Nutzung zuführen – und das auf einfachem, unbürokratischem Weg.
- Wir werden die Mittel im Bereich Denkmalschutz auf hohen Niveau stabilisieren. Damit bewahren wir die historisch-kulturellen Wurzeln unseres Landes.
- Wir wollen nachhaltige, revitalisierende Konzepte für Altlastenflächen ermöglichen und Baulücken schließen.

Die hohen Neubaumieten in vielen Städten sind zu einem großen Teil durch eine dramatische Preisentwicklung bei Baugrundstücken und steigende Baukosten verursacht.

- Lange Verfahren und steigende Baukosten erschweren das Bauen. Dazu wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren konsequent digitalisieren und alle Ansätze zur Verfahrensbeschleunigung konsequent weiterverfolgen.
- Wir wollen die Arbeit der Baukostensenkungskommission auf Landesebene fortsetzen und im Bund auf Umsetzung der Ergebnisse der Bundeskommission drängen.
- Um junge Menschen für Berufe im Baugewerbe und Bauhandwerk zu begeistern werden wir eine landesweite Kampagne starten.

<u>Für Rechte der Mieterinnen und Mieter</u>

- Um das soziale Mietrecht zu stärken, wollen wir die Mieterschutzverordnung weiterentwickeln.
- Wir wollen uns intensiv mit der Zukunft des Wohnens beschäftigen und die Einrichtung einer entsprechenden Enquetekommission „Zukunft des Wohnens“ im Landtag von Nordrhein-Westfalen einsetzen.

II. NACHHALTIGES NORDRHEIN-WESTFALEN

Wir werden zeigen, wie man beides schafft: Klima schützen und gute Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten. Dabei gilt: Energie und Mobilität dürfen nicht zur neuen sozialen Frage werden. Sie müssen sicher und bezahlbar für alle bleiben. Bewahrung der Schöpfung und Generationengerechtigkeit gehen Hand in Hand. Wir werden aus dem Generationenprojekt Klimaschutz ein Versöhnungsprojekt machen.

1. Wirtschaft

Wir denken Wirtschaft, Umweltschutz und die soziale Frage immer gemeinsam. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Der Staat ist niemals der bessere Unternehmer. Seine Aufgabe definiert die Soziale Marktwirtschaft. Geld für die sozialen Sicherungssysteme muss erst erwirtschaftet werden. Persönlicher Einsatz muss sich für den Einzelnen lohnen. Wir setzen auf Innovation statt auf Verbote.

Nordrhein-Westfalen ist das Kernland der Industrie in Deutschland. Wir sind aber auch Mittelstandsland mit innovativem Handwerk und starken freie Berufen mit einer großen Bandbreite an wettbewerbsfähigen Betrieben und fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Im Mittelstand werden Flexibilität und Innovation gelebt und gute Arbeitsplätze – oft über Generationen hinweg – erhalten. Diese starken Akteure sichern gemeinsam Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land.

Als CDU wissen wir: Betriebe können am Markt und im Wettbewerb bestehen, wenn wir als Politik die Rahmenbedingungen richtig vorgeben und die Steuer- und Abgabenlast begrenzen.

Mit gezielten Maßnahmen werden wir den besonders von Corona gebeutelten Betrieben wie dem stationären Einzelhandel, Gastgewerbe etc. Anschubimpulse geben, um neu durchstarten zu können.

Nordrhein-Westfalen ist Industrie und Innovation zugleich. Die Weltpremiere für Wasserstoffstahl (grüner Stahl), der weltgrößte PEM-Elektrolyseur und ein Spitzencluster für autonomes Fahren mit dem modernsten Mobilfunk-Testfeld Europas – alles bei uns in Nordrhein-Westfalen. Wir werden unsere Vorreiterrolle ausbauen, bspw. in den Bereichen Wasserstofftechnologie, Elektromobilität, BioTech, Pharma und vielen anderen mehr. Der Export von Clean Tech ist eine Chance für unsere heimische Wirtschaft und zugleich ein Beitrag für den weltweiten Klimaschutz.

Nordrhein-Westfalen muss die Werkbank Europas bleiben.

Das haben wir erreicht

- Wir haben den Bürokratieabbau vorangetrieben: acht Entfesselungspakete mit rund 150 Maßnahmen.
- Mit dem neuen Landesentwicklungsplan haben wir den Wirtschafts- und Industriestandort verbessert und den Kommunen neue Entwicklung ermöglicht.

- Mit der Ruhrkonferenz haben wir die Weichen für die Zeit nach dem Ende der Steinkohleförderung gestellt.
- Wir haben von 2017 bis 2022 die Wirtschafts- und Mittelstandsförderung mehr als verdoppelt.
- Wir haben die Struktur- und Regionalförderung mit dem neuen EFRE-Programm neu aufgebaut und die Außenwirtschaftsförderung neu aufgestellt.
- Wir haben die elektronische Gewerbeanmeldung eingeführt und zum Wirtschaftsserviceportal NRW weiterentwickelt – Nordrhein-Westfalen ist damit bundesweit Vorreiter bei digitalen Verwaltungsleistungen.
- Mit dem strukturpolitischen Prozess im Rheinischen Revier schaffen wir eine Blaupause für den Umbau einer ganzen Industrieregion – in Deutschland, Europa und der Welt. Mit der Mischung aus Infrastrukturausbau, Qualifizierung, Innovationsförderung, Wissenstransfer und Neugestaltung der Region setzen wir Maßstäbe.

Machen, worauf es ankommt

- Nordrhein-Westfalen bleibt Industrieland Nummer 1 in Deutschland
- Wirtschaft ohne Bürokratiebremse
- Vollgas bei Genehmigungen und Planungsprozessen
- Starker Mittelstand mit gesunden Unternehmen
- Chancen der Digitalisierung entdecken und ergreifen
- Strukturwandel nachhaltig gestalten

Für ein starkes Industrieland

Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und soll es bleiben. Mit mehr als einer Million Beschäftigten erwirtschaftet das produzierende Gewerbe in unserem Bundesland mehr als 25 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Sie schafft gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit und garantiert eine Produktion mit weltweit führenden Sicherheits-, Klima- und Umweltstandards.

- Wir wollen die Akzeptanz für Industrie sichern. Eine ideologisch begründete Vertreibung der energieintensiven Unternehmen ins Ausland spart kein CO_2 ein (Carbon Leakage), sondern kostet Hunderttausende gut bezahlte Arbeitsplätze.
- Beim Klimaschutz ist die Industrie nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung. Wir wollen Forschung und Entwicklung befähigen, weiterhin international konkurrenzfähige Technologien für energieintensive Prozesse hervorzubringen, die den CO_2-Ausstoß senken und eine klimaneutrale Produktion ermöglichen.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie zu erhalten, setzen wir uns dafür ein, dass die Entlastungsregelungen für die energieintensiven Unternehmen aufrechterhalten bleiben.

- Wir erleben zurzeit, wie problematisch die Abhängigkeit von Zwischen- und Endprodukten sein kann. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaft krisensicherer wird und internationale Lieferketten weniger anfällig werden.
- Im Hinblick auf die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe, die Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und die Reduktion von Treibhausgasen werden wir eine Landesstrategie zur Förderung einer Circular Economy entwickeln. Für die Umsetzung konkreter Projekte wollen wir die kommende EFRE-Förderperiode nutzen.
- Wir werden die Förderprogramme für Digitalisierung und Innovationsentwicklung in KMU ausbauen. Aufgrund von geringeren Kapazitäten personeller und finanzieller Art stehen gerade sie vor besonderen Herausforderungen. Die bestehenden guten Förderprogramme werden wir verbessern und gezielt auf die Bedürfnisse von KMU ausrichten.

Für einen leistungsfähigen Mittelstand

Der Mittelstand ist das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Handwerk, industrieller Mittelstand, Dienstleistungen, Handel und Tourismus, freie Berufe sind Garanten des wirtschaftlichen Erfolgs, von Fortschritt, Wohlstand und sozialer Sicherheit. Die rund 730.000 mittelständischen, oft familiengeführten Betriebe, stellen 99,5 Prozent aller Unternehmen des Landes. Über die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und fast drei Viertel der Auszubildenden sind hier tätig.

Zentrale Herausforderungen – wie der Strukturwandel der Klimaschutz oder die Energiewende – sind ohne das Handwerk und den Mittelstand nicht lösbar.

- Wir werden Bürokratie weiter abbauen und geben das Ziel aus: „One in – two out“, d. h. wir werden bei neuen Regelungen zwei bestehende auslaufen lassen.
- Wir wollen die schnellsten Genehmigungsverfahren und Planungsprozesse bundesweit.
- Wir werden die öffentliche Auftragsvergabe weiter vereinfachen. Ausschreibungsverfahren müssen noch effizienter und noch einfacher werden.
- Wir werden Informations- und Dokumentationspflichten so anlegen, dass sie besser handhabbar sind.
- Das System der Fachkräftesicherung muss ganzheitlicher und mehr aus Sicht der kleinen und mittelständischen Unternehmen gedacht werden.
- Wir werden eine Fachkräfteoffensive für das Handwerk starten und die duale Ausbildung stärken. Dazu gehört auch die Absicherung kleiner Fachklassen im Handwerk. Zukünftige Handwerksmeisterinnen wollen wir besonders fördern. Wir werden die Meisterausbildung mit einem „Meister-Bonus“ in Höhe von 3.000 Euro fördern. Die bestehende Meistergründungsprämie werden wir noch attraktiver gestalten.
- Die guten Ansatzpunkte der dualen Studien- und Berufsausbildungsgänge in Kombination mit dem Erwerb des Meisterbriefes werden wir praxistauglich weiterentwickeln.

- Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass das kleinstrukturierte Handwerk bei digitaler Ausrüstung und Kompetenz aufholen muss. Hohe Investitionskosten sind für rund drei Viertel der Betriebe das größte Hemmnis. Mit Investitionsanreizen wollen wir diese beseitigen.
- Immer mehr Unternehmen werden als Ausgründungen von Hochschulen geschaffen. Nordrhein-Westfalen ist bei den Start-ups mittlerweile bundesweit vorne. Wir werden Ausgründungen weiter fördern und die bestehenden guten Förderprogramme erweitern.
- In Nordrhein-Westfalen gibt es zahlreiche erfolgreiche Beispiele, wie rund um Hochschulen Industrieproduktion mit neue Arbeitsplätze entstanden ist. Für die Ausbildung der Fachkräfte ist es im Interesse der Unternehmen, entsprechende Stiftungslehrstühle zu finanzieren. Wir ermuntern sie zu entsprechenden Initiativen und werden sie dabei beraten.

Für einen gelingenden Strukturwandel

Die energieintensiven Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind Garant für Beschäftigung, Wertschöpfung und soziale Sicherheit. Sie stehen angesichts des Klimawandels und den aktuellen geopolitischen Herausforderungen unter Anpassungsdruck.

- Wir werden die Unternehmen dabei unterstützen, die erforderlichen Anpassungen zu meistern. Wir werden dafür in Anlehnung an den Innovationsdialog Handwerk einen strukturierten und kontinuierlichen Zukunftsdialog mit den Beteiligten führen.
- Für das Gelingen des Transformationsprozesses sind größere Anstrengungen als bislang erforderlich. Wir erwarten vom Bund die Unterstützung von Unternehmen, die ihre Produktion auf klimaneutrale Prozesse umstellen. Dies betrifft auch eine Änderung des beihilferechtlichen Rahmens auf EU-Ebene.
- Der Strukturwandel im Rheinischen Revier hat begonnen. Damit er gelingt, ist es entscheidend, dass bestehende Arbeitsplätze erhalten bleiben und zusätzliche entstehen. Wir werden den intensiven Dialog mit der Region fortsetzen und unsere Maßnahmen mit den Verantwortlichen abstimmen.
- Wir werden eine zukunfts- und angebotsorientierte Flächenentwicklung im Rheinischen Revier u. a. in Poollösungen ermöglichen.
- Wir schaffen eine internationale Bau- und Technologieausstellung für das Rheinische Revier, mit der dieses Zukunftsmodell international präsentiert werden kann.
- Die Schließung von Kohlekraftwerken stellt die Standortkommunen vor neue Herausforderungen. Wir werden die Kommunen bei der Entwicklung von Projekten zur Gewinnung von innovativen Arbeitsplätzen eng begleiten.
- Branchen, die erheblich zu Wohlstand und Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen beitragen, wie z. B. die Automobilzulieferindustrie, stehen vor erheblichen Umbrüchen. Wir werden sie dabei weiterhin unterstützen, dass sie im globalen Wettbewerb bestehen können.

Für nachhaltigen Tourismus

Unsere vielfältige Heimat, unsere Wälder, Flüsse und Seen, Felder, Wiesen und Berge, unsere Kultur, sind lebenswert und immer eine Reise wert. Geschäftsreisen, Event- und Veranstaltungsreisen, Städtereisen, Sport-, Gesundheits- und Aktivurlaub, Urlaub auf dem Bauernhof – dies alles zieht Jahr für Jahr Millionen Menschen nach Nordrhein-Westfalen.

- Wir wollen den Tourismus in unserem Land zum Spitzenreiter in Sachen Nachhaltigkeit machen.
- Wir werden ein Gütesiegel „Nachhaltig NRW!“ einführen und ein entsprechendes Förderprogramm schaffen.
- Wir werden eine einheitliche digitale Plattform für touristische Angebote schaffen und eine Tourismus-App entwickeln.
- Wir werden Zertifizierungen für das "Reisen für alle" finanziell unterstützen.

2. Energie

Energie muss weiterhin sicher und bezahlbar für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen sein. Heizen muss bezahlbar bleiben und Menschen müssen sich Mobilität in Stadt und Land weiter leisten können. Die Energiekosten dürfen nicht zur neuen sozialen Frage werden. Und die energieintensiven Industrien in Nordrhein-Westfalen mit ihren guten Arbeitsplätzen müssen im globalen Wettbewerb bestehen können. Wir sehen den Bund in der Pflicht, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Unternehmen bei den Energiepreisen zu entlasten.

Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, müssen wir mittelfristig das gesamte Energieversorgungssystem dekarbonisieren. Die Erneuerbaren Energien leisten einen wesentlichen Beitrag für mehr Unabhängigkeit vom Import fossiler Energieträger. Mit Blick auf die geopolitischen Entwicklungen ist dies zunehmend wichtiger.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien (Wind, Photovoltaik, Solarthermie, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie) müssen wir in ganz Deutschland und Europa schneller werden. Nordrhein-Westfalen kann nicht isoliert betrachtet werden. Die Energiewende wird nur dann gelingen, wenn die Menschen mitmachen.

Das haben wir erreicht

- Wir haben eine Energieversorgungsstrategie vorgelegt. Sie hat das Ziel, bis zum Jahr 2030 die installierte Leistung der Windenergie zu verdoppeln und die der Photovoltaik zu vervierfachen.
- Wir sind bereits Spitze bei der Energieproduktion durch Wind und Sonne: 2020 hat Nordrhein-Westfalen erstmals Platz eins beim Ausbau der Windenergie an Land erreicht, bei der Photovoltaik war es Platz zwei im Bundesländervergleich. Damit hat das Land zum fünften Mal in Folge den Zubau des Vorjahres übertroffen.
- Um Akzeptanz für die Windenergie zu erhalten, haben wir Mindestabstände zu Wohnbebauung festgeschrieben. Kommunen können diese auf Wunsch verkürzen.

- Wir sind Vorreiter beim Kohleausstieg und leisten den größten Klimaschutzbeitrag der Bundesländer. Auf dem Weg bis zum kompletten Ausstieg schultert das Rheinische Revier bis 2028 den deutschen Kohleausstieg im Alleingang.
- Der Tagebau Hambach wird rund ein Jahrzehnt früher stillgelegt als von der Vorgängerregierung beschlossen. Der Hambacher Forst und umliegende Wälder bleiben erhalten.
- Wir steigen aus der Verstromung von Steinkohle aus. Auch hier geht Nordrhein-Westfalen in Deutschland voran.
- Wir haben die Landesförderprogramme für Energiewende und Klimaschutz verfünfzehnfacht, auf 360 Millionen Euro im Jahr 2022.
- Wir haben Tempo beim Aufbau der Wasserstoffwirtschaft gemacht. Wir werden mit zehn großen Leuchtturmprojekten Investitionen von mehr als 7 Milliarden Euro am Standort Nordrhein-Westfalen auslösen.

Machen, worauf es ankommt

- Preisstabilität: Energie für alle Verbraucher sicher und bezahlbar halten
- Energieland Nummer 1 bleiben
- Klimaneutralität bis spätestens 2045
- Versorgungssicherheit: Energiequellen diversifizieren und damit unabhängiger werden
- Dekarbonisierung der Wirtschaft wirtschaftlich sinnvoll und sozial gerecht gestalten
- Erneuerbare Energien schneller ausbauen
- Wasserstoffland Nummer 1 werden
- Kohleausstieg bis zum Jahr 2030
- Weltmarktführer bei Klimaschutztechnologien werden

Für eine Entlastung der Verbraucher

Der Bund muss alle Maßnahmen ergreifen, damit Energie für die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen sicher und bezahlbar bleibt. Für uns gilt, dass die außenpolitisch richtigen Entscheidungen nicht die Menschen bei uns treffen dürfen. Wir brauchen jetzt eine Energiepreisbremse. Unabhängigkeit im außenpolitischen Handeln schafft man dadurch, dass man innenpolitisch den Rücken frei hat.

- Wir fordern eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Heizkosten.
- Wir fordern eine Senkung der Stromsteuer.
- Wir fordern eine dauerhafte Erhöhung des Wohngeldes.
- Wir fordern eine Senkung der Energiesteuer (früher: Mineralölsteuer).
- Wir fordern eine Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer.

Für Versorgungssicherheit

Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Stromsystem benötigen wir Gas als Brückentechnologie.

- Wir wollen den Kohleausstieg bereits bis zum Jahr 2030 umsetzen. Voraussetzung hierfür ist, dass der Bund die notwendigen Rahmenbedingungen für Versorgungssicherheit und Preisstabilität schafft.
- Angesichts der geopolitischen Herausforderungen überarbeiten wir unsere Energieversorgungsstrategie. Wir wollen so schnell wie möglich unabhängig werden von Energieimporten aus Russland, z. B. durch mehr Importe von Flüssiggas (LNG).
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle neuen Gaskraftwerke Wasserstoff-ready gebaut werden, um Versorgungssicherheit und langfristig Klimaneutralität garantieren zu können.
- Mit Blick auf den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien gilt es, die Speicher- und Pufferkapazitäten der Gasnetze stärker in das Energieversorgungssystem einzubinden.
- Wir wollen Aus- und Umbaumaßnahmen in den Energienetzen beschleunigen und unterstützen.

Für ein klimaneutrales und sicheres Stromsystem

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist eine wesentliche Grundlage für die Energiewende in allen Bereichen. Wir wollen vermeiden, dass einzelne Regionen übermäßig beansprucht werden.

- Wir werden den Ausbau der Windenergie weiterhin beschleunigen. Es sollen im Sinne von Repowering die modernsten und leistungsfähigsten Windenergieanlagen errichtet werden, vorhandene Flächen sollen möglichst effizient genutzt werden.
- Für mehr Tempo werden wir eine Änderung des Landesplanungsrechts prüfen.
- Immissionsschutz, Landschaftsschutz, Artenschutz, Wasserschutz, Umweltschutz und andere Schutzgüter müssen in ein neues Verhältnis gebracht werden.
- Um den Ausbau zu beschleunigen, ist Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner nötig. Wir werden Konzepte zur finanziellen Beteiligung fördern und wollen die Rahmenbedingungen dafür verbessern. Wo Anwohnerinnen und Anwohner unmittelbar von der Windenergie profitieren, ist die Akzeptanz hoch.
- Um den Ausbau von PV-Anlagen im Wohnungsbau zu beschleunigen, werden wir eine Initiative ergreifen, Eigentümer steuerlich und von bürokratischem Aufwand zu entlasten. Bis zu einer Bagatellgrenze von 30 KW installierter Leistung müssen Eigentümer von PV-Anlagen vom Bund von sämtlichen Steuern auf die Erträge der Anlagen befreit werden. Wir werden Bauherren von PV-Anlagen im Verwaltungsdschungel durch die Einrichtung einer One-Stop-Agency des Landes unterstützen.

- Wir werden große Dachflächen-Photovoltaik und die Doppelnutzung von Flächen durch Agri-, Biodiversitäts- und Floating-Photovoltaik unterstützen, um das Investitionsrisiko zu reduzieren.

Für Klimaschutz durch moderne Technik

Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen zum Vorbildland für ein innovatives Energiesystem wird. Auf dem Weg zum klimaneutralen Energiesystem wollen wir die Digitalisierung noch effektiver dazu nutzen, das volatile Erzeugungs- und Verbrauchsverhalten aufeinander abzustimmen.

- Mit der Carbon Management Strategie NRW leisten wir einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz. Wir werden weiterhin verstärkt Forschung und Entwicklung in den Bereichen CO2-Abscheidung und -Nutzung oder -Speicherung fördern.

Für Wasserstoff als Treibstoff einer klimaneutralen Industrie

Damit Nordrhein-Westfalen klimaneutrales Industrieland wird, brauchen unsere Unternehmen Wasserstoff. Er kann in der Stromerzeugung und bei der Wärmeversorgung fossile Kraftstoffe ersetzen. Bevor grüner Wasserstoff in ausreichender Menge zur Verfügung steht, brauchen wir in einer Übergangsphase blauen und türkisen Wasserstoff.

- Nordrhein-Westfalen bietet beste Voraussetzungen, um Vorreiter beim Wasserstoff zu werden. Wir werden die Produktionsleistung von Wasserstoff bis 2030 auf mindestens drei Gigawatt Elektrolyseleistung steigern. Das entspricht der Leistung von zwei bis drei Kernkraftwerken.
- In vielen Regionen gibt es bereits ein Überangebot an Strom aus Erneuerbaren Energien. Diese sollen für die Produktion von Wasserstoff genutzt werden.
- Wir wollen nicht mehr benötigte Gasleitungen für Wasserstoff umrüsten. Bis 2030 sollen mindestens 240 Kilometer umgerüstet und ertüchtigt werden.
- Energieintensiven Industrien werden wir beim Umstieg auf Wasserstoff helfen. Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, sind dafür ein geeignetes Instrument. Wir setzen uns dafür ein, dass sie passgenau für unseren industriellen Mittelstand entwickelt werden und der gesamten Industrie offenstehen.

3. Mobilität

Die Möglichkeit, zuverlässig und flexibel mobil zu sein, bestimmt wesentlich die Lebensqualität der Menschen und ist Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum. Dabei darf es keine Rolle spielen, ob man in Ballungsräumen oder auf dem Land lebt.

Als Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe muss Mobilität bezahlbar sein. Ihre Kosten dürfen nicht zur sozialen Frage werden. Und: Mobilität muss nachhaltig sein.

Zur Erreichung der Klimaziele muss der Verkehrssektor seine Emissionen bis 2030 halbieren.

Das haben wir erreicht

- Wir haben eine ÖPNV-Offensive mit einem Volumen von vier Milliarden Euro für Reaktivierungen, Elektrifizierung, mehr Züge, weniger Verspätungen, mehr Schnellbusverbindungen und On-Demand-Angeboten auf den Weg gebracht.
- Mit der App Mobil.NRW ist erstmals grenzenlose ÖPNV-Nutzung durchs ganze Land und über Verbundgrenzen hinweg möglich, mit eezy.nrw per e-Tarif nutzbar. Einfach einchecken und nach zurückgelegter Strecke (Luftlinie) bezahlen.
- Wir geben Rekordsummen für den Aus- und Neubau von Radwegen aus. Seit 2017 haben wir die Mittel hierfür auf jährlich rund 100 Millionen Euro verdreifacht und so rund 600 km neue Radwege gebaut, das entspricht der Strecke Köln/Berlin. Wir sind das erste und das einzige Flächenland mit einem eigenen Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz.
- Wir verbessern die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern: Wir haben die Vision Zero (Ziel: möglichst keine Verkehrstoten) zur gesetzlichen Verpflichtung gemacht. In den nächsten fünf Jahren sollen alle rund 600 landeseigenen Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen und Busse mit Abbiegeassistenten ausgerüstet werden.
- Wir stellen für die Mobilität der Zukunft allein in diesem Jahr 40 Millionen Euro bereit. Wir sind Vorreiter des automatisierten Fahrens, auf der Straße, auf der Schiene, im Wasser und künftig auch in der Luft.
- Wir haben den Investitionsstau der Vorgängerregierung mit einem Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf aufgelöst. Dafür haben wir mehr Ingenieure eingestellt und Rekordsummen für Planung ausgegeben. Die Investitionen in den Erhalt unserer Straßen und den Bau von Ortsumgehungen haben wir fast verdoppelt. Und wir konnten rund 600 Millionen Euro Bundesmittel für Bundesfernstraßen nach Nordrhein-Westfalen holen, die andere Bundesländer liegengelassen haben.
- Mit konsequentem Bauzeiten-Controlling, Einführung von Fristen, Bonus- und Malus-Regelungen, neuen Ausschreibungsverfahren und mehr 24/7-Baustellen haben wir die Bauzeiten in der Summe insgesamt um mehr als acht Jahre verkürzt. Wir haben ein Zehn-Punkte-Programm für die Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Bau – insbesondere für den Ersatzneubau von Autobahnbrücken – vorgelegt.
- Von der Vorgängerregierung wurde E-Mobilität mit genau null Euro gefördert, wir haben über 200 Millionen Euro in die Hand genommen. Wir haben seit 2017 rund 9.800 öffentlich zugängliche und 64.000 private und betriebliche E-Ladestationen gefördert.

Machen, worauf es ankommt

- Ausbau des ÖPNV mit einer Schienen- oder Schnellbusanbindung für jede Kommune ab 20.000 Einwohnern
- Ziel: Grundtakt von 15 Minuten auf allen Strecken in Nordrhein-Westfalen im SPNV
- 100-km-Seniorenticket für den ÖPNV für 30 Euro pro Monat

- 1.000 Mobilstationen zur Vernetzung von ÖPNV, Fahrrad, Car-Sharing und anderen Angeboten
- Eine einzige App zur Planung, Buchung und Bezahlung von Reisen
- Mehr Güter auf die Schiene
- Fahrradland Nummer 1 bleiben
- E-Mobilitätsland Nummer 1 werden
- Technologieoffene Forschung und Entwicklung von alternativen Antrieben und innovativen Mobilitätsangeboten
- Investitionen in den Erhalt unserer Straßen, Tunnel und Brücken weiter auf Rekordniveau
- Vollgas bei Planung, Genehmigung und Bau

Für einen attraktiven Öffentlichen Nahverkehr

Wir wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu einer echten Alternative ausbauen. Unser ÖPNV soll einfacher zugänglich, leistungsstärker, flexibler, barrierefreier, innovativer und klima- und umweltfreundlicher werden.

- Mit unserer Zielnetzkonzeption für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) wird perspektivisch jede Kommune ab 20.000 Einwohnern eine Schienen- oder Schnellbusanbindung bekommen. Mit mehr Direktverbindungen auf nachfragestarken Strecken müssen Pendler künftig weniger umsteigen. Mit einem Grundtakt von 15 Minuten auf allen Strecken und einer Ausweitung des Angebots an den sogenannten Tagesrandzeiten machen wir Pendler unabhängiger vom Fahrplan.
- Wir setzen außerdem auf einen massiven und flächendeckenden Ausbau des Bus- und On-Demand-Angebots. Dazu werden wir im Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr ein neues Finanzierungsinstrument schaffen: Kommunen, die vom Land vorgegebene Mindeststandards bei Busverkehren oder On-Demand-Angeboten erfüllen, werden zusätzliches Geld erhalten.
- Zur Erschließung der letzten Meile müssen im ÖPNV-Angebot künftig flächendeckend Sharing-Angebote enthalten sein. Bislang untersagt der Bund die Finanzierung solcher Angebote aus Mitteln des ÖPNV. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass Sharing-Angebote künftig aus Mitteln für den ÖPNV finanziert werden können.
- Zur besseren Vernetzung von ÖPNV, Fahrrad, Car-Sharing und anderen Angeboten richten wir weitere 1.000 Mobilstationen ein. So wird der Umstieg einfacher und bequemer.
- Wir vernetzen Mobilität digital: Unser e-Tarif „eezy.nrw“, mit dem die Menschen neben einem Grundpreis die zurückgelegte Strecke nach Luftlinie von Haltestelle zu Haltestelle bezahlen, hat Maßstäbe gesetzt. Als Nächstes setzen wir die verkehrsträgerübergreifende Planung, Buchung und Bezahlung von Reisen in einer App um. Denn für einen individuellen ÖPNV im ganzen Land müssen alle Angebote (on-demand, car-sharing, bike-sharing u.v.m.) nahtlos ineinandergreifen.

- Um Seniorinnen und Senioren den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel attraktiv zu machen, bieten wir ihnen innerhalb der eezy-App ein 100-km-Ticket im Abo für 30 Euro pro Monat an.
- Da Mobilität nicht an der Landesgrenze endet, werden wir grenzüberschreitendes Ticketing im ÖPNV (wie das easyConnect-Projekt zwischen der Region Aachen und den Niederlanden) entwickeln.
- Wir wollen im Dialog mit den Verkehrsverbünden, den Industrie- und Handelskammern und den Kreishandwerkerschaften einen Weg finden, Jobtickets auch KMU zu ermöglichen.

Für einen sicheren und attraktiven Fuß- und Radverkehr

Das Fahrradwegenetz muss so attraktiv werden, dass sich künftig die Menschen in unserem Land dazu entscheiden, 25 Prozent aller Wege mit dem Fahrrad zurückzulegen.

- Wichtig ist uns insbesondere die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern. Unser Ziel ist und bleibt die Vision Zero – wir werden die Verkehrssicherheit weiter fördern mit dem Ziel, dass niemand mehr im Straßenverkehr zu Schaden kommt.
- Das neue Radwegekataster werden wir nutzen, um vorhandene Lücken im Netz weiter zügig zu schließen. So schaffen wir ein großes zusammenhängendes Radwegenetz in unserem großen Flächenland.
- In den kommenden fünf Jahren wollen wir mindestens 1.000 Kilometer neue Radwege bauen. Wir denken Radwege bei jedem Straßenbauprojekt mit – das Gleiche gilt für Fußwege.
- Wir werden die Kommunen bei der Organisation und der Finanzierung des Radwegeausbaus unterstützen. Das gilt auch für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Bikes und Pedelecs.

Für die Mobilität von morgen

Nordrhein-Westfalen ist die Heimat der Mobilität 4.0. Mit mehreren Testfeldern, zahlreichen Modellvorhaben und Forschungseinrichtungen auf Weltniveau bestehen in Nordrhein-Westfalen hervorragende Voraussetzungen für die Entwicklung und Einführung von automatisierten und vernetzten Systemen auf der Schiene, der Straße und in der Schifffahrt.

Wir werden die Chancen automatisierter und vernetzt fahrender Systeme zur Steigerung der Verkehrssicherheit, der Flexibilität und der Wirtschaftlichkeit nutzen.

- Wir werden künstliche Intelligenz im Mobilitätssektor einsetzen, um den Verkehr besser fließen zu lassen und einen größeren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
- Wir wollen weitere Bundeseinrichtungen zur Förderung der Neuen Mobilität nach Nordrhein-Westfalen holen.

Für die Verlagerung von Gütern auf Schiene und Wasserstraße

Der erfolgreiche Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen benötigt ein belastbares und flexibles Logistiknetz. Wir arbeiten mit dem Bund an einer Verlagerung von mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße.

- Wir investieren weiter in Forschung und Entwicklung, wie etwa von autonom fahrenden Binnenschiffen und klimaschonenden Antrieben.
- Wir werden die 2018 wieder eingeführte Förderung von sogenannten Nichtbundeseigenen Eisenbahnen (NE-Bahnen) weiter ausweiten. Damit schließen wir „die letzte Meile“ zwischen den vielen Gewerbe-, Industrie- und Logistikstandorten und dem Streckennetz der Deutschen Bahn.
- Gemeinsam mit der Deutschen Bahn treiben wir den Ausbau, die Elektrifizierung und die Digitalisierung des Schienensystems sowie die Modernisierung von Güterbahnhöfen voran, um mehr Güterzüge auf die Strecken zu bekommen. Wir werden eine Güterverkehrsumfahrung des Knoten Köln über das bestehende – und nach Aufgabe der Tagebaue nicht mehr benötigte – RWE-Netz realisieren. In Hamm werden wir mit dem Multihub (Logistikdrehkreuz) die Verladekapazitäten massiv ausbauen.
- Um die Kapazität von Containerschiffen zu erweitern, müssen die Brücken im Kanalnetz des Bundes angehoben werden. Wir werden die Kompetenz von Straßen.NRW nutzen, um für den Bund die Anhebung der Brücken zu planen und umzusetzen.

Für eine bessere, sichere und saubere Mobilität

Menschen und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen brauchen eine zuverlässige Straßeninfrastruktur. Straßen, Brücken und Tunnel in gutem Zustand sind eine Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Mobilität für alle.

- Wir investieren weiter in die landeseigenen Straßen auf Rekordniveau.
- Weniger Verkehr im Ort bedeutet saubere Luft durch weniger Schadstoffe, mehr Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer, weniger Verkehrslärm und mehr Aufenthalts- und Lebensqualität im Ort. Nach der Devise „Verkehr raus – Lebensqualität rein“ investieren wir weiter in den Neu- und Ausbau von Ortsumgehungen. Für mehr Sicherheit auf den Straßen werden wir die Zahl der Lkw-Parkplätze ausbauen und ihre Auslastung entlang der Bundesfernstraßen mit einem mehrsprachigen App-gestützten Parkleitsystem koordinieren. Damit werden wir nicht nur die Arbeitsbedingungen von Lkw-Fahrern verbessern und sie bei der Planbarkeit ihrer Ruhezeiten unterstützen, sondern die Sicherheit anderer Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer steigern.
- E-Fuels sind ein wichtiger Beitrag für einen klimaneutralen Pkw-Bestand. Wir wollen daher die Produktion synthetischer Kraftstoffe fördern. Das hilft auch Flugzeugen, Schiffen und Lkw klimaneutral zu werden.

Für noch schnellere Planung, Genehmigung und Bau

Wir werden den Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf der letzten Jahre fortführen. Diesen Kurs werden wir konsequent fortsetzen.

- Planung, Genehmigung und Bau müssen noch schneller, digitaler und innovativer werden. Wir setzen dazu weiter auf die konsequente Digitalisierung von Planung und Genehmigung.
- Wir fordern vom Bund die schnellstmögliche Erneuerung der Brücken über Autobahnen und Bundesstraßen in Nordrhein-Westfalen. Dazu gehört die Umsetzung unseres Zehn-Punkte-Programms zur Beschleunigung, die Forderung nach einem 300-Millionen-Euro-Sonderfonds und einer eigenen Planungseinheit für die Brückenplanung in Nordrhein-Westfalen.
- Wir brauchen noch mehr hochqualifizierte Planerinnen und Planer. Hierfür starten wir gemeinsam mit den Hochschulen und der Planungs- und Bauwirtschaft eine Studienoffensive.

Für sauberen und leisen Verkehr

Elektromotoren sind der Antrieb der Zukunft. Damit der Umstieg gelingt, ist eine attraktive und flächendeckende Ladeinfrastruktur erforderlich. Dies wollen wir für alle Menschen ermöglichen – unabhängig davon, ob sie im Eigenheim oder zur Miete, in der Stadt oder auf dem Land wohnen.

- Wir werden unsere Förderung für E-Ladestationen ausbauen. Nur so kann E-Mobilität für jeden im Alltag funktionieren.
- Wir fordern vom Bund verlässliche Rahmenbedingungen für den zügigen Ausbau der Ladeinfrastruktur.
- Wir werden die Forschung und Entwicklung von weiteren alternativen Antrieben der verschiedenen Verkehrsträger wie eFuels und Brennstoffzellen technologieoffen fördern.

Für zukunftsfähige Flughäfen

Welche Folgen die Pandemie, der demografische Wandel und das gewachsene Klimabewusstsein auf das Flugverhalten haben werden, bleibt abzuwarten. Dementsprechend werden wir auf der Basis des vom Bund angekündigten Luftfahrtkonzepts 2030+ Schlüsse für den Flugverkehr in Nordrhein-Westfalen ziehen. Dabei berücksichtigen wir den Klimaschutz und die Bedürfnisse der Anwohnerinnen und Anwohner hinsichtlich des Lärmschutzes.

Am Konzept der dezentralen Flughafeninfrastruktur wollen wir festhalten. In die Nutzungskonzepte werden wir die neuen Entwicklungen wie Flugtaxen und Elektroflugzeuge einbeziehen. Der Aufbau des U-Space-Lab für die Nutzung von Drohnen im Raum Aachen/Mönchengladbach ist ein Musterbeispiel für die Erprobung neuer Technologien und Anwendungen.

4. Klima-, Natur-, Arten- und Umweltschutz

Wir haben nur diese eine Welt. Diese gilt es zu bewahren. Wir nutzen und schützen sie zugleich.

Wir setzen auf zukunftsweisende Technologien zum Schutz des Klimas, der Natur und der Umwelt. Wir machen Klimaschutz zum weiteren Jobmotor in Nordrhein-Westfalen für gute Arbeitsplätze und soziale Sicherheit.

Wir machen Nordrhein-Westfalen noch nachhaltiger.

Das haben wir erreicht

- Nordrhein-Westfalen hat seit 2021 das ambitionierteste Klimaschutzgesetz aller Bundesländer.
- Wir haben das bundesweit erste Klimaanpassungsgesetz beschlossen. Alle staatlichen Einrichtungen müssen bei ihren Entscheidungen Klimafolgen und -anpassung beachten.
- Wir haben in den zurückliegenden fünf Jahren mehr für den Umweltschutz getan als jede Landesregierung vor uns.
- Seit 2020 werden in ganz Nordrhein-Westfalen alle Luftqualitätsgrenzwerte eingehalten.
- Wir haben das Landeswassergesetz novelliert, damit die Trinkwasserversorgung immer Vorrang hat.
- Wir stellen dieses Jahr 72 Millionen Euro für die Wald-, Forst- und Holzwirtschaft bereit. Seit 2020 sind es damit rund 175 Millionen Euro.
- Bis Ende des Jahrzehnts werden wir über 100 Millionen Euro bereitstellen, um die Wälder von Schadholz zu befreien und wieder aufforsten zu können.

Machen, worauf es ankommt

- Klimaneutralität bis spätestens 2045
- Kritische Infrastruktur vor den Folgen des Klimawandels schützen
- Wasserressourcen schützen
- Umweltschutzprojekte mit Umweltschecks fördern
- Baumprämie für jedermann
- Wälder schützen und wieder aufforsten

Für ein starkes Krisenmanagement

Wir werden dafür sorgen, dass unser Land auf mögliche Unwetterereignisse besser vorbereitet ist. Die kritische Infrastruktur muss auch bei Extremwetterlagen voll einsatzfähig sein.

Das Grundwasser ist unsere wichtigste Trinkwasserressource. Es bedarf eines klugen Wassermanagements und innovativer Verfahren. Deshalb gründen wir ein Landeszentrum

Wasser. Dieses wird mit Vertretern der Wissenschaft und der Wasserwirtschaft die großen Zukunftsaufgaben bearbeiten: die (Wasser-) Konzeption für langanhaltende Phasen von Trockenheit oder Wasserknappheit auf der einen Seite und Hochwasserschutz und extreme Starkregenereignisse auf der anderen Seite. Das Landeszentrum Wasser wird zudem die zentrale hydrologische Informations- und Warnaufgabe innerhalb der Landesregierung wahrnehmen.

Für Natur in urbanen Räumen

Nordrhein-Westfalen ist geprägt von großen Ballungszentren und starken ländlichen Räumen. Wir bewahren die Artenvielfalt im ganzen Land. Die urbanen Räume müssen einen höheren Beitrag zu Natur-, Umwelt- und Klimaschutz leisten.

- Wir wollen – analog zu den Heimatschecks – Umweltschecks vergeben, um unsere Städte noch grüner zu machen. Mit 2.000 Euro pro Projekt können Vereine und Gruppierungen individuelle, kreative Umwelt- und Naturschutzvorhaben wie „Tiny Forests“ oder Insektenhotels umsetzen.
- Wir geben Anreize für mehr Dach- und Fassadenbegrünung, grüne Vorgärten sowie öffentliches Grün und Straßenbegleitgrün. Damit leisten wir einen Beitrag, die Aufheizung der Städte zu verringern und bieten Flora und Fauna ausreichenden Lebensraum.

Für gesunde und klimastabile Wälder

Gesunde Wälder sind uns ein Herzensanliegen. Sie übernehmen eine wichtige Rolle in unserem Ökosystem. Nachhaltig bewirtschaftet zeichnen sie sich durch eine vielfältige Flora und Fauna aus und binden in großem Maße CO_2. Gleichzeitig sind sie wichtiger Holzlieferant für die holzverarbeitende Industrie mit ihren vielen tausend Arbeitsplätzen. Von Bäumen, die heute gepflanzt werden, profitieren unsere Kinder und Enkelkinder. Wir benötigen klimastabilere Wälder.

- Wir werden als neues Förderinstrument eine Baumprämie für Waldbauern einführen, die sich nach der CO_2-Leistung je Hektar Wald richtet.
- Grüne Infrastruktur fördert die Artenvielfalt, kühlt und reinigt die Luft gerade in städtischen Räumen und entlastet die Kanalisation bei Starkregen. Daher werden wir nach dem Vorbild der sehr erfolgreichen Heimat-Schecks ein Baum-Scheck-Programm mit einem Volumen von 50 Millionen Euro schaffen. Damit sollen mehr als eine Million Bäume in den Städten und Gemeinden neu gepflanzt werden.
- In unserem dicht besiedelten Bundesland sind Alleen besonders wertvolle grüne Adern. Wir werden vorhandene schützen, ältere instandsetzen und den Bestand ausbauen.
- Für mehr klimaresistente Wälder werden wir das Waldbau- und das Wiederaufforstungskonzept des Landes aktualisieren.
- Wenn das Schadholz abtransportiert ist, wollen wir dafür sorgen, dass die Waldwege wieder in Stand gesetzt.

- Invasive Arten bedrohen heimische Lebensräume und schaden der biologischen Vielfalt. Wir werden eine Strategie erarbeiten, um die von invasiven Arten ausgehenden Gefahren zu begrenzen.
- Vor dem Hintergrund der schnell wachsenden Wolfspopulation tragen wir eine besondere Verantwortung, die Grundlagen für eine zukunftsfähige Weidetierhaltung zu sichern und gleichzeitig unseren Verpflichtungen aus der FFH-Richtlinie nachzukommen. Wir wollen deshalb in Deutschland – wie in anderen Ländern schon geschehen – ein aktives Wolfsmanagement ermöglichen, das die Zukunft der Weidetierhaltung und zugleich die Akzeptanz für die Wiederkehr des Wolfes auch in Nordrhein-Westfalen sichert. Wir setzen uns dafür ein, den Schutzstatuts des Wolfes mit Blick auf seine tatsächliche Verbreitung zu verändern.

Für einen schonenden Umgang mit der Umwelt

Wir wollen das Bewusstsein für den Umweltschutz in unserem Alltag stärken. Umweltbildung trägt dazu bei.

- Wir stärken die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und werden weiterhin die außerschulischen Lernorte und Umweltbildungseinrichtungen (BNE-Zentren) angemessen fördern.
- Wir werden das Rohstoff-Recycling weiter unterstützen und bereits erfolgreiche Projekte fortführen. Ein effizienter und nachhaltiger Umgang mit vorhandenen Ressourcen muss Kern der Kreislaufwirtschaft sein.
- Wir setzen uns für einen geregelten Rohstoffabbau ein. Denn Rohstoffe sind endlich. Daher wollen wir eine ganzheitliche Rohstoffstrategie umsetzen, die Mensch, Umwelt und Landwirtschaft schützt, Planungssicherheit für die Industrie herstellt, Flächenverbrauche reduziert und Alternativen fördert.
- Wir wollen bestehende Rohstofflagerstätten maximal ausschöpfen, um weniger Fläche zu verbrauchen. Dafür werden wir das Abgrabungsmonitoring verbessern. Wir wollen vermeiden, dass einzelne Regionen übermäßig beansprucht werden. Daher wollen wir die Bedarfsermittlung speziell für die Rohstoffe Sand und Kies überdenken und auf wissenschaftlicher Basis neu festlegen.
- Wir wollen den Ausbau innovativer Re- und Upcycling-Verfahren für Sekundärrohstoffe fördern. Wir werden prüfen, ob ihre Verwendung bei Vergabeverfahren einen Wertungsvorteil mit sich bringen sollte.

Für Artenschutz in Verantwortung

Wir verstehen Artenschutz und Biodiversität als Ergebnis unserer Verantwortung für eine intakte Umwelt. Wir wollen prüfen, ob ein so verstandener Artenschutz der Befriedigung von Konflikten dienen und als verbindliches Landesziel verankert werden kann.

Für starke Partner beim Naturschutz

Wir schätzen das hohe Engagement unserer Jägerschaft für ihre Hege- und Pflegeleistungen und sehen Jägerinnen und Jäger als wichtige Partner des Naturschutzes.

Wir haben das Landesjagdgesetz so ausgerichtet, dass die Jagd praxisnah, nachhaltig und auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhend weiterentwickelt wurde. Die Jägerschaft hat Planungssicherheit und wird nicht mehr gegängelt. Unser Ziel ist die weitere Stärkung der Eigenverantwortung der Jägerinnen und Jäger sowie weniger Bürokratie.

- Nur gemeinsam mit den Jägerinnen und Jägern werden wir eine erfolgreiche Wiederbewaldung der Kalamitätsflächen erreichen. Hierbei folgen wir dem Grundsatz von Wald und Wild.
- Wir begrüßen den qualitativ hochwertigen Umweltbildungsauftrag, den die Jägerschaft wahrnimmt. Hier sehen wir einen wichtigen Beitrag um die gesellschaftliche Debatte um die Jagd in Nordrhein-Westfalen weiter zu versachlichen.
- Bei der Bekämpfung der vorrückenden Afrikanischen Schweinepest (ASP) brauchen wir die Erfahrung der Jägerinnen und Jäger und angepasste Schwarzwildbestände.
- Wir werden landeseinheitliche und unbürokratische Wege entwickeln, die Jagdscheinerteilung zu vereinfachen. Hierbei wird die Digitalisierung ein wichtiger Baustein sein, bei dem wir auf Barrierefreiheit achten werden.

Neben der Jagd gehört die Fischerei ebenfalls zu Nordrhein-Westfalen. Beide stehen für eine Förderung der heimischen Artenvielfalt.

- Wir werden die Kormoranverordnung evaluieren und wenn nötig weiter konkretisieren.
- Eine nachhaltige und umweltverträgliche Erzeugung mit hohen Tierwohlstandards sehen wir als ein wesentliches Qualitätsmerkmal der Aquakultur.

5. Landwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft versorgt die Menschen mit gesunden, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln. Regionale Produktion verkürzt Transportwege und leistet damit einen Beitrag zum Klimaschutz. Die Landwirtschaft pflegt und schützt zudem die Natur und bewahrt die historisch gewachsene Kulturlandschaft unseres Landes. Sie leistet einen erheblichen Beitrag zur alternativen Energiegewinnung. All diese Leistungen sind unverzichtbar und müssen sich lohnen.

Die Landwirtschaft befindet sich mitten in einem Transformationsprozess. Wir geben den Landwirtinnen und Landwirten in diesem Planungs- und Investitionssicherheit. Strukturbrüche wollen wir vermeiden.

<u>Das haben wir erreicht</u>

- Wir haben die Düngeverordnung praxisnah und wissenschaftlich basiert umgesetzt.
- Wir haben die Nutztierhaltung der Zukunft auf den Weg gebracht, den Tierschutz gestärkt und das Tierwohl verbessert.
- Wir haben neue Züchtungsmethoden in den Fokus gerückt und den Weg für umwelt- und ressourcenschonenderes Precision Farming frei gemacht.
- Die landwirtschaftlichen Betriebe profitieren von Agrarumweltmaßnahmen.

- Wir haben ein Flächensparprogramm auf den Weg gebracht.
- Wir haben die Gründung einer gemeinnützigen Landgesellschaft beschlossen. Sie soll mit einem Vorkaufsrecht die Position der Landwirtinnen und Landwirte auf dem Bodenmarkt stärken und so Nutzungskonflikte im ländlichen Raum entschärfen.

Machen, worauf es ankommt

- Nachhaltige Zukunft für eine ernährungssichernde Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen
- Wandel mit den Landwirtinnen und Landwirten gestalten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen
- Qualitativ hochwertige und bezahlbare Lebensmittel regional in Nordrhein-Westfalen mit hohen Tier- und Umweltschutzvorgaben produzieren
- Europäische Wettbewerbsverzerrung verhindern
- Mit Naturschutzleistungen Geld verdienen können
- Flächenverbrauch weiter reduzieren

Für eine innovative und wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Landwirtinnen und Landwirte brauchen ein angemessenes Einkommen, damit sich Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen weiterhin lohnt. Dafür brauchen wir einen fairen Wettbewerb und eine funktionierende europäische Agrarpolitik (GAP). Um eine Wettbewerbsverzerrung innerhalb der EU zu verhindern, ist eine 1:1-Umsetzung der Vorgaben der GAP notwendig.

Wir fördern die Landwirtschaft als modernen Wirtschaftszweig mit Fokus auf Klimaschutz und setzen weiterhin auf Begleitung, Kooperation und Unterstützung.

- Wir wollen die doppelte Grunderwerbssteuer beim Flächenkauf für Landwirte abschaffen.
- Wir werden die Antrags- und Dokumentationslasten für Landwirte weiter reduzieren.
- Zusätzliche Ökosystemleistungen, die gesellschaftlich gefordert werden, müssen angemessen finanziell ausgeglichen werden.
- Es darf keinen Eingriff ohne Ausgleich geben. Deshalb fordern wir vom Bund die bereits zugesagten Mittel für den Erschwernisausgleich für Landwirtschaft im Naturschutzgebiet ein.
- Humus speichert CO_2. Daher wollen wir praxistaugliche und nachprüfbare Verfahren der CO_2-Bindung und des Carbon Farming entwickeln und entsprechende Fördermöglichkeiten schaffen.
- Wir setzen auf Kooperation und Anreize für freiwillige Leistungen im Bereich der Agrarumweltmaßnahmen. Diese müssen in der neuen Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Zahlungen aus der ersten Säule weiterhin einkommensstützende Grundprämien enthalten.

- Wir wollen die Chancen der Digitalisierung und neue Technologien für die Zukunft der Landwirtschaft nutzen. Neue Züchtungsmethoden können Pflanzen widerstandsfähiger machen und sind so ein Beitrag für mehr Umwelt- und mehr Klimaschutz. Zudem sind sie ein Beitrag zur Ernährungssicherung und Biodiversität.
- Wir stärken Landwirtinnen und Landwirte als moderne Unternehmerinnen und Unternehmer dabei, neue Geschäftsfelder zu erschließen und Synergien zu nutzen.
- Wir sorgen für den schnellen flächendeckenden Breitbandausbau mit Kapazitäten von 4G und höher.

Für eine Reduzierung des Flächenverbrauchs

Wir setzen uns für minimalen Flächenverbrauch ein. Notwendige Ausgleichsmaßnahmen sollten nicht zu einem weiteren Verlust hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen führen.

- Wir wollen den Flächenverbrauch weiter reduzieren.
- Im Zuge der naturschutzfachlichen Kompensation für neue Baumaßnahmen wollen wir der Entsiegelung bebauter Flächen die höchste ökologische Wertigkeit verleihen. Dafür werden wir den Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung (AAV) weiter angemessen ausstatten.
- Wir wollen produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen stärken. Unser Ziel bleibt eine Bundesregelung, wonach die Kompensation über Ersatzgeldzahlungen und Ökokonten statt über Ausgleichsflächen bevorzugt wird. Der Vertragsnaturschutz sollte zu einem klugen Werkzeug in Sachen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für die Landwirte werden.

Für mehr Tierwohl

Tierwohl muss im Fokus von Tierhaltung stehen. Wir werden diesen Prozess weiter beschleunigen und dabei die Folgen für die landwirtschaftlichen Betriebe beachten.

- Mehr Tierwohl führt zu höheren Kosten. Die Mehrkosten müssen für die Erzeuger durch eine Kombination aus staatlich abgesicherter Investitionsförderung und einem Ausgleich für die Erzeugung mit höheren Tierwohlstandards abgegolten werden. Und: Die Mehrkosten sollen moderat auf die Verbraucherpreise umgelegt werden.
- Um Planungsprozesse für mehr Tierwohl zu beschleunigen, werden wir die Regelungen im Umwelt-, Immissions-, Bau- und Planungsrecht anpassen und aufeinander abstimmen.
- Für Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der gesamten Herstellungskette setzen wir uns für eine verbindliche und aussagekräftige europaweite Herkunfts- und Haltungskennzeichnung ein. Vermarktungsanreize sollen dadurch unterstützt werden.

6. Verbraucherschutz

Unser Leitbild beim Verbraucherschutz sind verantwortlich handelnde und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher. Entscheidend sind Transparenz und die Verfügbarkeit von Informationen.

Das haben wir erreicht

- Wir haben den Verbraucherschutz finanziell besser ausgestattet.
- Mit der Flugärger-App, die schnelle, einfache und digitale Hilfe rund um die Verbraucherrechte bei Flugausfall und -verspätungen leistet, haben wir bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen.
- Wir haben der Schlichtungsstelle Nahverkehr mehr Planungssicherheit gegeben.

Machen, worauf es ankommt

- Flächendeckende Beratungsstellen und -angebote schaffen
- Volle Transparenz bei der Herstellung von Lebensmitteln innerhalb der gesamten Produktionskette

Für aufgeklärte Verbraucherinnen und Verbraucher

- Wir werden die Verbraucherzentralen weiterhin unterstützen. Wir werden Lücken im Beratungsstellennetz schließen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ein entsprechendes Angebot finanzieren. Ein Schwerpunkt soll dabei auf dem Ausbau der digitalen Beratung liegen, die bisherige Angebote ergänzen kann.
- Wir werden die bestehenden Angebote der Energieberatung der Verbraucherzentralen ausbauen.
- Wir wollen die Verbraucherinnen und Verbraucher für Gefahren wie „Fake Shops“ und Produktfälschungen sensibilisieren. Dies gilt gleichermaßen für die Datensicherheit.
- Das existierende Bildungsangebot „SmartSurfer“ macht die Generation Ü50 fit für die digitale Verbraucherwelt. Dies werden wir forcieren.
- Immer mehr elektronische (Kinder-) Spielzeuge sind mit dem Internet verbunden und können so sensible Daten direkt aus den Kinderzimmern übertragen. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass diese Produkte so programmiert werden, dass eine Verknüpfung/Übertragung nur nach ausdrücklicher Zustimmung der Erziehungsberechtigten möglich ist.
- Wir wollen volle Transparenz in der Lebensmittelproduktion. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen alle entsprechenden Informationen der gesamten Produktionskette bei verarbeiteten Produkten erhalten, bspw. über einen QR-Code.
- Wir setzen uns für die weitere Aufklärung ein, dass Nahrungsmittel, solange sie erkennbar nicht verdorben sind, über das Mindesthaltbarkeitsdatum hinaus sicher verzehrt werden können.

- Um die Lebensmittelüberwachung effizienter und strukturierter zu gestalten, prüfen wir die Zusammenlegung der fünf Lebensmittelüberwachungsämter. Damit wollen wir unter Beibehaltung der Standorte Synergieeffekte nutzen und die Effizienz erhöhen.

7. Finanzen

Wir stehen für eine solide Finanzpolitik. Sie ermöglicht Gestaltungsspielräume. Dies ist verantwortlich gegenüber den nachfolgenden Generationen. Wir machen unser Land finanziell fit für die Zukunft.

Unsere Haushaltspolitik ist ein Dreiklang von Solidität, Stabilität und Gestaltungswillen – und gleichzeitig halten wir die Schuldenbremse ein. Seit 2017 haben wir massiv in die Zukunft unseres Landes und der Menschen investiert: in Sicherheit, in Bildung, in Familien, in Gesundheit, in Sport, in Digitalisierung, in Kultur, in Klimaschutz, in Infrastruktur und viele weitere Bereiche mehr.

Das haben wir erreicht

- Wir haben die Versäumnisse der Vorgängerregierung korrigiert. Mit dem Haushalt 2018 haben wir erstmals seit 1973 einen Haushalt vorgelegt, der bereits im Entwurf keine neuen Schulden vorsah. Wir haben sogar Schulden getilgt und zusätzlich rund 6 Milliarden Euro für die Risikovorsorge bereitstellen können. Jeder von uns vorgelegte Kernhaushalt ist schuldenfrei. Nordrhein-Westfalen ist erstmals seit 2004 in seiner Bonität heraufgestuft worden.
- Das Land tätigt im Jahr 2022 mit rund zehn Milliarden Euro die höchsten Investitionen, die ein nordrhein-westfälischer Haushalt je verzeichnet hat. In den Jahren 2018 bis 2022 haben wir rund 45 Milliarden Euro investiert, das sind 58 Prozent mehr Investitionen als unter der Vorgängerregierung.
- Wir haben die Terrorismusfinanzierung, organisierte Kriminalität und Geldwäsche effektiv mit einer neuen Task Force bekämpft. Staatsanwaltschaften, Steuerfahndung, Polizei und IT-Spezialisten arbeiten in einem Team zusammen. Das ist einzigartig in Deutschland.

Machen, worauf es ankommt

- Zukunftsinvestitionen
- Handlungsfähiger Staat – auch in Krisen
- Solide und nachhaltige Finanzen mit der schwarzen Null
- Generationengerechtigkeit
- Starke Regionalbanken als Partner
- Bekämpfung der Geldwäsche

Für eine generationengerechte schwarz Null

Solide Finanzen sind die beste Grundlage für gute Politik. Daher bekennen wir uns klar zur Schuldenbremse. Haushalte dürfen nicht auf Kante genäht sein, sie brauchen Maß und Mitte.

Wir werden weiterhin in finanziell guten Zeiten Vorsorge für schlechte Zeiten treffen. Je niedriger die Schulden sind, desto niedriger sind die Zinsbelastungen und umso größer die Gestaltungsspielräume für nachfolgende Generationen.

In der Krise muss Nordrhein-Westfalen schnell handlungsfähig sein und ausreichend Geld zur Verfügung haben, um die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten.

Wichtig ist nach der Krise die Rückkehr zur haushaltspolitischen Normalität. Daher werden wir die Verbindlichkeiten des Corona-Rettungsschirms konjunkturgerecht tilgen – dies gilt für unsere Schuldenlast insgesamt.

Für solide Regionalbanken

Der Erfolg unserer mittelständischen Wirtschaft hängt von soliden Finanzierungsmöglichkeiten ab. Die Regionalbanken haben insbesondere in der Corona-Krise kundennahe Betreuung der Betriebe gewährleistet. Dies hat Liquiditätsengpässe vermieden.

- Wir setzen uns für den Fortbestand der öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen sowie der Genossenschaftsbanken ein. Die immer mehr zunehmende Regulierungsdichte auf dem europäischen Bankenmarkt wird der kleingliedrigen Bankenlandschaft in Deutschland nicht gerecht. Daher wollen wir die Regulierungsdichte nach Größenklassen staffeln.
- Wir wollen die Sicherungssysteme sachgerecht dimensionieren. Soweit Organisationen wie Sparkassen- und Genossenschaftsverbände eigene Sicherungssysteme vorsehen, dürfen diese nicht noch durch zusätzliche nationale oder europäische Sicherungssysteme belastet werden.

III. SOLIDARISCHES NORDRHEIN-WESTFALEN

1. Familien, Kinder, Jugendliche und Vielfalt

Familie schafft ein Band der Solidarität, das Menschen verbindet und Generationen vereint. Sie schafft ein Band des Füreinanders und einen Bund des Miteinanders. Sie sind Voraussetzungen für das Funktionieren unserer Gesellschaft. Dabei müssen wir auch das Thema Einsamkeit in den Blick nehmen.

Familie ist da, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen.

In erster Linie sind die Eltern für die Erziehung und das Wohlergehen ihrer Kinder verantwortlich. Wir wollen sie dabei unterstützen.

Das haben wir erreicht

- Das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) überwindet mit 1,3 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich die strukturelle Unterfinanzierung im System der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen. Die Kindertagespflege erfährt mit dem neuen KiBiz ebenfalls eine deutlich verbesserte Förderung und mehr Wertschätzung.
- Wir haben die Elternbeiträge auch für das zweite Kita-Jahr vor der Schule abgeschafft.
- Wir haben die Zahl der Kinderbetreuungsplätze von 2017 bis 2021 im U3-Bereich um über 31.500 auf rund 211.000 gesteigert und im Ü3-Bereich um fast 51.000 auf rund 530.000. Damit haben wir in kurzer Zeit über 82.000 neue Kitaplätze insgesamt geschaffen.
- Wir haben eine Kita-Platz-Ausbaugarantie gegeben.
- Wir haben über 25.000 Ausbildungsplätze für Erzieherinnen und Erzieher neu eingerichtet.
- Alltagshelferinnen und Alltagshelfer unterstützen in den Kitas.
- Wir haben die Mittel für frühkindliche Bildung auf fast 4,3 Milliarden Euro aufgestockt.
- Wir haben den Kinder- und Jugendförderplan finanziell auf Rekordniveau erhöht und nachhaltig dynamisiert.
- Wir haben die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, z. B. durch bessere Betreuungsangebote in den Randzeiten.
- Wir haben die Partizipation und Mitbestimmung der jungen Generation vorangebracht.
- Wir haben die Anzahl von Familienzentren ausgebaut und familienunterstützende Angebote zum Beispiel im Bereich der Familienbildung gestärkt.
- Mit unserem Programm der Familienerholung geben wir besonders belasteten Familien die Chance auf eine Auszeit.
- Wir haben die Förderung von Kinderwunsch-Behandlungen weiterhin finanziert.
- In der Corona-Krise haben wir Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung und OGS übernommen.
- Keine Landesregierung zuvor hat mehr für den Schutz und die Unterstützung von queerem Leben im Nordrhein-Westfalen getan, z. B. durch einen inhaltlich weiterentwickelten Landesaktionsplan, unsere Agenda zum Schutz intergeschlechtlich geborener Kinder, die Unterstützung von Regenbogen-Familien, Angebote für LSBTIQ*-Jugendliche, die Aufarbeitung des Unrechts nach §175 StBG-alt und verstärkte gesellschaftliche Aufklärung sowie Toleranzarbeit.

Machen, worauf es ankommt

- Im Familienland gilt: Familie geht vor
- Familien entlasten
- Kinderarmut bekämpfen

- Ausreichend Betreuungsplätze und mehr Fachkräfte für Kita und Kindertagespflege
- Offene Kinder- und Jugendarbeit stärken
- Jugendbeteiligung voranbringen
- Vielfalt schützen und unterstützen
- Engagement gegen Einsamkeit ausbauen

Für zufriedene Familien und glückliche Kinder

Nordrhein-Westfalen soll das familien- und kinderfreundlichste Bundesland werden.

- Wir werden einen „Aktionsplan Familienförderung Nordrhein-Westfalen“ aufstellen, um die Gründung von Familien durch gute Rahmenbedingungen zu erleichtern. Paare werden wir weiterhin bei der Realisierung ihres Kinderwunsches unterstützten.
- Wir wollen gemeinsam mit den Kommunen ein Sonderprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von Spiel- und Bolzplätzen auflegen.
- Den internationalen Familientag werden wir in künftig in Nordrhein-Westfalen mit landesweiten Veranstaltungen begehen.
- Unsere Familienzentren sind für viele Familien erste Anlaufstelle. Wir werden unseren Kurs des Ausbaus, der finanziellen Stärkung und der Vernetzung mit den Angeboten der Familienförderung fortsetzen. Ein wichtiger Bestandteil wird dabei die Etablierung des digitalen Familienzentrums NRW sein.
- Die Struktur der verbandlichen Förderung von Familienverbänden auf Landesebene sowie die Ombudschaft Jugendhilfe NRW werden wir evaluieren und weiterentwickeln.
- Wir werden ein Institut für Familienforschung in Nordrhein-Westfalen gründen. So wollen wir Familienpolitik auf der Grundlage langfristiger, datenbasierter Betrachtungen auch wissenschaftlich weiterentwickeln.
- Wir werden unsere Förderung von Familienerholungsangeboten verstetigen.
- Kinderreichtum darf kein Armutsrisiko sein. Wir werden eine Familienkarte NRW für Mehrkindfamilie schaffen, um ihnen Teilhabe an Angeboten wie Museen, Zoos etc. zu erleichtern.

Kinder sind arm, wenn ihre Eltern ohne Arbeit sind. Wenn Eltern arbeiten und einem geregelten Tagesablauf nachgehen, ist das im Sinne des Kindeswohls.

- Wir werden eine Agenda „Kein Kind in Armut – Für Eltern in Arbeit“ auf den Weg bringen. Wir wollen Eltern ohne Arbeit gezielt ansprechen, fördern und die dafür notwendigen Netzwerke etablieren. Unser Ziel ist es, den Einstieg in Arbeit zu erleichtern, Chancen zu eröffnen und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Die Bedürfnisse alleinerziehender Eltern und die von Kindern mit Behinderung werden wir in diesem Zusammenhang besonders beachten.

- Wir werden die bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut weiterentwickeln. Dabei bauen wir auf unseren Programmen „Zusammen im Quartier“, „Kein Kind ohne Mahlzeit“, „Kinderstark“ und „Kommunale Präventionsketten“ auf.

Wir bekennen uns zur Schwangerschaftskonfliktberatung in Nordrhein-Westfalen. Frauen brauchen in dieser schwierigen Situation keine Vorwürfe, sondern konkrete Unterstützung. Das ist auch im Interesse des werdenden Lebens.

- Wir wollen Schwangeren Perspektiven für ein Leben mit Kind aufzuzeigen. Dazu wollen wir die strukturellen Voraussetzungen schaffen und Angebote noch transparenter und niederschwelliger gestalten.

<u>Für gute Betreuung</u>

Frühkindliche Bildung schafft wichtige Voraussetzungen für Chancengleichheit, eine erfolgreiche Bildungsbiografie und ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung. Dies gilt insbesondere für die drei Kita-Jahre vor der Einschulung.

- Wir werden auch das dritte Kindergartenjahr vor der Schule für die Eltern beitragsfrei machen und damit komplette Beitragsfreiheit im Bereich Ü3 herstellen. Das ist eine Entlastung, die die Eltern direkt im Portemonnaie spüren.
- Wir werden unsere Kita-Platz-Ausbaugarantie fortsetzen.
- Wir werden ein System für Fachkräftemanagement und -gewinnung etablieren.
- Wir werden ein strukturelles Alltagshelferprogramm prüfen. Die Angebote der Weiterqualifizierung für Alltagshelfer werden wir verstetigen.
- Wir werden eingruppige Kitas weiter fördern und den Bestandsschutz erweitern.
- Wir werden die Waldkindergärten stärken.
- Wir werden die „MINT“-Förderung in Kitas forcieren.
- Wir wollen die Ausstattung mit digitalen Endgeräten im Vorschulbereich verbessern.
- Wir wollen die pädagogischen Fachkräfte von administrativer Arbeit befreien und in Abstimmung mit Trägern und Gewerkschaften ein effizientes Verwaltungsmanagement fördern.
- Die Mittel aus dem sogenannten „Gute-Kita-Gesetz“ müssen den Ländern dauerhaft zur Verfügung stehen. Dafür werden wir uns beim Bund mit Nachdruck einsetzen.
- Um Eltern mehr Planungssicherheit zu geben und die unterjährige Buchung eines Kita-Platzes zu vereinfachen, werden wir ein digitales Kita- und Tagespflegeplatzmanagement auf den Weg bringen. Die notwendigen Voraussetzungen werden wir in Abstimmung mit den Kommunen schaffen.

Für eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit

Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes (KJFP) trägt dazu bei, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen erhalten.

- Wir werden den Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) des Landes Nordrhein-Westfalen weiter stärken.
- Die neu geschaffene Dynamisierung werden wir fortsetzen.
- Wir werden neue inhaltliche Schwerpunkte im KJFP etablieren. Wir werden einen neuen Förderbereich zur Stärkung von Inklusion und junger Menschen mit Behinderung schaffen.
- Wir werden den Schwerpunkt „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in den neuen KJFP integrieren. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, wie Angebote für Mentoring sinnvoll unterstützt werden können. Hierbei soll auch das Thema mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein Schwerpunkt sein.
- Wir werden eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche“ auflegen, um jungen Menschen, die während der Corona-Pandemie auf zahlreiche soziale Kontakte verzichten mussten, Freiräume für Gemeinschaftserlebnisse zu ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir ein Sonderprogramm zur Ertüchtigung von Kinder- und Jugendhäusern auflegen.
- Wir werden einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten und umsetzen. Er wird Kriterien für angemessene Jugendbeteiligung sowie die strukturelle Berücksichtigung von Interessen der jungen Generation enthalten und definieren, wie diese in den Kommunen und auf Landesebene umgesetzt werden können.

Für Vielfalt

Vielfalt und Zusammenhalt machen unsere Gesellschaft stärker und menschlicher. Hassgewalt gegen unterschiedliche Lebensentwürfe lehnen wir ab. Jeder muss unabhängig seiner sexuellen Identität frei und ohne Angst leben können.

Die Vielfalt der Schöpfung wird von manchen noch immer und immer wieder abschätzig behandelt und angegriffen. Wir unterstützen die unterschiedliche Lebenswirklichkeit in unserem Land und fördern die LSBTIQ*-Strukturen und -Projekten im ganzen Land.

- Wir werden die Unterstützungsangebote für LSBTIQ* fortsetzen.
- Für ein Leben in Freiheit und Würde, ohne Diskriminierung oder sogar staatliche Verfolgung, sind ganze Generationen mutiger Menschen auf die Straße gegangen. Deshalb wollen wir prüfen, nicht kommerzielle, kleine CSDs zu unterstützen.
- Wir engagieren uns weiterhin gegen Diskriminierung und für Vielfalt und Zusammenhalt. Dazu wollen wir die Antidiskriminierungsarbeit in der Landesverwaltung sowie im öffentlichen Dienst voranbringen.

2. Gleichstellung

Unsere Gesellschaft ist eine, in der Menschen gleich welchen Geschlechts die gleichen Chancen haben – überall und zu jeder Zeit. Jeder Mensch bringt Stärken mit – Stärken, die wir für ein starkes Nordrhein-Westfalen benötigen.

Unser Land muss ein Ort sein, an dem Mädchen und Frauen die besten Chancen auf eine verlässliche Bildung und einen sicheren Arbeitsplatz mit fairen Löhnen haben und an dem sie immer sicher und geschützt sind. Die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie ist ein wichtiger Baustein für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Damit schaffen wir die Rahmenbedingungen für echte Wahlfreiheit.

Das haben wir erreicht

- Wir haben 2021 erstmalig in Nordrhein-Westfalen einen umfassenden „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht, um wichtige Impulse zur Verbesserung der Gleichstellung von Frauen und Männern zu geben und neue Entwicklungen anzustoßen.
- Wir haben das Projekt „Competentia Nordrhein-Westfalen“ mit rund fünf Millionen Euro gefördert, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu stärken und die Erwerbstätigkeit von Frauen zu erleichtern.
- Wir haben in fünf Modellkommunen die „Girls´ and Boys´ Academies“ auf den Weg gebracht, um Mädchen und Jungen neue Einblicke in geschlechteruntypische Berufe zu ermöglichen und damit Rollenklischees abzubauen.
- Erstmals seit 2010 haben wir zusätzliche Plätze in Frauenhäusern gefördert. Wir haben die Anzahl der Akutschutzplätze für von Gewalt betroffene Frauen von 571 auf fast 650 gesteigert. Lücken in der Gewaltschutzinfrastruktur haben wir geschlossen.
- Neben der Stärkung der Unterstützungsinfrastruktur für von Gewalt betroffene Frauen haben wir erstmals in Nordrhein-Westfalen eine für von Gewalt betroffene Männer aufgebaut.

Machen, worauf es ankommt

- Gleiche Chancen ermöglichen
- Berufsbilder von Klischees befreien
- Frauen auf ihrem wissenschaftlichen Karriereweg stärken
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männern sichern
- Mehr Frauen in politischer Verantwortung
- Null Toleranz bei jeder Gewalt gegen Mädchen und Frauen

Für echte Vereinbarkeit und Chancengerechtigkeit

Das Wissen und das Können von Frauen in der Arbeitswelt sind unverzichtbar.

Die Familiengründungszeit und der oft hohe zeitliche Einsatz von Frauen für die Pflege von Angehörigen wirken sich oft negativ auf die Berufsbiografien aus.

- Wir schaffen eine gute frühkindliche Bildung mit ausreichend Plätzen und flexiblen Betreuungszeiten. Nur so ist echte Vereinbarkeit möglich.
- Bereits in den Kindertageseinrichtungen wollen wir dazu beitragen, dass Geschlechterklischees überwunden werden.
- Wir wollen Arbeitgeber dabei unterstützen, das Fachkräftepotenzial insbesondere von Frauen zu heben. Sie müssen genauso wie Männer die Chance haben, nach der Familiengründungszeit wieder voll im Beruf durchstarten zu können. Wir wollen die Arbeitgeber dabei unterstützen, dies z. B. durch Online-Schulungsangebote zu ermöglichen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass diese verstärkt über die Arbeitsagenturen angeboten werden.
- Wer lange gepflegt hat, darf deswegen nicht in Altersarmut fallen. Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, dass die häusliche Pflege stärker bei der Rente berücksichtigt wird.
- Wir wollen Müttern ohne Ausbildung einen Abschluss und Zugänge zur Berufswelt ermöglichen.
- Um Frauen und Männern in den Bereichen, in denen sie in der Landesverwaltung unterrepräsentiert sind, Chancen zu eröffnen, werden wir eine Strategie zur beruflichen Chancengerechtigkeit vorlegen. Dazu gehört auch die Einführung einer Quote für die Besetzung von Vorstandsfunktionen in den landeseigenen Betrieben.
- Wir werden das Landesgleichstellungsgesetz zielgerichtet weiterentwickeln.
- Die „Girls´ and Boys´ Academies“ werden wir zusammen mit der Wirtschaft weiter ausbauen. Wir wollen mit der Berufsorientierung früher ansetzen und diese passgenauer auf Schulen und Wirtschaft ausrichten.
- Wir wollen den Anteil von Gründerinnen in Nordrhein-Westfalen steigern.
- Gleichstellungspolitik ist eine gesellschaftliche Gemeinschaftsaufgabe und wirkt auf alle politische Felder. Dabei liegt der Fokus besonders darauf, die Gleichstellungspolitik zu einem Diversity Management weiterzuentwickeln.
- Wir werden die „Kompetenzzentren Frau und Beruf“ weiterentwickeln.
- Wir werden einen „Lohnatlas Nordrhein-Westfalen“ erstellen, der die Unterschiede in den Branchen und Regionen beleuchten und zu mehr Transparenz beitragen soll.
- Die Mentorinnen-Programme werden wir fortführen und Mentorinnen-Programme für Frauen mit Einwanderungsgeschichte ausbauen.
- Wir werden innovative Projekte zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit bei Frauen auf den Weg bringen, um strukturelle Nachteile abzubauen und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- Wir werden mit der Wirtschaft ein Landesbündnis „Frauen in MINT-Berufen“ gründen, welches zur Chancengerechtigkeit und Fachkräftesicherung beitragen soll. Insbesondere gilt es, die Herausforderungen bei der digitalen Transformation in der

Arbeitswelt zu bewältigen. Wir werden landesweite „FrauenWirtschaftsTage“ initiieren, um Frauen aus der Wirtschaft zu vernetzen.

Für den Schutz vor Gewalt

Gewaltschutz ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wer Gewalttätigkeit fürchten muss oder wessen Leben von Gewalterfahrungen geprägt ist, dem ist ein freies und selbstbestimmtes Leben nicht möglich.

- Wir bekennen uns zur Istanbul-Konvention und leben sie. Wir werden den Ausbau und die Finanzierung der Unterstützungsinfrastruktur für von Gewalt Betroffene sicherstellen.
- Wir gehen gegen jede Art von Gewalt vor. Für eine weitreichende und unterstützende Frauen- sowie Anti-Gewalt-Politik ist der Opferschutz zentral. Wir werden das Opferschutzportal des Landes Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.
- Wir setzen uns für eine flächendeckende anonyme Spurensicherung bei Opfern von Gewalt ein.
- Die „Anti-Gewalt-Wochen“, die wir eingeführt haben, werden wir weiter fortsetzen, um die Gesellschaft für alle Formen von Gewalt zu sensibilisieren. „Hingucken statt weggucken“ ist das zentrale Motto.
- Wir werden den „Nordrhein-Westfalen-Pakt“ gegen Gewalt mit den Verbänden und Organisationen auf den Weg bringen. Neben einer krisenfesten und zukunftssicheren Aufstellung der Unterstützungsinfrastrukturen wird er die „Anti-Gewalt-Arbeit“ zum Schutz von Kindern über geschlechtsspezifische Gewalt bis hin zum Schutz vor Gewalt in der Pflege aufnehmen.
- Menschenhandel und Zwangsprostitution werden wir weiter konsequent bekämpfen.
- Präventive Täterarbeit trägt wesentlich zum Schutz von Frauen bei, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Diese werden wir weiter stärken.
- Wir werden die von uns auf den Weg gebrachte „Dunkelfeld-Studie“ fortführen. Wir wollen wissen, wo sich Menschen in Nordrhein-Westfalen unsicher fühlen oder wie sie von Gewalt betroffen oder bedroht sind.
- Wir haben eine Unterstützungsinfrastruktur für von Gewalt betroffene Männer aufgebaut. Diese werden wir weiter ausbauen, z. B. über Schutzwohnungen oder Beratungsangebote. Das von uns mit initiierte „Männerhilfe-Telefon“ werden wir stärken.
- Wir werden bei der von uns auf den Weg gebrachten „Anti-Gewalt-Woche“ einen Schwerpunkt auf Gewalt gegen Männer legen.

3. Bildung

Bildung bleibt der Schlüssel für Aufstieg. Für uns ist dabei die berufliche Bildung der akademischen gleichwertig.

Wir wollen jedes Talent entdecken und fördern. Jede Schülerin und jeder Schüler ist verschieden – in Begabungen, Interessen und Kompetenzen. Wir sind überzeugt, dass Schule darauf so gut wie möglich reagieren muss. Dazu gehört, dass es in der Schulkarriere keine Sackgassen geben darf. Die entscheidenden Stichworte sind Durchlässigkeit und die Möglichkeit, Schulabschlüsse nachzuholen. Daher halten wir an dem gegliederten und bewährten Schulsystem fest. Es sichert Wahlfreiheit und Schulvielfalt.

Verantwortlich für Bildung und Erziehung sind in erster Linie Eltern und Erziehungsberechtigte. Die Bildungsreinrichtungen mit ihren engagierten und gut ausgebildeten Lehrkräften und dem pädagogischen Fachpersonal unterstützen sie dabei nach Kräften.

In der Schule werden die Grundlagen für die gesellschaftliche Teilhabe und die berufliche Zukunft der Schülerinnen und Schüler vermittelt. Neben Lesen, Schreiben und Rechnen wird die Digitalisierung, von der Digitalkompetenz über Grundkenntnisse des Programmierens bis zum fundierten Wissen über Informationstechnik, für die Zukunft immer wichtiger.

Das haben wir erreicht

- Für uns steht das Wohl jedes einzelnen Kindes mit seinen Begabungen, Fähigkeiten und Bedürfnissen im Mittelpunkt. Daher haben wir die Abschaffung der Förderschulen gestoppt und die Qualität der Bildung insgesamt verbessert. Bis zum Schuljahr 2024/25 wird es 6.000 Stellen mehr geben im Bereich des gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I als die Vorgängerregierung zur Verfügung gestellt hatte.
- Der Bildungsetat liegt auf Rekordniveau. 20,5 Milliarden Euro fließen mittlerweile jedes Jahr in die Bildung – fast jeder vierte Euro, den das Land ausgibt.
- Die Lehrkräfte können sich auf das konzentrieren, wofür sie ausgebildet wurden: auf guten Unterricht. Dafür haben wir die Lehrkräfte mit Schulverwaltungsassistentinnen und -assistenten entlastet, Lehrpläne wurden zur Stärkung der Fachlichkeit überarbeitet und die Finanzierung der Schulsozialarbeit wurde dauerhaft gesichert.
- Heute unterrichten rund 10.000 Lehrkräfte mehr an den Schulen als noch 2017. Hinzu kommen rund 3.300 pädagogische Fachkräfte.
- Wir haben für die Lehrämter Grundschule und Sonderpädagogik insgesamt 1.450 zusätzliche Studienplätze im Jahr geschaffen.
- Auf besonders große soziale Herausforderungen haben wir mit insgesamt 60 Talentschulen reagiert.
- Mit dem schulscharfen Sozialindex haben wir ein Werkzeug geschaffen, das eine ressourcenorientierte Verteilung von Personal möglich macht.

- Wir haben die Leitentscheidung für ein neues G9 getroffen und somit für Klarheit gesorgt. Damit stärken wir die Gymnasien und sorgen für Planungssicherheit bei Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern.
- Wir haben die Plätze in der offenen Ganztagesbetreuung auf über 362.000 erhöht. Damit wurde die Anzahl seit 2017 um insgesamt fast 55.000 erhöht. Insgesamt investieren wir fast 190 Millionen Euro zusätzlich in den Offenen Ganztag, dies ist eine Erhöhung um rund 41 Prozent im Vergleich zur Vorgängerregierung.
- Wir haben eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen gestartet.
- Wir haben LOGINEO zum Laufen gebracht und den Schulen so eine kostenlose Plattform für Datenaustausch, Chat- und Videokonferenzen zur Verfügung gestellt.
- Wir haben den Anschluss unserer Schulen an das schnelle Internet verfünffacht, auf jetzt fast 75 Prozent, bei einem Viertel befindet sich der Anschluss bereits in Planung.
- Besonders wichtig ist es uns, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte mit digitalen Lehr- und Lernmitteln zu unterstützen. Rund 2 Milliarden Euro werden in Nordrhein-Westfalen innerhalb von fünf Jahren bis 2025 in das Lehren und Lernen mit digitalen Medien investiert.
- Wir unterstützen die Schulträger mit 105 Millionen Euro bei der Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen dienstlichen Endgeräten. Beschafft sind aktuell bereits knapp 207.000 Endgeräte.
- Mit dem DigitalPakt Schule investieren wir über eine Milliarde Euro in den Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen.
- Wir haben bislang rund 700.000 bedürftige Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet.
- Wir haben die Lehrerausbildung und -fortbildung an aktuelle und künftige Herausforderungen angepasst. Wir haben Lehramtsstudium und Referendariat stärker miteinander verzahnt. Es ist gerade für junge Lehrkräfte wichtig, bereits im Studium einen engen Austausch mit dem System Schule zu haben.
- Wir haben den Schulleitungen deutlich mehr Entscheidungsfreiheiten gegeben, mit mehr Budget- und Personalverantwortung und einer eigenen Profilentwicklung.
- Wir fördern die kostenlose Verteilung von Obst und Gemüse an rund 225.000 Schulkinder und unterstützen ein kostengünstiges Milchangebot.

<u>Machen, worauf es ankommt</u>

- Jedes Kind mit seinen Talenten fördern
- Erhalt der vielfältigen Schullandschaft, des gegliederten Schulsystems und der Förderschulen
- Konzentration auf guten Unterricht
- Potenziale der Digitalisierung ausschöpfen
- Für jedes Kind ein digitales Endgerät

- Motivierte Lehrkräfte
- Attraktivität des Lehrerberufs steigern
- Berufliche Bildung stärken
- Azubi-Wohnheime einrichten
- Schulfinanzierung in einer Hand

Für die Vielfalt der Talente

Eine vielfältige Schullandschaft – integrativ und gegliedert, ganztags und halbtags, öffentlich und privat – sichert die Vielfalt der Talente. Der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen ist dabei Maßstab unseres Handelns. Wir wollen bereits heute die Schule von morgen denken und so umsetzen, dass Zukunft Schule macht.

Schule ist mehr als Wissensvermittlung. Werte, Orientierung, Erziehung und solides Lernen gehören ebenfalls zu ihren Aufgaben.

- Wir werden die frühkindliche Förderung zur Schulvorbereitung intensivieren. Bei den Vorgaben zu den Mindestklassengrößen wollen wir die Gemeindegrößen berücksichtigen. Unser Grundsatz bleibt: „Kurze Beine, kurze Wege“.
- Wir sind überzeugt, dass Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf erfolgreich inklusiv an den Regelschulen lernen können, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind. Daher wollen wir, dass Lehrkräfte an Regelschulen mehr Unterstützung für inklusiven Unterricht erhalten.
- Förderschulen und Inklusion sind keine Gegensätze. Sie sind ein unverzichtbarer Teil eines inklusiven Schulsystems. Wir werden daher das bestehende, gut funktionierende Förderschulsystem erhalten und bedarfsgerecht ausbauen.
- Wir werden Schulleitungspositionen attraktiver machen. Erreicht werden soll dies durch Entlastung von Unterrichtsverpflichtungen und Unterstützung im Schulalltag durch administratives Fachpersonal. Wir sind für mehr Managementqualitäten an der Spitze, auch um Abläufe zu professionalisieren.
- Wir machen aus allen Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen Talentschulen. Diese werden wir stärken, durch eine bessere Infrastruktur und mehr Personal. Lehrkräfte an Talentschulen sollen für besondere Leistungen zusätzlich honoriert werden.
- Die deutsche Sprache ist und bleibt der Schlüssel für Integration und eine erfolgreiche Schulkarriere. Um die Sprachkompetenz zu stärken, wollen wir den herkunftssprachlichen Unterricht in Schulen stärken.

Für guten Unterricht und gute Schulen

Guter Unterricht ist die Grundlage für gute Bildung. In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig Präsenzunterricht, digitale Methoden und das Engagement der Lehrkräfte sind.

- Wir berücksichtigen die negativen Folgen der Corona-Pandemie und unterstützen alle am Schulleben Beteiligten.

- Wir werden den Schulunterricht durch digitale Lernmethoden ergänzen, nicht ersetzen. Digital alleine reicht nicht. Unser Ziel bleibt, dass alle Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit die Grundfähigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen beherrschen.
- Wir werden das Lernen mit digitalen Endgeräten im regulären Präsenzunterricht weiter ausbauen und jedem Kind ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen. Hier kommt es vor allem auf die Fachdidaktiken an, denn nur ein gezieltes pädagogisches und fachspezifisches Einsetzen erzielt den gewünschten Lernerfolg.
- Wir werden die Lehrpläne überarbeiten, damit digitale Kenntnisse immer mit Medienkompetenz gekoppelt werden. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer dazu befähigen, die Potenziale der Digitalisierung im Unterricht voll auszuschöpfen.
- Wir wollen eine Digital-Pauschale einführen, damit Schulträger strukturell bei Endgeräten, digitalen Schul-Infrastrukturen und deren Betrieb unterstützt werden.
- Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass nicht verausgabte Mittel des DigitalPakts Schule 1 nicht zurückfließen, sondern mit einer Fristverlängerung durch die Länder verausgabt werden können. Zudem werden wir die erforderlichen Investitionssummen des DigitalPakts Schule 2 definieren.
- Lernplattformen und datenschutzkonforme Apps, die Lernfortschritte unterstützen, wollen wir weiterentwickeln und die persönliche Begleitung durch Lehrkräfte sicherstellen.
- Wir werden bestehende digitale Bildungsangebote in einer Bildungscloud.NRW bündeln und weiterentwickeln.
- Wir wollen eine höhere Durchlässigkeit zwischen allen Schulformen unseres Schulsystems. Hierzu werden wir eine Neuregelung der Übergänge zwischen den Schulformen prüfen.
- Am grundgesetzlich verbürgten bekenntnisorientierten Religionsunterricht unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache halten wir fest.
- Wir werden die Kommunikation zwischen Schulaufsicht und Schulen deutlich verbessern. Alle relevanten Informationen müssen frühzeitig, klar und wenn erforderlich durch zusätzliche Materialien unterstützt an die Schulen gelangen.
- Wir wollen den Unterricht in den MINT-Bereichen stärken und das Schulfach Informatik ausbauen und zum Abiturfach machen.
- Wir wollen mehr Lehrkräfte in den MINT-Fächern ausbilden und Quer- und Seiteneinsteigern die Qualifizierung erleichtern, um die MINT-Lehrkräfteversorgung sicherzustellen. Wir werden MINT-Bildungsstandards für den Sachunterricht definieren und umzusetzen.
- Die Erfolgsfaktoren von besonders ausgezeichneten Schulen sollen zusammengetragen und flächendeckend von anderen Schulen umgesetzt werden.

Die Übertragung der Idee von Familienzentren der Kindertageseinrichtungen in den Schulbereich ist sinnvoll und ergänzt den Gedanken der vernetzen Strukturen. Solche

Familiengrundschulen verstehen sich als multiprofessionelles Netzwerk zur Unterstützung von Familien im Quartier.

- Wir unterstützen die Entwicklung von Grundschulen zu sozial-räumlichen Knotenpunkten und einer Anlaufstelle für Familien sowie zu Orten der Begegnung, Beratung und Begleitung für Kinder und ihre Eltern.
- Wir wollen dazu beitragen, noch mehr Schulen zu Familienzentren auszubauen und so gerade an Standorten mit vielfältigen Herausforderungen eine nachhaltige Absicherung zu gewährleisten.

Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Daher begrüßen wir den Rechtsanspruch auf einen offenen Ganztagsplatz ab 2026. Mit dieser Entscheidung des Bundes kommen auf die Kommunen und das Land jedoch große finanzielle Belastungen zu.

- Wir sehen den Bund in der Pflicht, seinen Beitrag dauerhaft zu leisten. Wichtig ist uns dabei, dass der Offene Ganztag über einen Qualitätsstandard verfügt.
- Wir werden die Offene Ganztagsschule so flexibel wie möglich für Familien gestalten.
- Wir werden uns für den weiteren Ausbau des Offenen Ganztags einsetzen.
- Wir wollen Grundschulen einen gebundenen Ganztag ermöglichen.

<u>Für motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte</u>

Als Lehrkräfte brauchen wir weiterhin qualifizierte und kluge Köpfe mit dem nötigen Fingerspitzengefühl zur individuellen Förderung. Kinder brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die ihnen eine wertvolle Stütze in ihrer Entwicklung sind.

- Wir werden erneut 10.000 zusätzliche Lehrkräfte in den kommenden fünf Jahren einstellen.
- Wir werden die Angleichung der Lehramtsausbildung für den Bereich Primarstufe und Sekundarstufe I an die Ausbildung für Sekundarstufe II (also zehnsemestriges Studium plus 18 Monate Vorbereitungsdienst) besoldungsrechtlich umsetzen.
- Wir werden Bestandslehrerinnen und -lehrer einen Aufstieg in die Besoldungsgruppe A13 ermöglichen. Dafür werden wir ihnen Angebote für die modulare Qualifikation machen. Dies hat sich in der öffentlichen Verwaltung bewährt. Sie können so den Qualifikationsnachteil ausgleichen, den sie durch ihre kürzere Hochschulausbildung haben. Das gilt auch für Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit kürzerer Studiendauer aus anderen Bundesländern.
- Wir wollen für die Schülerinnen und Schüler die besten Lehrkräfte an unseren Schulen. Daher sichern wir unseren besten Absolventinnen und Absolventen in der Lehrerausbildung jedes Jahr eine Einstellung zu – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf (Einstellungskorridor).
- Damit sich Lehrkräfte noch stärker auf Unterricht konzentrieren können, werden wir sie weiter mit multiprofessionellen Teams entlasten, bspw. durch Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Heilpädagoginnen und -pädagogen, schulpsychologische Dienste, IT-Fachkräfte und Schulverwaltungskräfte.

- Wir wollen im Lehramtsstudium für den Primarbereich die Anzahl der pflichtmäßig zu belegenden Fächer von drei auf zwei reduzieren. Eines davon bleibt Deutsch oder Mathematik. Damit sichern wir die Ausbildungsqualität, steigern die Attraktivität für das Studium und verringern die Abbrecherquote. Zusätzlich werden wir gemeinsam mit den lehrerausbildenden Hochschulen prüfen, inwieweit das Mathematikstudium für künftige Grundschullehrkräfte an die aktuellen Bedarfe angepasst werden kann.
- Wir werden die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte ausbauen. Sie sind der Schlüssel für mehr Qualifikation. Wir starten eine Offensive zur digitalen Fortbildung.
- Wir werden die politische Bildung in den Schulen stärken. Wir werden Angebote für Lehrkräfte in Aus- und Weiterbildung einführen, in denen der Umgang mit radikalen und extremistischen Haltungen sowie daraus entstehenden Handlungsmustern erklärt und praktisch erprobt wird. Auch Eltern und Erziehungsberechtigte brauchen entsprechende Angebote.
- Wir wollen multiprofessionelle Teams nicht nur an Schulen, sondern in verantwortlichen Expertengremien zur Qualitätssicherung von Unterricht, Aus- und Fortbildung. Hier soll den Hochschulen eine besondere Bedeutung zukommen. Bestehende Strukturen werden wir anpassen.
- Wir stärken Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zur psychologischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.
- Wir wollen eine verbesserte Vereinbarkeit von Studium und Nebentätigkeit an einer Schule ermöglichen. Auch wenn viele Lehramtsstudentinnen und -studenten an Schulen arbeiten, muss der erfolgreiche Abschluss des grundständigen Studiums das Ziel bleiben.
- Um Unterricht für unsere Kinder – gerade mit Blick auf die Folgen der Corona-Pandemie – sofort zu sichern, wollen wir ein flexibleres Arbeitszeitmodell für Lehrkräfte einführen. Das sichert Unterricht und ermöglicht Flexibilität.

Um noch stärker auf die Bedarfe und neue Forschungsergebnisse eingehen zu können, werden wir das Lehrerausbildungsgesetz (LABG) evaluieren und reformieren.

- Wir starten eine Mangelfach-Offensive und wollen bessere Anreize für Studierende schaffen.
- Wir unterstützen den Ausbau der Kooperationen der Universitäten und der Hochschulen für Angewandte Wissenschaft bei der Ausbildung von Lehrkräften für Berufskollegs.
- Wir werden die exzellente (empirische) Forschung im Bereich der Lehrerbildung stärker fördern und vernetzen und insbesondere für die Lehrerfortbildung verstärkt nutzbar machen.
- Wir werden die Hochschulen verstärkt in die Lehrerfortbildung einbeziehen und entsprechende Angebote fördern.

- Wir werden den Aufbau einer islamisch-theologischen Fakultät in Münster fördern. Perspektivisch wollen wir in Nordrhein-Westfalen eine eigene deutschsprachige Ausbildung für solche Imame und islamische Religionslehrer etablieren, die die Werte des Grundgesetzes leben und unabhängig von ausländischen Regierungen sind.

Für Wege in den Beruf

Wir stehen zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung. Sie ist ein weltweit beachtetes Erfolgsmodell, bietet Menschen eine Perspektive für ein glückliches und selbstbestimmtes Leben und sichert die Zukunft unserer Unternehmen.

Unser Land braucht mehr junge Menschen, die sich guten Ausbildungsberufen widmen und so einen aussichtsreichen Karriereweg einschlagen. Deshalb werden wir die duale Ausbildung stärken. Deshalb werden wir die duale Ausbildung stärken und junge Menschen motivieren, praktisch zu arbeiten.

- Wir werden die Schulabschlüsse der Sekundarstufe I stärken und auf die berufliche Ausbildung ausrichten. Dafür brauchen wir eine schulische Ausbildung mit mehr Praxisabschnitten, die eine bessere Verzahnung mit Handwerk und Industrie gewährleistet.
- Wir werden das Übergangssystem Schule-Beruf mit seinem Herzstück „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) so weiterentwickeln, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene schon in der Schule von den Vorteilen einer dualen Ausbildung überzeugen können. Damit sollen sie eine Entscheidungshilfe zugunsten eines zukunftsfähigen Berufslebens in einer dualen Ausbildung erhalten. Wir werden KAoA noch stärker auf die Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf ausrichten.
- Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schülern Berufsfelderkundungen und Praktika in einem Handwerks- oder Industriebetrieb machen und werden daher mit den zuständigen Kammern ein Konzept erarbeiten.
- Wir wollen, dass junge Menschen verstärkt in den Schulen über ihre Erfahrungen mit der dualen Ausbildung berichten.
- Wir wollen modernste Berufsschulen in unserem Land. Daher brauchen wir eine Offensive für mehr Lehrpersonal und einen Modernisierungsschub beim Gebäudebestand.
- Wir werden die Ausbildungsgarantie des Bundes in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Partnern des Ausbildungskonsenses in Nordrhein-Westfalen umsetzen.
- Wir wollen die Anzahl von Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Abschluss reduzieren. Dies gilt auch für Ausbildungs- und Studienabbrüche.
- Wir wollen die Einrichtung von Azubi-Wohnheimen analog zu Studierendenwohnheimen. Wir werden entsprechende Gespräche mit den Beteiligten über die Umsetzbarkeit führen.

- Studentinnen und Studenten, die mit ihrem Studienweg unzufrieden sind, soll durch gezielte Berufsberatung aufgezeigt werden, welche Perspektiven eine berufliche Ausbildung bietet.

Für Schulfinanzierung in einer Hand

Die Schulfinanzierung stellt Land und Kommunen vor immense Herausforderungen: Zuständigkeiten müssen den wachsenden Ansprüchen angepasst werden. Hier sind das Wissen und die Entscheidungskompetenz der Kommunen von besonderer Bedeutung.

- Wir werden in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Bestandsaufnahme zum Thema „Schulfinanzierung heute“ machen.
- Wir werden gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden daran arbeiten die Finanzierung der Schulen in Zukunft besser zu regeln. Dies gilt für Personal, Ausstattung, und Gebäude.

Für Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen

Wir wollen die Bildungschancen und die Aussicht auf gesellschaftliche Teilhabe und Aufstieg durch Bildung auch derjenigen erhöhen, die im Schulsystem gescheitert sind. Ein wichtiger Teilbereich ist die politische Bildung.

Wir haben in den vergangenen fünf Jahren die gemeinwohlorientierte Weiterbildung aus ihrem Schattendasein herausgeführt, die Grundförderung verlässlicher gestaltet und gestärkt. Wir haben innovative neue Förderinstrumente geschaffen sowie erweiterte inhaltliche Angebote im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), der Gesundheitsbildung und kulturellen Bildung ermöglicht. Durch die Reform des Weiterbildungsgesetzes ist die Spitzenstellung der nordrhein-westfälischen gemeinwohlorientierten Weiterbildung in Deutschland ausgebaut worden.

Wir wollen die starke Weiterbildungslandschaft mit über 450 Volkshochschulen und freien Weiterbildungseinrichtungen, die mehr als 1,5 Millionen Menschen in unserem Land jährlich besuchen, weiter stärken.

- Wir werden den Zweiten Bildungsweg weiter stärken, um durch den Erwerb von Schulabschlüssen den beruflichen Einstieg oder eine berufliche Weiterqualifizierung möglich zu machen.
- Wir werden die Angebote zur Grundbildung und Alphabetisierung sowie der Forschung dazu weiter ausbauen.
- Wir verstärken die Angebote der Weiterbildung für ältere Menschen, um ihre Teilhabechancen zu verbessern.
- Wir werden die Dynamisierung der Landesförderung im Bereich der Weiterbildung fortschreiben und die Digitalisierung in der Weiterbildung sachgerecht vorantreiben.
- Wir bauen den Investitionsstau bei den Bildungshäusern ab.
- Wir werden die Medien- und Digitalkompetenz – gerade in Zeiten von Fake News und Verschwörungsmythen – in der Weiterbildung stärken.

4. Gesundheit

Ohne Gesundheit ist alles nichts. In der Pandemie hat sich unser gut aufgestelltes und zuverlässiges Gesundheitssystem bewährt. Dieses werden wir erhalten, fördern und im Sinne guter medizinischer Versorgung weiterentwickeln. Wir werden eine flächendeckende wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sicherstellen und gleichzeitig die Spezialisierung und damit die Qualität der Patientenversorgung steigern.

Das haben wir erreicht

- Die Investitionsförderung der Krankenhäuser ist in den vergangenen Jahrzehnten erheblich hinter dem tatsächlichen Bedarf zurückgeblieben. Deswegen haben wir seit dem Jahr 2017 erhebliche Verbesserungen bei der Förderung der Krankenhäuser vorgenommen und ihnen rund zwei Milliarden Euro mehr zur Verfügung gestellt. Insgesamt summieren sich die Fördermittel des Landes seit 2017 auf 5,2 Milliarden Euro.
- Im Einvernehmen mit den Partnern haben wir eine neue Krankenhausplanung erarbeitet, die eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und menschliche Versorgung gewährleistet.
- Wir haben das bundesweit erste virtuelle Krankenhaus Deutschlands geschaffen. Hier können sich Mediziner mit Fachspezialisten etwa aus Universitätskliniken austauschen und Hinweise für die Behandlung von Patienten erhalten. So konnten patientengefährdende Transporte zwischen den Krankenhäusern deutlich reduziert werden und pflegerische Ressourcen besser genutzt werden. Es nehmen bereits 40 Krankenhäuser an der telekonsiliarischen Beratung teil, über 150 Krankenhäuser haben Verträge zur Zusammenarbeit geschlossen.
- Das Cancer Research Center Cologne Essen wurde erfolgreich als Standort des Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen (NCT) aufgenommen.
- Wir haben die Berufsanerkennung für ausländische Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte verbessert.
- Wir haben die Hospiz- und Palliativversorgung weiterentwickelt und stärker in die Krankenhausstrukturen implementiert.
- Wir bekämpfen den Ärztemangel im ländlichen Raum mit einer Landarztquote. Die Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine Studienplatzgarantie, wenn sie sich verpflichten, nach dem Studium auf dem Land als Hausarzt zu arbeiten.
- Wir haben die Medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld gegründet. Dafür stellen wir 45 Millionen Euro zur Verfügung. Der Schwerpunkt des Studiums ist Allgemeinmedizin.

Machen, worauf es ankommt

- Qualitativ hochwertige und wohnortnahe medizinische Versorgung für alle
- Landarztquote erhöhen
- Zuverlässige Krankenhausfinanzierung
- Spezialisierung der Krankenhäuser stärken
- Klinikstandorte erhalten
- Gesundheitsbereich ist Wirtschaftsfaktor
- Krebs und Demenz besiegen
- Flächendeckende Digitalisierung im Gesundheitswesen
- Virtuelles Krankenhaus ausbauen

Für eine gute wohnortnahe Versorgung

Die Menschen auf dem Land haben ebenso wie in den Städten das Recht auf eine angemessene und wohnortnahe Versorgung. Diese werden wir sicherstellen.

- Wir werden die Landarztquote fortführen. Studienplätze der Humanmedizin werden wir über ein Auswahlverfahren an die vergeben, die im Anschluss an ihr Studium eine hausärztliche Tätigkeit in einer unterversorgten Region Nordrhein-Westfalens ausüben. Wir wollen die Zahl der Medizinstudienplätze erhöhen, die über die Landarztquote vergeben werden.
- Die neue Medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe wird weiterhin Hausärztinnen und Hausärzte für die Region ausbilden. Die Schwerpunkte der Ausbildung bleiben Allgemeinmedizin und ambulante Medizin.
- Die Medizinerausbildung in Siegen ist weiterhin unser Ziel.
- Wir setzen uns für möglichst barrierefreie Arztpraxen ein.

Für eine vorsorgende Krankenhausplanung

Unsere Krankenhäuser sind wichtige Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Es kann nicht allein dem Markt überlassen werden, wo welches Krankenhaus mit welchem medizinischen Angebot steht. Grund- und Notfallversorgung, Geburtshilfe und Kinder- und Jugendmedizin, müssen flächendeckend und wohnortnah zur Verfügung stehen. Komplizierte medizinische Eingriffe gehören hingegen in die Hände von Spezialisten – mit ausreichend Erfahrung und Können. Wir stehen für eine Krankenhausplanung, die den Namen verdient.

- Wir wollen eine flächendeckende Krankenhausversorgung mit Grundversorgung und Spezialisierungen, um die Versorgung der Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Über- und Unterkapazitäten sollen verhindert werden.
- Wir werden die Reform der Krankenhausplanung weiterführen. Konkrete, überprüfbare Qualitätsvorgaben auf Grundlage von Leistungsgruppen werden zu einer zukunftsfesten, wirtschaftlich tragfähigen Krankenhausstruktur führen und die Qualität der Krankenhausversorgung für alle Menschen verbessern.

Kinder bleiben die Zukunft unserer Gesellschaft. Immer mehr Paare entscheiden sich für Kinder. Hebammen und Entbindungspfleger sind für das Wohl der werdenden Mütter und ihrer Kinder schlicht unentbehrlich.

- Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für Hebammen und Entbindungspfleger schaffen und setzen uns für die Stärkung der Berufe und mehr Ausbildung ein.
- Um die Tätigkeit aufzuwerten, sprechen wir uns für die Ausweitung von Hebammen-Kreißsälen aus, in denen die Hebammen alleinverantwortlich die Geburt begleiten.
- Mit dem neuen Krankenhausplan sorgen wir dafür, dass Geburtsstationen in guter Qualität und zumutbarer Entfernung erreichbar sind.

Für eine bessere Finanzierung und Modernisierung der Krankenhäuser

Unsere Krankenhäuser gehören genauso wie die Feuerwehr, die Polizei, Schulen und Straßen zur zentralen Infrastruktur des Landes. Sie müssen ausreichend finanziert werden.

- Über ein Krankenhaus-Modernisierungsprogramm werden wir in den kommenden fünf Jahren insgesamt 2,5 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellen, um die Krankenhäuser zu modernisieren und die Krankenhausversorgung zu verbessern.
- Wir werden die pauschale Krankenhausinvestitionskostenförderung verbessern und ab dem Jahr 2023 um jährlich 200 Millionen Euro anheben – um die bauliche Infrastruktur zu modernisieren und den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.
- Die neue Krankenhausplanung wird zu notwendigen Strukturveränderungen in der Krankenhauslandschaft führen, die Investitionen bei den Krankenhausträgern auslösen werden. Diese müssen durch das Land finanziell unterstützt werden. Hierfür werden wir ab dem Jahr 2023 über die Einzelförderung der Krankenhäuser rund 300 Millionen Euro jährlich für die Anschubfinanzierung zur Verfügung stellen. So machen wir die Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen fit für die Zukunft.
- Um die IT-Ausstattung von Krankenhäusern und den Schutz vor Cyber-Angriffen zu verbessern, werden wir ab dem Jahr 2023 jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen.
- Auf Bundesebene werden wir uns für eine Reform des Fallpauschalensystems einsetzen, um die Grundfinanzierung der Betriebskosten von Krankenhäusern der Grund- und Notfallversorgung, der Geburtshilfen und der Kinder- und Jugendmedizin sicherzustellen. Das aktuelle DRG-System hat sich nicht bewährt.

Für medizinische Rehabilitation

Durch medizinische Rehabilitation wird die Selbständigkeit vieler Menschen erhalten, unsere Pflegeressourcen werden entlastet und unsere Volkswirtschaft gestärkt.

- Wir werden die medizinische Rehabilitation stärken. Eine Expertenkommission soll dafür Vorschläge erarbeiten.

- Die durch die Trägervielfalt entstehenden Anreize sorgen für eine Verbesserung der Versorgungsqualität. Deshalb halten wir an einer starken Trägervielfalt im Gesundheitswesen fest.

Für moderne Spitzenmedizin

Krebs und Demenz zu besiegen ist möglich. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen einen Beitrag dazu leisten und wirksame innovative Behandlungsmöglichkeiten schaffen

- Wir sichern einen schnellen und wohnortnahen Zugang zu Krebsmedizin nach dem neuesten Stand der Forschung.
- Wir werden die notwendige leistungs- und zukunftsfähige Forschung stark ausbauen und entsprechend fördern. Dazu bauen wir das Cluster Medizin.NRW weiter aus.
- Wir entwickeln das Netzwerk VIRus ALlianz NRW (Viral) weiter.

Die Digitalisierung dient dazu, den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen ambulanten, stationären und sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung in der Fläche zu erhalten. Auch die Teilhabe am medizinischen Fortschritt wird gesichert und durch schnelle Diagnosen und individuell abgestimmte Therapien wird der Heilungserfolg erhöht. Das von uns geschaffene virtuelle Krankenhaus hat sich gerade in der Corona-Pandemie als voller Erfolg gezeigt.

- Telemedizin kann Leben retten. Deshalb werden wir das Virtuelle Krankenhaus weiter ausbauen. Die herausragende Expertise der Universitätskliniken werden wir so den Krankenhäusern in der Fläche zugänglich machen, die Versorgung weiter verbessern und können knappe Ressourcen effektiver nutzen.
- Nach der Intensivmedizin und Infektiologie werden wir das Virtuelle Krankenhaus auf weitere Indikationen und auf alle Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ausdehnen. Wir werden sicherstellen, dass telemedizinische Leistungen, Telekonsile und Televisiten angemessen vergütet werden.
- Das Telenotarztsystem ergänzt die Strukturen des Rettungswesens. Hiervon profitieren vor allem die Patientinnen und Patienten, bei denen jede Minute zählt. Wir werden das bundesweit vorbildliche Telenotarztsystem in Nordrhein-Westfalen flächendeckend ausbauen und die telenotfallmedizinische Versorgung landesweit weiter verbessern.
- Das System der sogenannten Portalpraxen werden wir mit den Krankenhäusern und den Kassenärztlichen Vereinigungen in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen, um die Zusammenarbeit zwischen den Sektoren Ambulant und Stationär sowie die Notfallversorgung zu stärken.
- Damit Patientinnen und Patienten schnell zum richtigen Behandlungsort weitergeleitet werden können, wollen wir einen zentralen Empfang („Ein-Tresen-Modell“) bzw. ein strukturiertes Ersteinschätzungssystem in den Krankenhäusern, Notfalldienstpraxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und in der ambulanten Arztpraxis. Damit wollen wir die Inanspruchnahme der Klinikambulanzen und Notaufnahmen verringern.

- Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Finanzierungsrahmen für eine sektorenübergreifende Versorgung und innovative Angebote geschaffen werden.

Die Expertise und die Versorgungsmöglichkeiten der Hochschulmedizin müssen den Patientinnen und Patienten im ländlichen Raum noch stärker zur Verfügung stehen.

- Wir werden die Universitätskliniken technisch und baulich mit moderner Medizintechnik und leistungsfähigen digitalen Infrastrukturen ausstatten.
- Für den Ausbau der Medizinischen Fakultät Ostwestfalen-Lippe zu einem Universitätsklinikum werden wir eine Milliarde Euro in der Region investieren.
- Wir unterstützen den Verbund des Universitätsklinikums Köln mit den Städtischen Kliniken Köln zu einem universitären Gesundheitscluster Köln.

Für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, wie wichtig ein gut aufgestellter Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) ist – nicht nur im Krisenfall.

- Wir werden den Öffentlichen Gesundheitsdienst weiter stärken und das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst in Nordrhein-Westfalen überarbeiten.
- Wir werden landesweite Krisenmanagementstrukturen im ÖGD etablieren, das Landeszentrum für Gesundheit (LZG) ausbauen und dessen Aufgaben gesetzlich neu definieren. Wir werden eine Weiterentwicklung des LZG zu einem Landesgesundheitsamt prüfen.
- Wir werden die Akademie für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (AfÖG) in Düsseldorf für seine Aufgaben in Ausbildung und Qualifikation stärken und die Vernetzung des ÖGD mit Krankenhäusern, Hochschulmedizin und dem Katastrophenschutz ausbauen.

5. Pflege

Wir wollen für alle eine qualitativ gute und menschliche Pflege. Weil immer mehr Menschen immer älter werden, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen – gerade im familiären Umfeld.

Das haben wir erreicht

- Seit 2021 übernimmt das Land das Schulgeld für Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende in Gesundheitsfachberufen. Damit haben wir die Ausbildung attraktiver gemacht. Über 17.400 Auszubildende haben 2021 die Ausbildung im Pflegebereich begonnen – so viele wie noch nie zuvor in Nordrhein-Westfalen.
- Wir haben einen Fonds zur Finanzierung der Pflegeausbildung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro eingerichtet. Die Zahl der Auszubildenden konnte seit 2017 um rund ein Drittel gesteigert werden.

- Wir haben die Pflegeschulen allein im Jahr 2021 mit mehr als 250 Millionen Euro unterstützt.
- Für eine ausreichende Zahl an Fachkräften stärken wir bereits im Rahmen der Berufsfeldorientierung die Pflege- und Gesundheitsfachberufe.
- Wir haben die monatliche Schulkostenpauschale in der Pflegefachassistenz um 200 Euro auf 585 Euro bei den Pflegeschulen angehoben.
- Wir haben 300 zusätzliche und öffentlich finanzierte Studienplätze für die akademische Ausbildung von Hebammen eingerichtet.

Machen, worauf es ankommt

- Pflegerische und gesundheitliche Versorgung sicherstellen
- Mehr Fachkräfte in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen
- Pflegende Angehörige unterstützen
- Begrüßungsgeld für Pflegekräfte

Für eine Versorgung vom Menschen aus

Der pflegebedürftige Mensch steht für uns im Mittelpunkt der Versorgung. Die Pflege muss sich an seinen Bedürfnissen und Wünschen und denen ihrer Angehörigen orientieren.

- Wir wollen pflegebedürftigen Menschen ein möglichst selbständiges Leben ermöglichen. Wichtig ist, die Angehörigen so zu stärken, dass sie einen qualitativ gesicherten Beitrag zur Versorgung der zu pflegenden Menschen leisten können.
- Wir werden die Angehörigen und Familien bei der Pflege weiter unterstützen. Uns ist die Stärkung ihrer Entscheidungsfreiheit wichtig, bspw. durch den Ausbau zusätzlicher und verlässlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie durch „Vorzugsplätze“ in der Kita oder eine Initiative für zusätzliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Krankenhäusern, Tages- und Pflegeeinrichtungen.
- Wir setzen uns ein für flexibel gestaltbare Arbeitszeiten für pflegende Angehörige, bspw. über individuell anpassbare Arbeitszeitkorridore.
- Wir wollen eine an der Elternzeit orientierte Pflegezeit. Auf Bundesebene werden wir eine Initiative für die Einführung eines Pflegegeldes, ebenfalls orientiert am Elterngeld, als Lohnersatzleistung starten.
- Wir wollen die Flexibilisierung der Angebote im Rahmen der Kurzzeit- und Tagespflege weiter ausbauen.
- Die individuelle Betrachtung der Pflegebedürftigen steht bei uns im Fokus. Deshalb werden wir wohnortnahe Versorgungsangebote und die Unterstützung im Quartier ausbauen.
- Die Pflegeversicherung und ihre Leistungen müssen ständig überprüft und verbessert werden. Dafür setzen wir uns beim Bund ein.

Für gutes und ausreichendes Personal

Gute Pflege benötigt qualifiziertes und motiviertes Personal. Pflege braucht mehr Zeit und weniger Hektik und weniger Dokumentation, dafür mehr menschliche Zuwendung. Daher werden wir die Zahl der Pflegekräfte erhöhen, z. B. durch die Anwerbung von ausländischen Fachkräften.

- Wir werden ein Begrüßungsgeld für Pflegekräfte in Höhe von einmalig max. 3.000 Euro pro Person zahlen. Perspektivisch wollen wir so bis zu 10.000 neue Pflegekräfte pro Jahr gewinnen. Wir setzen uns für eine dauerhafte Integration und den Verbleib der angeworbenen Fachkräfte in Nordrhein-Westfalen ein.
- Zur Unterstützung bei kurzfristigem Personalmangel in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegediensten und Krankenhäusern streben wir die Einrichtung von Personalpools in den Pflegeberufen an.
- Wir setzen uns für die Durchführung von Modellvorhaben zur Erprobung von zukünftigen Personalbemessungsinstrumenten in allen Bereichen der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung ein.
- Wir setzen uns für einen Personalmix in den Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern ein, der alle vorhandenen Qualifikationsstufen angemessen berücksichtigt und unterstützen die Umsetzung solcher Personalmixmodelle.

Gut qualifiziertes Personal in ausreichendem Umfang ist der Schlüssel für eine gute Versorgung. Hierfür sind u. a. attraktive Ausbildung, verlässliche und angemessene Arbeitsbedingungen und eine Stärkung der Professionen wichtig.

- Wir setzen uns für eine flächendeckende, nachhaltige und vor allem sektorenunabhängige tarifliche Vergütung aller Pflegekräfte ein.
- Wir werden weitere Fördermöglichkeiten für Praktika im Bereich der Pflege- und Gesundheitsfachberufe schaffen und werden uns auf Bundesebene für eine Stärkung des freiwilligen Jahres dort einsetzen.
- Gemeinsam mit den Akteuren werden wir eine landesweite Informationskampagne für die Pflege- und Gesundheitsfachberufe starten. Junge Menschen sollen einen Einblick in den Pflegebereich erhalten. Dafür wollen wir die Attraktivität eines freiwilligen sozialen Jahres steigern, z. B. durch ein zusätzliches „Danke-Geld“ am Ende der Dienstzeit, eine verbesserte Anrechnung bei der Rentenanwartschaft oder besondere Sachanreize wie etwa Freifahrten mit der Deutschen Bahn.
- Um Pflegepersonal im Beruf zu halten und den Wiedereinstieg zu ermöglichen, unterstützen wir den Ausbau zusätzlicher und verlässlicher Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bspw. durch Vorzugsplätze oder eine Initiative zur Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsmöglichkeiten an Krankenhäusern, Tages- und Pflegeeinrichtungen.
- Wir erarbeiten weitere Unterstützungsmöglichkeiten für den Wiedereinstieg von ausgebildeten Pflegekräften, z. B. landesgeförderte Auffrischerkurse, Unterstützung gestufter Wiedereingliederungsmodelle oder eine Wiedereinsteigerprämie.

- Wir werden uns beim Bund für eine auskömmliche Finanzierung der Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen einsetzen.
- Zur Sicherstellung einer hochwertigen pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung, zur Ausweitung der Qualifizierungsmöglichkeiten und damit auch zur Steigerung der Attraktivität werden wir die Studienkapazitäten in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen deutlich ausbauen.
- Gute Ausbildung benötigt qualifizierte Lehrkräfte. Deshalb werden wir die Qualifikationsmöglichkeiten der Lehrenden und die Kapazitäten in den Pflege- und Gesundheitsfachberufen ausbauen.
- Wir setzen den Ausbau von Ausbildungsplätzen in der Pflegefachassistenz konsequent fort und unterstützen die Einrichtungen bei der Durchführung praktischer Ausbildungsanteile.

Für Mitsprache-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten

- Wir unterstützen den laufenden Aufbau der Pflegekammer in NRW zu einer starken, berufsständischen Institution.
- Wir unterstützen die Aktivitäten zur Errichtung einer Bundespflegekammer.
- Wir schaffen möglichst weitreichende Beteiligungs-, Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die weiteren Gesundheitsfachberufe in den zuständigen Landesgremien.

6. Ehrenamt

Es gibt viele soziale Orte und Institutionen, in denen in Nordrhein-Westfalen täglich von Millionen ehrenamtlich engagierten Menschen Solidarität gelebt wird. Dieses Miteinander ist das lebendige Fundament unserer Gesellschaft, es hält sie zusammen. Es macht Nordrhein-Westfalen erst so lebens- und liebenswert. Wir wollen es weiter stärken und fördern.

Das haben wir erreicht

- Wir haben eine Engagement-Strategie des Landes entwickelt. Sie berücksichtigt die Wünsche der Ehrenamtlichen nach unbürokratischen Förderverfahren und ergänzenden Angeboten zur Aus- und Weiterbildung
- Wir haben die Zuschüsse des Landes zunächst bis 2025 um 24 Millionen Euro erhöht.
- Mit dem Programm „Neustart miteinander“ unterstützen wir Vereine mit bis zu 10.000 Euro, um nach der Corona-Zeit wieder durchstarten.
- Wir haben den Steuerfreibetrag für Übungsleiterinnen und -leiter von 2.400 Euro auf 3.000 Euro und die Ehrenamtspauschale von 720 Euro auf 840 Euro angehoben.
- Gemeinnützige Vereine müssen erst dann Körperschaft- oder Gewerbesteuer zahlen, wenn ihre Bruttoeinnahmen 45.000 Euro übersteigen – davor lag die Freigrenze bei 35.000 Euro.

- Kleinere Vereine werden unterstützt, indem die Pflicht zur zeitnahen Mittelverwendung bei jährlichen Einnahmen bis zu 45.000 Euro abgeschafft worden ist.

Machen, worauf es ankommt

- Ehrenamt zum Staatsziel in der Landesverfassung machen
- Noch mehr Orte der Begegnung schaffen
- Zusammenarbeit von Verwaltung und Vereinen neu denken
- Mitgliedsbeiträge steuerlich absetzbar machen
- Übungsleiterpauschale anheben
- Engagement-Schecks einführen

Für eine Weiterentwicklung des Ehrenamtes

Das Ehrenamt verdient große Wertschätzung und handfeste Unterstützung.

- Diese werden wir mit unserer Engagement-Strategie weiter ausbauen.
- Wir wollen das Ehrenamt in den Verfassungsrang heben.
- Die ehrenamtlich Tätigen benötigen Begegnungsorte wie Vereinshäuser oder Dorfgemeinschaftshäuser für ihre Arbeit, die Gesellschaft und für das Miteinander. Wir wollen dort Orte der Begegnung schaffen, wo heute noch keine vorhanden sind.
- Wir werden das Förderprogramm „Dorferneuerung“, das bürgerschaftliches Engagement in den Dörfern und die dörflich geprägten Gemeinden unterstützt, ausbauen.
- Analog zu dem in der vergangenen Legislaturperiode sehr erfolgreichen Programm „Moderne Sportstätte 2022“ werden wir ein Förderprogramm für Vereine in den Bereichen Kultur, Heimat und Tradition auflegen. Denn auch hier braucht alte Infrastruktur neuen Glanz.
- Wir wollen unsere Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler weiter von Bürokratie befreien und Berichtspflichten auf das Notwendige reduzieren. Jeder im Vorstand Engagierte muss Formulare jenseits der eigenen beruflichen Erfahrung ausfüllen können.
- Wir werden die rechtlichen Grundlagen vereinfachen, um den Bürokratisierungs- und Verwaltungsaufwand für die Vereine zu reduzieren.
- Wir werden die regelmäßig anfallenden Gebühren für die Vereine, z. B. für die Abnahme der Schießstände auf den Schützenplätzen, überprüfen.
- Wir wollen die Eigentumsbildung und Erhaltungsaufwendungen von Vereinen steuerlich erleichtern und die Möglichkeiten zur Bildung freier Rücklagen zeitlich erweitern. Gleiches streben wir für die Fristen zur Verwendung von gebundenen Rücklagen an.

- Wir setzen uns beim Bund dafür ein, die Umsatzsteuergrenze bei den Vereinen nochmals zu erhöhen. Viele Vereine erwirtschaften keinen Gewinn, zahlen jedoch Umsatzsteuer.
- Wir werden prüfen, inwiefern Ausbildungskosten – für Seminare oder Weiterbildungen – steuerlich geltend gemacht werden können und setzen uns dafür ein, Steuererklärungen für Vereine über eine Weiterentwicklung des ELSTER-Programms zu vereinfachen, um Beratungskosten zu sparen.
- Um den Mitgliederschwund aus der Corona-Zeit aufzuarbeiten, werden wir sogenannte Engagement-Schecks für die finanzielle Unterstützung von Schnupperkursen, Interessierten-Abenden oder Werbeaktionen einführen.
- Wir bringen das Ehrenamt an die Schulen und wollen Vereine noch stärker in Ganztagsbereich der Schulen einbinden.
- Wir werden prüfen, ob der Erwerb der Jugendleiter-Card (Juleica) an den Schulen unter Beteiligung der Jugendverbände möglich ist.
- Um das ehrenamtliche Engagement von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken, werden wir bei den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und innerhalb der Gesellschaft für mehr Akzeptanz sowie Verständnis werben.
- Wir unterstützen die Vereine dabei, das Potenzial von Menschen mit Behinderung sowie von Menschen, die zugewandert sind, künftig noch stärker zu nutzen. Dafür braucht es u. a. barrierefreie und mehrsprachige Informationen über Vereine, deren Strukturen und Betätigungsfelder für Interessierte.
- Wir sprechen uns für eine weitere Anpassung der Übungsleiterpauschale für ehrenamtlich Tätige aus.
- Wir wollen, dass Aus- und Fortbildungskosten genau wie Aufwendungen für Wegestrecken und Ausstattungen für Homeoffice-Arbeitsplätze für Vereinsvorstände für ehrenamtliche Aufgaben steuerlich anerkannt und gefördert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, die Mobilität von Freiwilligendienstlern mit einem Zuschuss für Zeit-Tickets im ÖPNV ohne Anrechnung auf das Taschengeld durch die Träger zu fördern.
- Die Erfahrungen mit der Umsetzung digitaler Gremiensitzungen in Kommunen werden wir eng begleiten und fördern so die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik.
- Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass der Steuerfreibetrag für Entschädigungen, die für die Wahrnehmung eines kommunalpolitischen Ehrenamtes gezahlt werden, erhöht wird.

7. Kultur

Nordrhein-Westfalen ist mit seinen vielfältigen Regionen und seinem reichen kulturellen Erbe ein europäisches Kulturland ersten Ranges. Kultur und Kunst sind nicht nur Teil unserer Identität, sie sind Aushängeschild unseres Bundeslandes und ein starker Wirtschaftsfaktor. Kultur verbindet Menschen und gestaltet Heimat.

Das haben wir erreicht

- Wir haben mit einem eigenständigen Kulturministerium seit 2017 eine Vielzahl von Initiativen zur Stärkung von Kunst und Kultur auf den Weg gebracht.
- Mit zusätzlichen 100 Millionen Euro haben wir den Kulturhaushalt schrittweise um 50 Prozent erhöht.
- Wir haben das Programm „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ gestärkt. Daran nehmen mittlerweile rund 77.000 Schülerinnen und Schüler aus 1.000 Schulen teil.
- Die Zuschüsse für kommunale Theater und Orchester haben wir angehoben, die Landesförderung für die öffentlichen Musikschulen verdreifacht und die Freie Szene substanziell gefördert.
- Wir haben die Akademie für Digitalität und Theater in Dortmund mitgegründet.
- Die digitale Erfassung von Sammlungsbeständen und die Erstellung eines Digitalen Kunstregisters haben wir in Modellprojekten erfolgreich realisiert.
- Mit Dritten Orten geben wir Impulse für eine sinnvoll gebündelte kulturelle Grundversorgung im ländlichen Raum.

Machen, worauf es ankommt

- Kulturhaushalt um weitere 50 Prozent erhöhen
- Teilhabe-Chancen durch Weiterentwicklung der kulturellen Bildung vergrößern
- Diversität und soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern
- Tempo bei der Digitalisierung im Kulturbereich
- Künstler- und Kulturförderung mit weniger Vorschriften und Regularien

Für unsere einzigartige Kultur

Nordrhein-Westfalen hat eine reiche Kultur. Sie ist weit über die Grenzen hinaus anerkannt. Künstlerinnen und Künstler sollen in Nordrhein-Westfalen optimale Bedingungen für vorfinden.

- Wir werden Künstlerinnen und Künstler mit einem nachhaltigen und passgenauen Fördersystem gute Lebens- und Produktionsbedingungen in unserem Land bieten.
- Wir werden den Kulturhaushalt des Landes erneut schrittweise um 50 Prozent anheben.

- Wir möchten den Finanzierungsanteil des Landes an den Betriebskosten für kommunale Theater und Orchester von derzeit rund zehn Prozent perspektivisch auf 20 Prozent erhöhen.
- Durch Kooperationen werden wir die kulturelle Infrastruktur weiter stärken, um dem Ziel einer dialogorientierten Kulturpolitik näher zu kommen. Dazu werden wir einen Verstärkungsfonds für kommunale oder kommunal geförderte Kultureinrichtungen schaffen.
- Wir werden die Künstlerinnen und Künstler mit dem Ausbau eines neu strukturierten Programms für Förderstipendien gezielter unterstützen.
- Nach der Neugestaltung des Förderpreises NRW und der Neuaufstellung des Programms Urbane Künste Ruhr werden wir weiterhin junge Künstlerinnen und Künstler fördern.
- Wir werden die Einnahmesituation der Künstlerinnen und Künstler verbessern und ihre soziale Absicherung dauerhaft sicherstellen. Wir streben eine gemeinsame Lösung der Länder mit dem Bund an.
- Wir werden die Freie Szene in allen Sparten weiterhin stärken und die neuen Fördermodelle ausweiten. Damit erhalten Ensembles Planungssicherheit und die Ausbildung von unterstützenden Strukturen wird möglich.
- Mit mehrjährigen Förderungen sorgen wir für die Entbürokratisierung.

Unsere Neuregelung in dieser Legislaturperiode hat das Thema Sonntagsschutz befriedet und weitgehend gerichtsfest gemacht. Daran halten wir fest.

Diversität ist nicht nur Querschnittsthema, sondern wesentlicher Bestandteil unseres kulturpolitischen Verständnisses. Wir werden sie stärken.

- Das Regionale Kulturprogramm wird weiterentwickelt. Das Erfolgsmodell der Dritten Orte werden wir flächendeckend ausbauen.
- Aufbauend auf dem erfolgreichen Gesamtkonzept Diversität und Teilhabe in Kunst und Kultur unterstützen wir die Gründung eines Kompetenzzentrums Diversität als Service- und Beratungseinrichtung.
- Das Thema Nachhaltigkeit betrifft Kunst und Kultur in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht und gehört zu den wichtigen Innovationstreibern in kulturellen Einrichtungen. Wir werden innovativ-nachhaltige Ansätze fördern.

Die Digitalisierung von Kunst und Kultur hat durch die Pandemie einen Schub erlebt.

- Wir werden die Digitalität in den vier Dimensionen von Kunstproduktion über Vernetzung, Vermittlung und die Bewahrung des kulturellen Erbes weiterentwickeln.
- Für Künstlerinnen und Künstler werden wir gemeinschaftlich nutzbare digitale Produktionsstätten mit neuesten Technologien fördern und neue Experimentierräume schaffen.
- Wir werden die digitale Erfassung von Sammlungsbeständen für alle Museen in der Fläche umsetzen.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft bildet einen wesentlichen Standortfaktor in Nordrhein-Westfalen. Deshalb denken wir sie in der konzeptionellen Kulturförderung mit.

- Wir werden einen Kulturwirtschaftsbericht vorlegen, um Datenmaterial für eine zielgenaue Förderung zu generieren.
- Wir werden eine neue Förderrichtlinie für die Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen.
- Insbesondere die vielen kleinen, unabhängigen Buchverlage leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt. Daher wollen wir sie mit einem eigenen Förderprogramm unterstützen.
- Wir wollen die vielfältigen Aktivitäten der Popkultur unterstützen, die über das POPBOARD NRW gebündelt werden.

Für kulturelle Bildung in jedem Alter

Kulturelle Bildung ist lebenslange Bildung. Wir werden daher attraktive Angebote für Erwachsene und Senioren erhalten und neue schaffen.

- Wir werden die Ausgaben für kulturelle Bildung in den kommenden Jahren verdoppeln und die Angebote für die Kita wie für junge Erwachsene, für Auszubildende wie für ältere Menschen erweitern. Wir verankern sie in der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie der Lehrkräfte sowie in den Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung.
- Die erfolgreiche Musikschuloffensive werden wir ausweiten. Indem wir den Finanzierungsanteil des Landes steigern, ermöglichen wir mehr feste Stellen und sorgen für dauerhafte Qualität des Unterrichts.
- Wir werden das Programm „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ absichern.

Für den Erhalt und die Förderung der Erinnerungs- und Vertriebenenkultur

Erinnerungskultur ist Teil der historisch-politischen Bildung. Sie trägt zum gegenseitigen Verständnis der Menschen bei.

- Wir stärken die Arbeit der Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen und nutzen dabei digitale Möglichkeiten für die Wissensvermittlung.
- Wir werden die Errichtung einer Erinnerungsstätte „Unna-Massen“ im Zusammenspiel mit dem Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens weiter begleiten.
- Wir wollen das ehemalige Stalag 326, das jeder dritte sowjetische Kriegsgefangene – in der Mehrheit ukrainischer Herkunft – im Deutschen Reich zwischen 1941 und 1945 durchlief, zu einer Gedenkstätte von nationaler Bedeutung ausbauen.
- Unsere Wertschätzung gilt den deutschen Heimatvertriebenen und (Spät-)Aussiedlern, die wesentlich dazu beigetragen haben, Nordrhein-Westfalens und Deutschlands Wohlstand aufzubauen und zu sichern. Deshalb wollen wir den Landesbeirat sowie den Beauftragten für Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler stärken.

- Wir wollen die Martin-Opitz-Bibliothek als An-Institut an der Ruhr-Universität Bochum als *Zentrum für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa NRW* etablieren. Dies geschieht in Kooperation mit den Institutionen, die für die Pflege und Erinnerung der Kultur der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler zuständig sind.

8. Sport

Nordrhein-Westfalen ist das Sportland Nummer 1. Sport hält nicht nur fit. Sport bildet, aktiviert, begeistert und bringt Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Er befördert die Ausbildung von Kompetenzen wie Toleranz und Fairness, gibt Chancen, Verantwortung zu übernehmen und sich dem Wettbewerb zu stellen. Viele Sportvereine engagieren sich bereits in der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Gute Infrastruktur und starke Vereine sind für den Leistungs- und den Breitensport von hoher Bedeutung. Wir wollen diese nachhaltig unterstützen.

Das haben wir erreicht

- Mit unserem einzigartigen Programm „Moderne Sportstätte 2022“ mit einem Fördervolumen von 300 Millionen Euro haben wir die Vereine gestärkt. Gleiches gilt für die Erhöhung und Dynamisierung der Sportpauschale.
- Mit der Förderung von Breiten- und Leistungssport, der Zielvereinbarung „Nr. 1: Sportland Nordrhein-Westfalen“, den Aktionsplänen „NRW kann schwimmen“ oder „Sport und Inklusion“ haben wir die Sportbegeisterung in unserem Land unterstützt.
- Wir konnten bereits zahlreiche Großsportereignisse nach Nordrhein-Westfalen holen und damit unser Land als weltoffenes Land und guten Gastgeber präsentieren.

Machen, worauf es ankommt

- Alle Kinder sollen schwimmen können
- Breiten- wie Leistungssport ausbauen
- Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2027“ auflegen
- Förderprogramm „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ fortsetzen
- Nordrhein-Westfalen als paralympisches Zentrum ausbauen

Für Kinder, die sicher schwimmen können

Schwimmen ist eine gesundheitsfördernde Kultur- und Sporttechnik mit lebensrettender und lebenserhaltender Funktion. Die Zahl an Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, wächst.

- Wir wollen, dass jedes Kind spätestens am Ende der 6. Klasse sicher schwimmen kann. Dafür werden wir den Aktionsplan „Schwimmen lernen in Nordrhein-Westfalen 2022-2027“ starten.
- Wir werden eine Offensive zur Gewinnung und Ausbildung von Schwimmlehrerinnen und Schwimmlehrern starten, neue geeignete Wasserflächen erschließen und mit

allen Beteiligten eine Kampagne zur Intensivierung der Schwimmausbildung durchführen.

- Wir etablieren ein Schwimmzentrum in Nordrhein-Westfalen, in dem Aufgaben des Schwimmenlernens auf unterschiedlichen Niveaustufen bis hin zum Lebensretten im Wasser gebündelt werden können.

Für starken Breiten- und Leistungssport

- Wir werden ein Förderprogramm „Moderne Sportstätte 2027“ auflegen, um die Infrastruktur der Sportstätten weiter zu sanieren und im Hinblick auf die gesetzten Klimaziele energetisch zu modernisieren.
- Wir werden ein verpflichtendes jährliches Schulsportfest wieder einführen.
- Wir werden den qualitativen Ausbau der Sportschulen inklusive Gründung und Aufbau eines Netzwerks ausgewiesener Sportgrundschulen fortsetzen.

Für gelingende Sportgroßveranstaltungen

- Unsere Erfahrung und Expertise als Austragungsort herausragender Sportgroßveranstaltungen werden wir international festigen und ausbauen.
- Wir wünschen uns weiterhin Olympische und Paralympische Sommerspiele in Nordrhein-Westfalen. Wir sind zuversichtlich, mit einem innovativen und nachhaltigen Konzept eine gute und international konkurrenzfähige Bewerbung abgeben zu können. Dabei sind uns die Akzeptanz der Bevölkerung, ein nachhaltiges Regionen-Konzept (basierend auf der Agenda 2020 des IOC), eine transparente Kostenplanung und ein nachhaltiger Effekt auf die Infrastruktur über die Spiele hinaus wichtig.

IV. STARKES NORDRHEIN-WESTFALEN

1. Digitalisierung, Innovationen und Gründungen

Die Digitalisierung eröffnet uns Möglichkeiten, von denen andere Generationen nur träumen konnten. Sie ist der große Treiber der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Sie schafft enorme Chancen auch für Menschen mit Behinderung und sichert Teilhabe.

Eine neue Gründerkultur hat das Gründungsumfeld in Nordrhein-Westfalen seit 2017 stark verbessert. Innovationen werden in unserem Land gedacht, entwickelt und sichern Arbeitsplätze.

Das haben wir erreicht

- Wir sind das am besten mit gigabitfähigem Netz versorgte Flächenland: Mittlerweile haben über 93 Prozent der Haushalte Zugriff auf >100Mbit/s.
- Mit dem Mobilfunkpakt haben wir den Ausbau beschleunigt.

- Wir haben das E-Government-Gesetz novelliert und damit die vollständige Digitalisierung der Landesverwaltung auf das Jahr 2025 vorverlegt. Bisher haben wir bereits über 100 Vorschriften auf medienbruchfreie Kommunikation getrimmt.
- Wir haben serviceorientierte, digitale Verwaltungsangebote für Menschen, Kommunen und die Wirtschaft geschaffen, die alle zentral über digital-direkt.nrw erreicht werden können.
- Das „Gründerstipendium.NRW“ ist eine Erfolgsgeschichte. Seit 2018 haben wir bereits 3.000 Gründerinnen und Gründer mit 1.000 Euro monatlich für ein Jahr gefördert. Wir haben Gründerinnen und Gründern ein Urlaubssemester ermöglicht.
- Wir stärken die exzellente nordrhein-westfälische Forschung mit dem Kompetenzzentrum Quantencomputing „EIN. Quantum NRW“, das die vielen in unserem Land verteilten Kompetenzen intelligent bündelt.

Machen, worauf es ankommt

- Gigabit-Land werden mit einem schnelleren Ausbau der digitalen Infrastruktur
- Superschnelles Internet
- Weiße Flecken im Mobilfunknetz schließen und Netzkapazitäten steigern
- Bürger- und unternehmensfreundliche Verwaltung schaffen
- Gründungen mit den besten Köpfen für neue Arbeitsplätze und innovative Produkte ermöglichen
- Spitze bei Quantencomputing und Künstlicher Intelligenz werden

Für eine verlässliche und stabile digitale Infrastruktur

Auf den bisherigen Erfolgen wollen wir aufbauen und eine Vollversorgung mit Gigabit-Geschwindigkeit erreichen. Wir schließen die letzten wenigen Mobilfunklöcher.

- Nordrhein-Westfalen soll das erste Bundesland werden, das „Double Gigabit“ bis 2025 umsetzt. Bis Ende 2024 werden wir eine nahezu vollständige 5G-Versorgung in Nordrhein-Westfalen erreichen und dazu mindestens 10.000 Mobilfunkstandorte mit 5G erweitern.
- Wir werden den Gigabit-Masterplan bis 2025 umsetzen. Davon profitieren Gewerbegebiete und Schulen, die bis Ende 2022 mit einem Gigabit-Anschluss versorgt werden.
- Uns ist wichtig, teuren Tiefbau zu verhindern und Trenching dort, wo technisch möglich, stärker zu nutzen. Die Nutzung von Leerrohrkapazitäten ist mittlerweile eine Selbstverständlichkeit.
- Den Mobilfunkausbau werden wir insbesondere im ländlichen Raum mit den Mobilfunkkoordinatorinnen und -koordinatoren in den Kreisen und kreisfreien Städten weiter beschleunigen.

- Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen an der Erforschung des nächsten Mobilfunkstandards 6G federführend beteiligt ist und werden gemeinsam mit den Ausrüstern und Netzbetreibern in Nordrhein-Westfalen Testfelder aufbauen.

Für Spitzenforschung mit Quantencomputing, Künstlicher Intelligenz und Cybersicherheit

Quantencomputing ist ein „Game Changer".

- Wir wollen Nordrhein-Westfalen zum Technologieführer bei Quantencomputing machen – dazu werden wir landesweit 50 Professuren für Quantencomputing einrichten.
- Wir werden das Kompetenzzentrum Quantencomputing „EIN. Quantum NRW" in den kommenden fünf Jahren mit 50 Millionen Euro stärken.
- Wir werden aus dem Projekt Photonisches Quantencomputing (PhoQC) an der Universität Paderborn heraus perspektivisch ein international führendes Forschungszentrum schaffen.
- Wir werden das Center for Quantum Science and Engineering im Rheinischen Revier als Kooperation zwischen dem Forschungszentrum Jülich und den Fraunhofer Instituten in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.
- Wir werden ein „Technologie-Forecasting NRW" einführen. Ziel ist die Identifikation von zukünftig relevanten Technologiefeldern, um bei diesen Technologien strategisch frühzeitig einzusteigen.

Wir werden den Ausbau von Künstlicher Intelligenz in Nordrhein-Westfalen weiter fördern.

- Die etablierte Kompetenzplattform KI.NRW, die die Hotspots aus Wissenschaft und Wirtschaft koordiniert, werden wir zu einem Kompetenznetzwerk in Deutschland und Europa ausbauen.
- Genau wie Quantencomputing ist Künstliche Intelligenz eine Technik mit gewaltigem Potenzial. Daher werden wir hierfür ebenfalls landesweit 50 Professuren einrichten.
- Wir werden den Cybersecurity-Standort Nordrhein-Westfalen mit den beiden Leuchttürmen des Max-Planck-Instituts für Sicherheit und Privatsphäre und des Horst-Görtz-Instituts der Ruhr-Universität Bochum weiter ausbauen.
- Das Kompetenzzentrum Maschinelles Lernen Rhein-Ruhr werden wir stärken. Es verzahnt grundlagenorientierte und anwendungsnahe Spitzenforschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Technologietransfer.

Für den Weg zur internationalen Start-up-Nation

Neue Ideen entstehen dort, wo ein gutes Gründerklima herrscht. Eine starke Start-up- und Innovationskultur soll das Aushängeschild Nordrhein-Westfalens werden, einen Nutzen für die Menschen stiften und unser Bundesland zum Keyplayer machen.

- Für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft muss die Verfügbarkeit souveräner Cloud-Services (Datenspeicher-Angebote) Standard sein. Dafür werden wir die bereits vorhandene Dateninfrastruktur GAIA-X.NRW stärken.

- Das Land Nordrhein-Westfalen wird seine Einkaufsmacht nutzen, um Technologien und Innovationen zu fördern, insbesondere von Start-ups.
- Wir setzen auf Scale-ups (schnelles Wachstum von Start-ups) durch konsequente Investorenpolitik, um mehr Wagniskapital für Gründerinnen und Gründer zu gewinnen.
- Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen gegründete und gewachsene Start-ups im Land bleiben. Dazu werden wir eine Strategie mit allen Stakeholdern erarbeiten, um Börsengänge unserer Technologie-Start-ups attraktiv zu machen.
- Wir etablieren eine halbjährliche NRW.Matchup-Veranstaltung und sorgen für eine aktive Ansprache von Familienunternehmen und Business Angels.
- Wir werden einen Wettbewerb für Entrepreneurship an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen starten. Wir werden sie durch Wagniskapital unterstützen und eine Marke für Tech Entrepreneurship in Nordrhein-Westfalen setzen.
- Die Gründerstipendien in Nordrhein-Westfalen sind ein Erfolgsmodell und helfen Gründerinnen und Gründern substanziell. Wir werden diese fortsetzen und erweitern. Dazu gehört eine Plattform „Impact.NRW“ zur Förderung von Social Entrepreneurship und sozialer Innovation, die wir weiterentwickeln werden.
- Wir setzen auf Diversity in der Start-up-Landschaft. Dazu werden wir ein Programm zur Förderung von Start-ups von Gründerinnen sowie von Start-ups von Gründern mit Migrationshintergrund aufsetzen.

<u>Für eine bürgerfreundliche Verwaltung</u>

Die Digitalisierung der Verwaltung ermöglicht Behördengängen von zu Hause aus. Darüber hinaus führt sie zu einer Modernisierung und Effizienzsteigerung der Verwaltung. Mit meineverwaltung.nrw haben wir bereits den Grundstein für ein zentrales Serviceportal gelegt.

- Mithilfe der digitalen Identität der Bürgerinnen und Bürger wollen wir Behördengänge überflüssig machen. Sie sollen von zu Hause mit einer anwendungsfreundlichen und datensicheren Smartphone-App möglich sein, die alle Bürgerservices in Nordrhein-Westfalen vereint.
- Verwaltungsdienstleistungen müssen zu jeder Zeit digital zur Verfügung stehen. Dabei braucht es medienbruchfreie Verwaltungsprozesse.
- Wir werden Digital-Coaches für die Kommunen schaffen, die ihnen bei der Digitalisierung helfen sollen.
- Wir stärken das Open Government in der digitalen Verwaltung. Amtliche Informationen, insbesondere Verwaltungsdaten, müssen in größerem Umfang als Open Data verfügbar gemacht werden.
- Das Kommunalportal.NRW werden wir zu einem echten, umfassenden Leitportal mit übertragbaren, digitalen Diensten für die Kommunen entwickeln. Somit können sie jederzeit auf zentrale Lösungen des Landes für digitale Angebote kostenfrei zurückgreifen.

- Wir werden Working-Space-Angebote für die Landesverwaltung ausbauen, gerade im ländlichen Raum. Dass dezentrales Arbeiten in vielen Bereichen der Verwaltung funktionieren kann, hat die Corona-Pandemie gezeigt.
- Wir werden ein Fortbildungsprogramm für Verwaltungsbeschäftigte zur Anwendung von Digitalisierung aufsetzen. Ihr digitales Know-how sollen sie als Digitallotsen in ihrem Arbeitsumfeld weitertragen.

2. Wissenschaft und Forschung

Keine Generation vor uns konnte auf so viel Wissen zugreifen wie wir. Mit Forschung und Entwicklung lösen wir die Herausforderungen unserer Zeit. Daher stärken wir herausragende Lehre und Forschung und schaffen gute Rahmenbedingungen für die Studentinnen und Studenten.

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen werden Präsenzhochschulen bleiben bei gleichzeitig voranschreitender Digitalisierung in Forschung und Lehre.

Das haben wir erreicht

- Unser Land ist führender Hochschul- und Wissenschaftsstandort, mit Exzellenzhochschulen, Exzellenzclustern und bundesweit den meisten Sonderforschungsbereichen.
- Wir haben unseren Hochschulen mehr Autonomie und Freiheit gegeben und sind eine neue Partnerschaft für gemeinsame strategische Ziele eingegangen.
- Wir investieren konsequent in die wissenschaftlichen Strukturen. So ermöglichen wir weiterhin herausragende Lehre und Forschung.
- Wir haben die Hochschulverträge im Vergleich zur Vorgängerregierung um 330 Millionen Euro auf 20 Milliarden Euro für die Jahre 2022 bis 2026 erhöht.
- Für eine bessere Betreuung der Studentinnen und Studenten und eine höhere Qualität der Lehre durch hauptamtliches Lehrpersonal haben wir die Mittel um 51 Millionen auf 300 Millionen Euro erhöht.
- Mit den erfolgreichen Verhandlungen zum Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZSL), dem Nachfolger des bisherigen Hochschulpakts, sichern wir den Hochschulen finanzielle Perspektiven für die kommenden Jahre. Mit der DigitalenHochschule.NRW (DH.NRW) haben wir eine Digitalisierungsoffensive vorangetrieben. Ein Beispiel ist das 2021 gestartete Landesportal ORCA.nrw (Open Resources Campus NRW). Auf dem Portal werden digitale Lehr- und Lernmaterialien für Lehrende und Studierende sowie Informationen und Services rund um das Thema digital gestützte Lehre bereitgestellt.
- Für gute Forschung und Lehre – auch in Zeiten von Corona – haben wir die Digitalisierung mit insgesamt 220 Millionen Euro vorangetrieben.
- Für Studierendenwerke haben wir aus dem Corona-Rettungsschirm 20 Millionen Euro bereitgestellt.

- Wir haben die digitale Infrastruktur der Studierendenwohnheime mit über sechs Millionen Euro gefördert.
- Wir haben für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Hochschulleben allein für die Jahre 2020 und 2021 6,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das Programm „Inklusive Hochschule NRW“ haben wir bis 2026 verlängert.
- Mit der Gründung eines „Promotionskollegs für angewandte Wissenschaften“ haben wir die Promotionsmöglichkeiten für Studentinnen und Studenten an Fachhochschulen geschaffen.

Machen, worauf es ankommt

- Top Qualität der Lehre
- Erfolgreiche Studentinnen und Studenten
- Hybride Lehre, die Vorzüge von digitaler Lehre und Präsenz kombiniert
- Forschung und Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen auf Spitzenniveau halten
- Inklusion in der Wissenschaft fördern
- Wettbewerb des Wissens um die besten Ideen gewinnen
- Innovationsfonds mit 100 Millionen Euro einrichten
- Mit der CampusApp den Alltag an Hochschulen digitalisieren

Für gute Bedingungen für Studentinnen und Studenten und gute Lehre

Nordrhein-Westfalen ist mit seiner dichten und ausdifferenzierten Hochschullandschaft für Studierende hoch attraktiv.

- Wir erhöhen die Qualitätsverbesserungsmittel für die Lehre mit weiteren 50 Millionen Euro auf 350 Millionen.
- Die positiven Erfahrungen mit digitalen Lehr- und Lernformaten werden wir in die Präsenzlehre integrieren. Die Digitalisierungsoffensive für digitale Lehre und hybride Formate setzen wir fort und werden neue Formate im Bereich der Präsenz-, der digitalen und der hybriden Lehre fördern. Wir werden einen Preis für die besten Umsetzungskonzepte ausloben.
- Wir unterstützen die Hochschulen bei ihren Bemühungen zu besseren inklusiven Lehr- und Studienbedingungen.
- Wir verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um den oftmals zeitlich unregelmäßigen Anforderungen einer Hochschule als Lern- bzw. Arbeitsort gerecht zu werden, werden wir ein flexibles und verlässliches Angebot der Kindertagesbetreuung schaffen. Wir wollen dies im engen Schulterschluss mit den örtlichen Jugendämtern umsetzen.
- Wir werden mehr studentischen Wohnraum schaffen.
- Für uns ist die Diskussion um Studienbeiträge abschließend beendet. Wir schließen ihre Wiedereinführung aus.

- Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, das BAföG neu aufzustellen und ein elternunabhängigeres BAföG zu ermöglichen.
- Mit einer verbesserten Studienberatung, mit Talentscouting für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerfamilien, mit Begabtenförderung an Schulen, mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Schulen sorgen wir dafür, dass mehr junge Menschen ihr Studium erfolgreich abschließen.
- Wir werden die Studienberatung verbessern. Berufsorientierung, alternative Ausbildungswege, branchenspezifische Bedarfsprognosen u.v.m., aber auch soziale und psychologische Angebote sind wichtige Hilfestellungen für junge Menschen. Vor allem digitale Formate sorgen für flexible und passgenaue Angebote.
- Das Projekt Zukunft durch Innovation (zdi), das sehr erfolgreich für die MINT-Berufe wirbt, werden wir dauerhaft absichern und zielgerichtet weiterentwickeln.

<u>Für exzellente Forschung und Wissenschaft</u>

Wir werden die Spitzenforschung und die dazugehörigen Einrichtungen weiter stärken, um den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weiter auszubauen. Unser Land soll künftig zur bundesweiten Spitze gehören.

- Aufgrund der aktuellen Fragen rund um Energiesicherheit und -wende sollen die Hochschulen weiter technologieoffen forschen können.
- Wir unterstützen innovative Forschungsschwerpunkte im Bereich der „Mobilität der Zukunft“ und entwickeln sie fort.
- Wir unterstützen den Strukturwandel im Rheinischen Revier durch Stärkung der dortigen Wissenschaftslandschaft.
- Wir wollen die Friedens- und Konfliktforschung stärker fördern. Wir werden das Bonn International Centre for Conflict Studies ausbauen.
- Wir wollen den begonnenen Aufbau des neuen Forschungs- und Lehrkollegs der nordrhein-westfälischen Universitäten für Nachhaltigkeit, „HumboldtN“ fortführen.
- Den Aufbau der Fraunhofer-„Forschungsfertigung Batteriezelle“ wollen wir weiter zum Erfolg führen.
- Wir schaffen einen neuen Innovationsfonds, mit dem zielgerichtete Impulse für innovative wissenschaftliche Themenstellungen und Schwerpunktsetzungen unterstützt werden. Hierfür werden wir zusätzlich 100 Millionen Euro bereitstellen.
- Wir sorgen dafür, dass das Promotionskolleg dem wissenschaftlichen Nachwuchs an Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) weiter neue Chancen eröffnet.
- Wir werden ein landesweites Forschungskolleg mit einem Fellowship-Programm für forschungsstarke Professorinnen und Professoren von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften einrichten.
- Wir werden die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) weiter stärken und prüfen eine dynamisierte Grundfinanzierung. Insbesondere werden wir geeignete Institute in eine Bund-Länder-Finanzierung für weitere Neuaufnahmen überführen.

- Das mit 75 Millionen Euro für neue Forschungszentren geförderte Research-Center Ruhr ist ein Aushängeschild der von uns einberufenen Ruhrkonferenz. Damit werden wir das Ruhrgebiet als Forschungs- und Wissenschaftsregion mit internationaler Strahlkraft und Exzellenz weiter stärken.
- Wir werden Exzellenz durch die weitere Ausweitung der Stipendien fördern, z. B. in den Jungen Akademien der Wissenschaften.
- Wir unterstützen die Einrichtung von Studienangeboten im Bereich Pharmazie, um die Potenziale bei Innovationen, Gründungen und Lehre zu heben.

Für eine weitere Digitalisierung

Wir setzen die begonnene Digitalisierungsoffensive für Forschung und Lehre an den Hochschulen konsequent fort.

- Wir wollen die erfolgreiche Arbeit von DH.NRW fortsetzen und es zu einer Servicegesellschaft der Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ausbauen.
- Die Open University Hagen werden wir bei der weiteren Entwicklung aktiv begleiten. Nach der erfolgreichen Initialisierungsphase werden wir sie nachhaltig stabil aufstellen. Wir werden den Aufwuchs der Finanzierung fortführen und darauf hinwirken, dass Teile der Open University Hagen durch den Bund mitfinanziert werden. Wir werden sie künftig an zusätzlichen Mitteln für Qualitätsverbesserung beteiligen.
- Das Center for Advanced Internet Studies – Research for the Digital Age (CAIS) wollen wir perspektivisch in eine Bund-Länder-Finanzierung führen.
- Mit einer landesweit einheitlichen CampusApp bieten wir den rund 770.000 Studentinnen und Studenten einen digitalen Studierendenausweis an. Sie soll Serviceleistungen wie den Zugang zur Bibliothek, Zahlungsfunktionen für die Mensa oder das Semesterticket für Bus und Bahn umfassen. Funktionen für Mitarbeitende der Hochschulen sollen in die App eingebunden werden.

Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Wir fördern die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an unseren Hochschulen nachhaltig. Wir geben dem wissenschaftlichen Nachwuchs mehr Chancen und fördern Diversität.

- Wir werden den akademischen Mittelbau an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften stärken.
- Unsere neuen Programme zur Vereinbarkeit von Familie, Studium und Wissenschaft werden wir evaluieren und entsprechend weiterentwickeln.
- Wir wollen den Gender-Pay-Gap beseitigen und Leistung geschlechterunabhängig entlohnen. Die mit den Hochschulen gemeinsam erarbeitete Erklärung werden wir weiter umsetzen.
- Wir werden ein Programm zum Diversitäts- und Inklusionsmanagement an Hochschulen aufbauen.

- Wir werden die Internationalisierung unserer Hochschulen weiterhin unterstützen und den Ausbau von Studienaustauschangeboten fördern.
- Auslandserfahrungen sind für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wichtig. Durch attraktive Bedingungen an unseren Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir sie für Nordrhein-Westfalen zurückgewinnen. Das ausgeweitete Rückkehrer-Programm werden wir angesichts seines Erfolgs weiter ausbauen.
- Wir wollen das lebenslange Lernen und die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen nachhaltig ermöglichen. Insbesondere die „demografische Rendite“ an den Hochschulen könnte für zusätzliche wissenschaftliche Weiterbildung eingesetzt werden.

Für den weiteren Abbau des Investitionsstaus

Wir werden den Abbau des Investitionsstaus konsequent fortsetzen. Wir denken Hochschulbau neu, richten ihn an zukünftigen Anforderungen aus und machen den Campus zum pulsierenden Ort der Begegnung.

- Wir werden den Bau eines Modellcampus der Zukunft in einem Wettbewerb fördern.
- Wir werden ein Hochschulbau-Sanierungsprogramm auflegen. Dabei denken wir gemeinsam mit den Kommunen Hochschulbau und Städtebau zusammen. Wir unterstützen integrierte Campusmodelle unter Berücksichtigung von Forschung und Lehre, studentischem Wohnen und Einrichtungen der Wirtschaft.
- Für mehr passgenaue bauliche Investitionen entwickeln wir das Optionsmodell weiter.
- Wir werden mehr Wohnraum für Studentinnen und Studenten schaffen und fördern Sanierung, Modernisierung und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum durch die Studierendenwerke mit einem Sonderfinanzierungsprogramm „Studentisches Wohnen“.
- Wir werden ein Sonderfinanzierungsprogramm Universitätsklinken auflegen, um die Ausstattung weiter zu verbessern.
- Maker-Space-Angebote einiger Hochschulen werden ausgeweitet auf weitere Standorte, damit an einem technisch gut ausgestatteten, kreativen Ort und in lockerer Umgebung dynamische Netzwerke, Konzepte und technische Projekte und Prototypen entstehen können.

3. Kommunen

Unsere Dörfer, Städte und Gemeinden sind Heimat. Sie geben Geborgenheit, Sicherheit und Lebensqualität. Nur wenn es den Kommunen gut geht, geht es dem Land gut. Deshalb machen wir Politik für die urbanen Zentren wie für den ländlichen Raum. Wir stehen für eine Verbindung von Land und Stadt. Subsidiarität ist der Grundsatz unseres Handelns. Wir vertrauen den Verantwortlichen in unseren Gemeinden, Städten, Kreisen und Landschaftsverbänden. Uns ist wichtig, dass sie die notwendigen Entscheidungskompetenzen, Freiheiten und finanziellen Mittel haben.

Das haben wir erreicht

- Keine Landesregierung war jemals kommunalfreundlicher.
- Wir haben in den vergangenen fünf Jahren die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen mit der Rekordsumme von rund 64 Milliarden Euro über die Gemeindefinanzierung des Landes gesichert.
- Durch die erheblich höheren Zuweisungen in den vergangenen fünf Jahren ist es zahlreichen Kommunen gelungen, aus der Haushaltssicherung herauszukommen.
- Wir haben erreicht, dass sich die Bundesregierung höher an Unterkunftskosten bei Hilfsbedürftigkeit beteiligt: Jährlich kommt so rund eine Milliarde Euro mehr bei unseren Kommunen an.
- Mit unseren neuen Förderprogrammen, die speziell auf unsere Dörfer, kleinere Städte und Gemeinden zugeschnitten sind, konnten wir bspw. neue Dorfgemeinschaftshäuser als Treffpunkt der Generationen bauen oder sanieren, wie auch die Infrastruktur der Freiwilligen Feuerwehren modernisieren.
- Wir haben die städtische Entwicklung durch neue Initiativen, die Stadt und Land zusammendenken und eine gemeinsame Weiterentwicklung voranbringen, gestärkt.
- Mit dem Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet“ fördern wir mit 150 Millionen Euro ehrenamtliche und städtische Initiativen zur Gestaltung und Weiterentwicklung unserer Heimat.

Machen, worauf es ankommt

- Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land
- Heimatförderprogramm fortsetzen
- Kommunen entschulden
- Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen
- Konnexitätsregeln überprüfen („Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen“)
- Landesentwicklungsplan wird Fortschrittsplan
- Innenstädte lebendig halten
- Bauprogramm für Schulen, Rathäuser, Feuerwehrgerätehäuser und Sportstätten

Für Heimat

Tausende Menschen in Nordrhein-Westfalen gestalten jeden Tag im Großen und im Kleinen ihre Heimat. Orte der Identifikation werden erhalten oder neu geschaffen. Brauchtum und Tradition werden gepflegt und an die nächsten Generationen weitergegeben. Das landeseigene Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.“ hat genau das zum Ziel. Wir werden das erfolgreiche Förderprogramm fortführen und damit noch mehr Menschen als bisher für unsere Heimat Nordrhein-Westfalen begeistern.

Für sichere kommunale Haushalte

Kommunale Selbstverwaltung setzt kommunalen Handlungsspielraum voraus. Durch die erheblich höheren Zuweisungen in den vergangenen fünf Jahren ist es zahlreichen Kommunen gelungen, aus der Haushaltssicherung herauszukommen. Trotz dieser Verbesserungen in den Kommunalhaushalten, drücken Kommunen die kommunalen Kassenkredite. Die Ursachen sind größtenteils historisch gewachsen: Seit Ende der Achtzigerjahre sind den Kommunen immer neue Aufgaben übertragen worden, ohne adäquaten Finanzausgleich. In den vergangenen fünf Jahren konnten Aufgaben neu strukturiert werden. In Teilen sorgte dies schon für merkliche Entlastungen.

Bei zahlreichen Aufgaben äußert sich die Arbeitsteilung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den Kommunen in gespaltenen Entscheidungs-, Durchführungs- und Finanzierungskompetenzen der öffentlichen Aufgabenerfüllung. Die kleinteilige, ressortbezogene strikte Konnexitätsregel Nordrhein-Westfalens behindert eine ganzheitliche Behandlung von Herausforderungen.

- Wir werden dazu beitragen, dass die Verschuldung über die Kassenkredite zurückgeführt wird. Dazu bedarf es eines bundesweiten Entschuldungskonzeptes für die Kommunen.
- Wir werden eine Kommission unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände einsetzen, die sich mit der Erfassung aller Konnexitätsausgleiche befasst. Damit knüpfen wir an die Ergebnisse der erfolgreichen Transparenzkommission Nordrhein-Westfalen an.
- Wir wollen das Gemeindefinanzierungsgesetz weiterentwickeln, um Fragen der regionalen Wasserversorgung und der Hochwasserrisikovorsorge dauerhaft zu klären.
- Wir treten ein für eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer: Da, wo sie anfällt, soll sie vereinnahmt werden.
- Wir werden die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen unter Vermeidung von Konnexitätsfolgen abschaffen.

Für die Kommune 2030

Unsere Dörfer, Städte und Gemeinden sind Lebens-, Arbeits- und Wohnort für rund 18 Millionen Menschen. Wir werden sie auf ihrem Weg in das Jahr 2030 unterstützen, die notwendigen Veränderungen anzugehen.

- Wir brauchen einen Neustart bei der Landesentwicklungsplanung. Der Landesentwicklungsplan soll zum Fortschrittsplan für Nordrhein-Westfalen werden – unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltschutz, dem Ausbau Erneuerbarer Energien, der integrierten Stadt- und Mobilitätsentwicklung sowie wirtschaftlicher Belange für Industrie und Gewerbe. Wir werden den Landesentwicklungsplan weiterentwickeln und für die Kommunen klare, transparente und einfach anzuwendende Leitlinien schaffen.

- Für die Entwicklung unseres Landes, für mehr Wohnraum, für die dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen durch Gewerbeansiedelung, für Land- und Forstwirtschaft, für Grün- und Freiraumflächen und Flächen für die öffentliche Infrastruktur und zur Daseinsvorsorge ist ein zielführendes Flächenmanagement wichtig.
- Wir werden im Rahmen der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes dafür Sorge tragen, dass mehr Flexibilität bei der Ausweisung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen geschaffen wird, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu entwickeln und Konkurrenzsituationen zu besonders schützenswerten Siedlungsbereichen zu vermeiden.
- Die Menschen erwarten eine professionelle Erledigung ihrer Anliegen und zugleich eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Gemeinwesens. Wir werden eine Aufgabenkritik vornehmen, um Kommunen besser in die Lage zu versetzen, mit kommenden Herausforderungen umzugehen. Wir werden aus der Gemeindeordnung, der Kreisordnung, der Landschaftsverbandsordnung und dem Gesetz über den Regionalverband Ruhr eine starke Kommunalverfassung für das Land Nordrhein-Westfalen schaffen.
- Städte, Gemeinden und Gemeindeverbände stehen vor der besonderen Herausforderung, offene Stellen in ihren Verwaltungen nicht oder nur unzureichend besetzen zu können. Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden werden wir an Lösungen arbeiten.
- Je verdichteter eine Stadt ist, umso größer sind die Herausforderungen im Zuge der klimatischen Veränderungen. Die Menschen brauchen Freiraumflächen, Stadtgrün, Luftschneisen etc. für ein positives Stadtklima. Da die innerstädtische Nachverdichtung bzw. die Innenentwicklung oftmals scheitern, werden wir dafür Sorge tragen, dass es weiterhin möglich ist, neue Flächen auszuweisen – so umweltverträglich wie möglich und unter Beachtung ökologischer Ausgleiche.
- Wir werden ein landeseigenes Programm „Ländliche Räume mit Zukunft“, das sich besonders an kleinere Gemeinden mit bis zu 15.000 Einwohnern richtet, auf den Weg bringen. Damit werden die Landesprogramme zur Stärkung der ländlichen Räume zusammengeführt und stärker als bisher auf die Bedürfnisse ausgerichtet.
- Zur Stärkung des ländlichen Raumes werden wir in mehreren Modellprojekten „ReGen smart Villages“ auf den Weg bringen, die sich u. a. mit Erneuerbarer Energie selbst versorgen.
- Bei der Neuausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten setzen wir auf das „Klimaschutz-Industriegebiet“ bzw. das „Klimaschutz-Gewerbegebiet“ und schaffen damit die Zukunftsvoraussetzungen für eine nachhaltige Gebietsentwicklung, sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze bei möglichst „null Emission“ von CO_2.

Die zahlreichen Gebäude der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge im kommunalen Besitz müssen für die Zukunft ertüchtigt werden: Dies umfasst insbesondere die Umstellung der Strom- und Wärmeversorgung, die Sicherung der Informationstechnik und Anpassungen

an moderne Arbeitsumfelder für die kommunalen Beschäftigten. Daneben treten in vielen Fällen Neubauten, weil sich Sanierungen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht rechnen.

- Über die landeseigene Förderbank, die NRW.BANK werden wir ein landesweites Bauprogramm auf den Weg bringen, damit insbesondere Schulen, Rathäuser, Feuerwehrgerätehäuser und Sportstätten für die Zukunft in unseren Gemeinden und Städten gebaut werden können.
- Um die kommunale Handlungsfähigkeit weiter zu stärken, werden wir zahlreiche Einzelförderprogramme zur Entlastung des Förderdschungels bündeln: Kommunen sollen das bauen oder sanieren können, was wirklich erforderlich ist und nicht, wofür es ein Förderprogramm gibt.
- Wir werden noch strikter als bisher darauf achten, dass städtebauliche Maßnahmen, die für eine Förderung angemeldet werden, tatsächlich umsetzbar sind. Nach einer Phase des Abbaus von Ausgaberesten sind diese zuletzt wieder angestiegen.
- Wir prüfen, wie wir Kommunen auch bei der praktischen Umsetzung unserer Bauförderprogramme unterstützen können.

Für starke Innenstädte

Unsere Innenstädte sind das Gesicht einer jeden Kommune.

- Wir werden die erfolgreiche Landesinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen.“ weiter stärken.
- Wir haben in der Corona-Pandemie die Innenstädte stabilisiert. Wir werden diese Maßnahmen fortsetzen und weiterentwickeln.
- Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, passgenaue Konzepte zur Entwicklung der Innenstädte aufzulegen. Ein Schwerpunkt wird dabei sein, sogenannte Frequenzbringer in den Städten zu haben. Wir werden die von uns neu geschaffenen Freiheiten der Bauordnung (Innovationsklausel) für die Innenstädte nutzen und das Thema Umnutzung weit oben auf der Agenda halten. Wir werden die Möglichkeiten der Nutzungsänderungen erleichtern und fördern die Stadt der Zukunft mit Handel, Wohnen, Logistik, Kultur, Start-Up-Szene, Handwerk und Gastronomie in den Zentren.

Hybride Handelskonzepte gewinnen zunehmend an Bedeutung und machen die Stadt vielfältiger, zum Beispiel Showrooming in der Innenstadt plus gemeinschaftliche Warenlagerzentren in oberen Etagen eines Kaufhauses.

- Der Weg zum hybriden Handel und zur gemischt genutzten Innenstadt ist vorgezeichnet. Wir werden diesen begleiten, indem wir neue Formen der Nutzung fördern und die Ansiedlung solcher Modelle unterstützen.
- Wir werden ein strategisches digitales Leerstandskataster an die Stelle punktueller Einzelfallbetrachtungen setzen und so Datenbanken für aktives Ansiedlungsmanagement für Handelsflächen etablieren.

Viele Warensendungen erreichen die Kundinnen und Kunden nicht zu Hause – auch nicht trotz mehrfacher Zustellversuche.

- Wir werden gemeinsam mit den Logistik- und Handelsunternehmen die letzte Meile neu denken.
- Professionelles Ansiedlungs- und Leerstandsmanagement, auch in Stadtteilzentren, muss koordiniert werden. Die über die Landesinitiative „Zukunft. Innenstadt. Nordrhein-Westfalen“ etablierten „Zukunftsmanagerinnen und Zukunftsmanager“ für die Innenstädte wollen wir dauerhaft etablieren.

Für interkommunale Zusammenarbeit

Rund 1.500 kommunale Kooperationsprojekte gibt es bereits in unserem Land. Gerade für kleinere Kommunen bieten sich Innovationspartnerschaften an, um neue Wege gehen zu können. Wir haben hierzu in den vergangenen Jahren zahlreiche Impulse gegeben. Wir werden die interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen und da, wo es erforderlich ist, Gesetze ändern, um diese zu ermöglichen. Hierzu gehört, dass wir auf Bundesebene dafür eintreten, dass § 2b Umsatzsteuergesetz nicht zu einer Verhinderungsvorschrift für die interkommunale Zusammenarbeit wird.

4. Öffentlicher Dienst

Wir bekennen uns zum Berufsbeamtentum und wollen es für die Herausforderungen der Zukunft stärken und attraktiver machen.

Etwa 860.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen arbeiten im öffentlichen Dienst. Damit gehört er zu den größten Arbeitgebern. Bis 2036 scheidet etwa die Hälfte der Beschäftigten aus Altersgründen aus. Um seine Leistungsfähigkeit und Schlagkraft beizubehalten, muss der öffentliche Dienst fit für die Herausforderungen der Zukunft gemacht werden.

Das haben wir erreicht

- Wir haben die Dienst- und Versorgungsbezüge von 2019 bis 2021 durch zeit- und wirkungsgleiche Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich um insgesamt 7,8 Prozent erhöht.
- Wir haben das Tarifergebnis 2021 1:1 auf den Beamten- und Richterbereich übertragen. Dadurch haben alle aktiven Beschäftigten eine einmalige steuerfreie Corona-Sonderzahlung von 1.300 Euro erhalten, und zusätzlich wird die Besoldung ab 1.12.2022 um 2,8 Prozent für alle erhöht.
- Wir haben die Kostendämpfungspauschale abgeschafft. Spätestens seit der Abschaffung der Praxisgebühr stellte die Kostendämpfungspauschale ein einseitiges Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten zur Haushaltskonsolidierung dar.
- Wir haben die Einkommensobergrenze bei der Beihilfe für berücksichtigungsfähige Ehegatten/Lebenspartnerinnen und -partner auf 20.000 Euro erhöht.
- Wir haben die Alimentation von Familien mit Kindern vom ersten Kind an nach oben angepasst.

Machen, worauf es ankommt

- Effiziente Verwaltung als attraktiver Arbeitgeber
- Zulagenwesen anpassen
- Duales System der Gesundheitsfinanzierung sichern
- Transparente Regeln für mobiles Arbeiten
- Menschen mit Einwanderungsgeschichte bereichern den öffentlichen Dienst

Für eine effiziente Verwaltung als moderner und attraktiver Arbeitgeber

Wir sehen die Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber und bürgerfreundlichen Dienstleister.

- Wir wollen das Zulagenwesen für die Anerkennung besonderer Belastungen stärken und es anpassen, die Mehrdienstzeiten vor dem Verfall schützen und die Auszahlung steuerlich attraktiv gestalten. Für uns steht fest: Wer mehr leistet, soll hierfür entsprechend entlohnt werden.
- Wir wollen im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte punkten und werden dafür eine Verkürzung der Probezeit bei guten Abschlussnoten prüfen. Ebenso streben wir eine Erhöhung der Eingangsbesoldung für Beamtinnen und Beamte der Laufbahngruppen 1.1 und 1.2 an. So wollen wir schnell berufliche und finanzielle Sicherheit geben, die für junge Menschen zu Beginn ihres Berufslebens besonders wichtig sind. Zudem wollen wir die Möglichkeiten zur Vergabe von Amtszulagen ausbauen.
- Wir werden die Dienstgebäude für eine gute und nachhaltige Arbeitsatmosphäre weiter sanieren und dabei zugleich energetisch aufwerten.
- Wir stehen zum Berufsbeamtentum mit seinen drei Säulen aus Versorgung, Alimentation und Beihilfe. Daher lehnen wir eine pauschale Beihilfe beziehungsweise die zwangsweise Einheitsversicherung ab. Wir werden das duale System der Gesundheitsfinanzierung aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung mit dem bewährten System der Beihilfe erhalten. Und wir sorgen mit der Weiterentwicklung des aktiven Gesundheitsmanagements für das wichtigste Gut des Menschen, die Gesundheit.
- Wir haben ein System für Lebensarbeitszeitkonten als flexibles Instrument für die verschiedenen Arbeits- und Lebensphasen eingeführt. Dieses werden wir evaluieren und an neue Herausforderungen anpassen.
- Teilzeitmodelle werden keine Arbeitszeitmodelle zweiter Klasse sein, Teilzeitbeschäftigte bekommen gleiche Chancen auf Aufstieg und persönliche Entwicklung in unserer öffentlichen Verwaltung.
- Die Corona-Pandemie hat die Türen für mehr Digitalisierung in der Verwaltung geöffnet. Damit diese gemeinsam mit den Beschäftigten gelingt, wollen wir eine neue Kultur der öffentlichen Verwaltung etablieren: digital und dezentral. Wir werden dafür u. a. dezentrale Einrichtungen von Behörden des Landes über ganz Nordrhein-Westfalen verteilt ermöglichen, gerade im ländlichen Raum. Damit werden Fahrtwege

verkürzt, der Klimaschutz verbessert und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt.

- Wir sehen im Homeoffice eine Chance sowohl für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch für die Verwaltung insgesamt. Damit diese genutzt wird, braucht es jedoch klare und transparente Regeln für mobiles Arbeiten, bspw. beim Arbeits- und Datenschutz. Diese werden wir gemeinsam mit den Betroffenen zeitnah erarbeiten.
- Um den Bedarf an Fachkräften decken zu können, werden wir mit dem kommunalen Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften eine langfristig wirkende Ausbildungsstrategie sowie eine Strategie für die Gewinnung und Qualifizierung für den öffentlichen Dienst auf den Weg bringen. Im Rahmen dieser Strategie soll auch die Durchlässigkeit zwischen öffentlichem Dienst, Privatwirtschaft, Wissenschaft sowie der kommunalen und Landesebene verbessert werden.
- Wir werden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst weiter stärken. Der öffentliche Dienst kann als moderner Arbeitgeber mit flexiblen Arbeitszeitmodellen punkten. Wer Kinder oder pflegebedürftige Angehörige betreuen muss, soll vom Arbeitgeber Unterstützung erfahren. Wir wollen eine Verpflichtung zur Kinderbetreuung in den Landesbehörden prüfen.
- Um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter zu stärken, wollen wir den Beschäftigten des Landes das Angebot eines Job-Fahrrads machen. Damit machen wir ein klimafreundliches und zukunftsweisendes wie nachhaltiges Mobilitätsangebot.
- Wir werden eine aktive und attraktive Personalgewinnung von jungen Menschen mit Einwanderungsgeschichte fördern und eine entsprechende Initiative starten.

5. Lebendige Demokratie

Freiheit, Frieden und Demokratie sind nicht umsonst zu haben. Wir müssen sie besser wertschätzen und nach innen und außen verteidigen.

<u>Das haben wir erreicht</u>

- Einsetzung der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“
- Stärkung der politischen Bildung, insbesondere im digitalen Raum
- Wir haben den Einsatz der Landeszentrale für politische Bildung gegen Extremismus und Antisemitismus verstärkt. Diese führt u. a. Thema-Fachtagungen durch oder die Ausbildungsreihe, die sie mit der Ruhr-Universität Bochum und dem Deutschen Gewerkschaftsbund Nordrhein-Westfalen gestartet hat.
- Stärkung des kommunalpolitischen Ehrenamtes

Machen, worauf es ankommt

- Doppelstrategie für den Erhalt der lebendigen Demokratie
- Politische Bildung gegen Hassgewalt, Extremismus und Antisemitismus
- Chancen der digitalen Demokratie-Teilhabe nutzen

Für eine lebendige und starke Demokratie

Für den Erhalt einer lebendigen Demokratie in Nordrhein-Westfalen brauchen wir eine Doppelstrategie: Werben und fit machen für politische Partizipation einerseits, wehrhafter Kampf gegen jegliche Form von Extremismus andererseits.

- Wir werden die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie umsetzen.
- Der Landtag und das neue Haus der Geschichte sind zwei von vielen Orten, an denen die Menschen mit der Demokratie unmittelbar in Berührung kommen können. Deshalb wollen wir die Besucherzahlen dieser Einrichtungen steigern.
- Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen wieder mehr politische Bildung in den Schulen. Die politische Bildung der außerschulischen, gemeinwohlorientierten Träger ist im novellierten Weiterbildungsgesetz gesetzlich verankert worden. Wir werden sie finanziell stärken.
- Wir wollen flächendeckende Aus- und Weiterbildungsangebote für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes des Landes und der Kommunen, in denen der Umgang mit radikalen und extremistischen Haltungen erläutert und geschult wird.
- Wir werden die wissenschaftliche Forschung und Begleitung zu allen Erscheinungsformen von Populismus, Radikalisierung und Extremismus stärken. Die Erkenntnisse sollen unmittelbar in die Handlungskonzepte zur Stärkung unserer lebendigen Demokratie einfließen.
- Wir werden einen differenzierten Aktionsplan „Jugendbeteiligung in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten und umsetzen.
- Wir werden die Förderung von Gedenkstättenfahrten in ehemalige Konzentrationslager verdoppeln.
- Wir wollen die Chancen einer digitalen Demokratie-Teilhabe weiter erforschen und erproben.
- Wir werden im Kinder- und Jugendförderplan Demokratie und Mitbestimmung verstärkt fördern.

Für eine starke Landeszentrale für politische Bildung

Die Landeszentrale fördert das Verständnis für unsere demokratischen Abläufe und stützt damit das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt notwendige Wertegerüst.

- Wir wollen diejenigen, die sich von der Demokratie nicht mehr angesprochen fühlen, für die Demokratie zurückgewinnen. Eine stärkere Kooperation mit der Weiterbildung soll dabei helfen.

- Wir stärken die digitale Demokratiekompetenz durch Entwicklung von attraktiven Zugängen für Jugendliche. Wir fördern neue Veranstaltungsformate und Methoden.
- Wir legen ein Programm mit dem Titel „Demokratie ist Haltung“ auf. Darin sollen insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zur Teilhabe angesprochen werden.
- Die Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung wird weiter ausgebaut.
- Wir werden rechtlich, organisatorisch, politisch und präventiv mit wirkungsvollen Programmen dem Populismus, Rassismus, Extremismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen den Boden entziehen.
- Wir werden die Arbeit der Antisemitismusbeauftragten weiter stärken.
- Wir fördern die stärkere Kooperation von Kultur und politischer Bildung.

6. Medien und Games

Nordrhein-Westfalen ist Medienland. Eine vielfältige und starke Medienlandschaft mit zahlreichen, unterschiedlichen Angeboten und Akteuren prägt unser Bundesland. Sie ist zudem ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Diesen wollen wir weiter ausbauen und stärken.

In Zeiten zunehmender Polarisierung ist Medienvielfalt ein Schutzschild gegen gezielte Desinformation und für unsere Demokratie, gerade in den sozialen Medien. Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehen wir darin eine Chance, das eigene inhaltliche Profil zu schärfen.

Das haben wir erreicht

- Wir haben die Mittel für die Film- und Medienstiftung NRW fast verdoppelt: 2021 betrugen die Landesfördermittel für Film, TV und Games insgesamt 17,2 Millionen Euro.
- Um die Funktionsfähigkeit zu stärken, haben wir die WDR-Gremien (Rundfunkrat) verschlankt und die Prozesse entbürokratisiert.
- Für eine vielfältige Radiolandschaft und einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk haben wir die Gesamtstrategie Radio in Nordrhein-Westfalen 2022 konzipiert. Medienkompetenz haben wir als zentrales Thema der Digitalstrategie etabliert und mehr Mittel für Förderung bereitgestellt.
- Mit dem #DigitalCheckNRW haben wir ein echtes Leuchtturmprojekt zur Stärkung von Medienkompetenz gestartet, das bundesweit führend und Vorbild für andere Bundesländer ist.
- Wir haben die Fördergelder zur Entwicklung von Spielen verdreifacht. Sie betragen nun drei Millionen Euro pro Jahr.

Machen, worauf es ankommt

- Medienvielfalt erhalten, Lokaljournalismus stärken, Medienbildung fördern
- Vorreiter und Vorbild in Sachen Informations- und Medienkompetenz werden

- Vertrauenswürdige Informationsquellen sicherstellen
- Qualitätsjournalismus muss bezahlbar bleiben
- Gaming-Industrie ist Zukunftsmarkt

Für das Fernseh- und Filmland

- Wir werden die Standort- und Produktionsbedingungen weiter verbessern und die gezielte Förderung des Film- und Fernsehstandorts Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Dafür werden wir Mittel für die Film- und Medienstiftung NRW weiterhin kontinuierlich anpassen, damit sie neben klassischen Film- und Fernsehproduktionen innovative, interaktive und multimediale Internet- und Games-Projekte fördern kann.
- Zur Kultur unseres Landes gehört eine lebendige Kinolandschaft. Wir werden Kinos im ländlichen Raum stärken.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des dualen Rundfunksystems im digitalen Zeitalter ein – für einen starken Lokalfunk und einen modernen WDR.

- Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren die Potenziale, die das System aus sich selbst entfalten kann, nutzen, um die Lokalsender beim Umstieg in das digitale Zeitalter zu unterstützen.
- Um den Lokalfunk zu stärken, wollen wir mit der Landesmedienanstalt NRW Möglichkeiten suchen, Kosten für Übertragung und Verbreitung zu senken.
- Wir schärfen das Profil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und entwickeln im Rahmen unserer Möglichkeiten Struktur und Auftrag des WDR zukunftsfähig weiter.
- Im öffentlich-rechtlichen Profil sollen künftig Angebote, die zur inhaltlichen Vielfalt beitragen und von privaten Medien weniger gewährleistet werden können, stärker zum Ausdruck kommen.
- Wir wollen den Rundfunkanstalten mehr Eigenverantwortung geben.

Wir schärfen den ganzheitlichen und systematisierten Ansatz im Bereich Medienkompetenzförderung.

- Wir bauen die Medien- und Informationskompetenz als Schlüsselqualifikation für die digitale Welt aus – gegen Bedrohung, Hass und Fake News im Netz, für reflektierten und kreativen Umgang mit digitalen Technologien und sozialen Medien.
- Wir wollen alle Menschen in Nordrhein-Westfalen dazu befähigen, sich in der medialen Welt sicher und eigenständig zu bewegen. Deshalb stärken und vernetzen wir die vielfältigen Initiativen für mehr Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, um ihnen die sichere, verantwortungsvolle und kreative Nutzung digitaler Medien zu ermöglichen.
- Wir unterstützen den Weg der Landesanstalt für Medien (LfM), die zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für Medienkompetenz-Projekte in Nordrhein-Westfalen zu werden, und stärken die Rolle der LfM beim digitalen Kinder- und Jugendmedienschutz sowie beim Kampf gegen Hatespeech, Desinformation und Extremismus im Netz.

Für aktive und zukunftsorientierte Medien- und Netzpolitik

- Wir unterstützen Initiativen für verbesserte Ausbildung und Maßnahmen zur Nachwuchs-Gewinnung und zur Förderung von Lokaljournalismus. Das Grimme-Institut wollen wir mit dem Ziel, Medienqualität und Mediendiskurs zu fördern, weiter profilieren.
- Wir wollen dafür sorgen, dass professionell geprüfte, journalistisch-redaktionelle Informationen und Inhalte im Netz ungehindert und diskriminierungsfrei auffindbar und zugänglich sind.
- Wir wollen mithelfen, dass Qualitätsjournalismus insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene im Netz konkurrenzfähig bleibt, und uns weiterhin dafür einsetzen, dass Journalismus in der Abgabenordnung als gemeinnützige Tätigkeit anerkannt wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Werbevorgaben in Internet und Rundfunk rechtlich einheitlich gestaltet werden.
- Wir unterstützen den Aufbau einer länderübergreifenden digitalen Plattform in Europa. Wir setzen uns für mehr Inklusion, Integration und Diversität in den Medien ein und fördern barrierefreie Medienangebote.
- Wir unterstützen nachhaltige Arbeitsweisen sowie die Einhaltung von Tarifverträgen und sozialen Standards bei Dreharbeiten und Produktionen.

Für den weiteren Ausbau der Games-Branche

- Wir werden die erfolgreichen Veranstaltungs- und Dialogformate für die Games-Branche, die Film- und Medienwirtschaft sowie die Medienhäuser fortsetzen und weiterentwickeln. Formate wie der Games-Gipfel und der Mediengipfel sollen weiterhin regelmäßig stattfinden.
- Wir werden den Medien- und Digitalstandort Nordrhein-Westfalen weiterhin sichtbar und wirksam präsentieren.
- Das Global Media Forum der Deutschen Welle als festen Treffpunkt der Akteure aus Medien, Wirtschaft und Bildung zu Fragen und Herausforderungen der Zukunft und zu einem Ort der Vernetzung unserer Medienbranche mit internationalen Partnern werden.

Die Games-Branche ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor in unserem Land mit Tausenden innovativen Arbeitsplätzen, die vielfältige Fachkräfte anziehen.

- Wir werden Nordrhein-Westfalen als führenden Games-Standort weiter etablieren.
- Wir wollen die Innovationskraft und Kreativität der Branche für den Einsatz in der beruflichen Weiterbildung und der Bildung nutzen.
- Wir werden nicht nur die Entwicklung von Spielen fördern, sondern auch deren Produktion in Nordrhein-Westfalen.

- Wir werden daher die sehr erfolgreichen Veranstaltungs- und Dialogformate für die Games-Branche, die Film- und Medienwirtschaft und die Medienhäuser weiterentwickeln und das erwähnte Games-Kompetenzzentrum (jetzt: „Fusion Campus“) sowie das Mediennetzwerk Nordrhein-Westfalen unterstützen.

eSport fördert die digitale Verbindung, Integration und Inklusion

- Wir wollen das Know-how der traditionellen Sportförderung in den eSport übertragen, um duale Karrieren zu ermöglichen und das eSport-Training zu professionalisieren.
- Wir wollen die eSports Player Foundation ausbauen.
- Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass eSport in der Abgabenordnung dem Sport gleichgestellt wird

7. Nordrhein-Westfalen in Europa und der Welt

Die Europäische Union garantiert auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ein Leben in Freiheit und Vielfalt. Auf Zusammenarbeit und Fortschritt gründen Frieden, Wohlstand und Freizügigkeit.

Der Angriff auf die Ukraine ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung. Gemeinsam mit unseren europäischen Freunden verurteilen wir ihn auf das Schärfste. Wir unterstützen die Sanktionen, die die Europäische Union verhängt hat. Sie und die NATO verteidigen unsere Sicherheit.

Das haben wir erreicht

- Wir haben den Europabezug in der Landesverfassung verankert.
- Die grenzüberschreitende Kooperation mit Belgien und den Niederlanden wurde in den Bereichen Sicherheit, Arbeitsmarkt, Kultur, Bildung, Mobilität sowie Katastrophen- und Brandschutz intensiviert.
- In der Corona-Pandemie haben wir mit einer Cross-Border-Task-Force ein bundesweit führendes Modell grenzüberschreitender Kooperation geschaffen.
- Wir haben das Landesbüro NRW in Tel Aviv eröffnet und den Austausch mit Israel auf ein neues Niveau gehoben.
- Die Bundes- und UN-Stadt Bonn haben wir u. a. durch die Gründung der Nordrhein-Westfälischen Akademie für Internationale Politik unterstützt.
- Die Partnerschaft mit Ghana konnte neu belebt werden.
- Mit der italienischen Region Piemont haben wir eine neue Partnerschaft gegründet und mit Großbritannien die Kooperation nach dem Brexit vertieft.
- Wir haben mit neuen Initiativen Europa für junge Menschen und Auszubildende erlebbar gemacht.

Machen, worauf es ankommt

- Europa mitgestalten
- Europa soll Chancen, keine neuen Belastungen schaffen
- Subsidiaritätsprinzip schärfen
- Ausbau der Zusammenarbeit im Weimarer Dreieck und in der BeNeLux-Partnerschaft
- Einrichtung eines neuen Landesbüros in London
- Ghana-Kooperation ausbauen

Für ein starkes Land im Herzen Europas

- Die CDU ist die Europa-Partei in Nordrhein-Westfalen. Wir treten ein für eine handlungsfähige Europäische Union, die Eigenverantwortung lebt und eine Werteunion ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Perspektive von Nordrhein-Westfalen in Brüssel stärker berücksichtigt wird. Von der „Konferenz zur Zukunft Europas“ kann hierzu ein wichtiger Impuls ausgehen. Wir werden diesen Prozess mitgestalten.
- Wir werden die Stimmen starker Regionen in Brüssel noch wahrnehmbarer machen und uns dazu eng mit unseren europäischen Partnern abstimmen.
- Wir werden die nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Niederlanden noch enger gestalten und die von uns ins Leben gerufene Grenzlandagenda vorantreiben.
- Unsere Partnerschaft mit der französischen Region Hauts-de-France und dem polnischen Schlesien im Weimarer Dreieck werden wir weiter vertiefen, die enge Verbindung mit dem belgischen Flandern ausbauen und die neue Partnerschaft mit dem Piemont mit Leben füllen.
- Wir wollen einer drohenden Sprachlosigkeit entlang der Grenzen insbesondere bei der jüngeren Generation offensiv begegnen, in dem wir mit unseren Benelux-Partnern bei Lehrerausbildung und Sprachunterricht an Schulen neue Angebote schaffen.

Für den Wandel in Europa

Europa steht vor einer doppelten Transformation: weltweiter Vorreiter bei Klimaschutz und Digitalisierung.

- Wir fordern eine 1:1-Umsetzung von europäischem Recht und keine Überregulierung. Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Freiräume. Wo europäisches Recht in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird, wird dies weiterhin so passieren.
- Wir werden uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Rahmen für die Umsetzung des Europäischen Green Deal und Fit for 55 die richtigen Prioritäten setzt, Innovationskraft entfaltet und bürokratische Gängelung vermeidet.
- Wir treten dafür ein, dass Europa schnellere und einfachere Planungs- und Vergabeverfahren ermöglicht. Das in Nordrhein-Westfalen pilotierte Netzwerk der „Regional Hubs“, das Erfahrungen mit dem Vollzug europäischer Regulierungen sammelt, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Für Solidarität mit Kriegsflüchtlingen

Wenn es darauf ankommt, hilft unser Land. Für uns steht solidarisches Handeln immer im Vordergrund. Dies ist aktuell insbesondere in der Ukraine-Krise gefragt. Viele Mütter mit ihren Kindern, ältere und schwächere Menschen verlassen ihr Zuhause. Sie lassen alles zurück: ihr Hab und Gut, ihre Freunde und Familienangehörige und alles, was ihnen lieb und teuer ist.

Diese schutzbedürftigen Menschen kommen nach Nordrhein-Westfalen, in ein sicheres Bundesland. Wir helfen, wenn es darauf ankommt. Mit Spenden oder konkreten Hilfsangeboten zeigen die Menschen ein großes Herz. Wir dürfen nicht zulassen, dass den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine weiteres Unglück widerfährt. Dafür müssen wir gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern eng zusammenarbeiten. Den Menschen, die zu uns kommen, bieten wir Schutz. Wir werden ihnen Unterkunft geben, ihre organisatorische sowie psychologische Betreuung sowie den Zugang zu gesundheitlicher Versorgung und schulischer Bildung sicherstellen. Wir werden Integrationsangebote machen. Die Kommunen werden wir bei den anstehenden Aufgaben unterstützen.

Für ein sicheres Europa

Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit. Deshalb setzen wir uns für ein sicheres Europa ein.

- Wir stehen für die Stärkung der gesamten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir werden den Ausbau der Digitalisierung bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den zuständigen EU-Agenturen intensivieren.
- Wir werden Europol durch die Entsendung von Beamten weiterhin unterstützen und befürworten insbesondere den Ausbau des Europol-Informationssystems und die verstärkte Kooperation der Behörde mit Unternehmen.

Der Krieg gegen die Ukraine hat das Sicherheitsdenken in Europa verändert. Wir erkennen diese neue Realität an. Deutschland muss mehr in seine Sicherheit und die der Partner in EU und NATO investieren. Wir dürfen uns bei der Heimatverteidigung nicht länger auf andere verlassen.

Der Bund hat ein Sondervermögen von einmalig 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr angekündigt und will die Zusage gegenüber der NATO einhalten, den Verteidigungshaushalt auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen. Dieser Ankündigung müssen nun Taten folgen.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind Staatsbürger in Uniform und damit selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft. Wir brauchen eine Kultur des Respektes ihnen und ihrem Einsatz für Freiheit und Demokratie gegenüber.

Neben der Heimatverteidigung zählt zu den Aufgaben der Bundeswehr der Heimatschutz. Bei Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen, bei innerem Notstand und Amtshilfe, wie bspw. während der Corona-Pandemie, leistet sie hervorragende Arbeit.

- Wir unterstützen den Bund dabei, die Bundeswehr personell, materiell, technisch und strategisch für die Aufgaben von heute und morgen fit zu machen. Dabei ist es zwingend, für die Bevölkerung eine Informations- und Aufklärungskampagne zu den

Aufgaben und der Rolle der Bundeswehr in unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu starten.

- Die Bundeswehr muss wieder in die Lage versetzt werden, das deutsche Staatsgebiet und die eigene Bevölkerung wirksam zu verteidigen. Zudem muss sie ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen können.
- Die Jugendoffiziere und -offizierinnen der Bundeswehr leisten mit ihren Informationsveranstaltungen in weiterführenden und berufsbildenden Schulen einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Wir werden diese Kooperationsvereinbarung für eine Zusammenarbeit im Schulunterricht fortsetzen und erweitern sowie ihnen uneingeschränkten Zugang zu staatlichen Bildungseinrichtungen ermöglichen.
- Wir unterstützen die Initiativen für einen verpflichtenden Freiwilligen Dienst für die Gesellschaft. Dieser richtet sich an junge Männer und Frauen nach Ende ihrer Schulzeit und soll sich nicht nur auf die Bundeswehr beschränken.

<u>Für die Zusammenarbeit mit unseren Partnern</u>

- Wir wollen den Katastrophenschutz grenzüberschreitend besser vernetzen, bestehende Grenzhindernisse weiter abbauen und den grenzüberschreitenden Verkehr stärker vernetzen.
- Wir wollen für junge Menschen neue Möglichkeiten für Erfahrungen im europäischen Ausland schaffen – in der Schule, in der Ausbildung, im Beruf, an der Hochschule und im Vereinsleben. Wir wollen den europäischen Jugendaustausch stärken und die Einführung eines parlamentarischen Patenschaft-Programmes anstoßen.
- Die Versöhnung und Verständigung mit Israel hat für uns herausragende Bedeutung. Dieses freundschaftliche Miteinander werden wir vertiefen.
- In Anlehnung an das erfolgreiche Modell eines Landesbüros in Israel wollen wir in London ein Büro etablieren, das die ganze Breite der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich abbildet.
- Wir wollen unsere Zusammenarbeit mit dem US-Bundesstaat Pennsylvania ausbauen und neue Kooperationen mit amerikanischen Bundesstaaten und kanadischen Provinzen gerade in den Bereichen Klimaschutz, Katastrophenabwehr und neue Technologien eingehen.
- Neue Perspektiven sind das Ziel unserer Partnerschaft mit Ghana: Wir wollen gemeinsam mit den zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft die gerade verlängerte Partnerschaft mit neuen Ideen und Projekten füllen. Wir werden Ghana dabei unterstützen, aus eigener Kraft Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Hierzu werden wir den Verwaltungsaustausch weiter ausbauen.
- Wir wollen Bonn als einzigen UN-Standort Deutschlands weiter unterstützen und neue Projekte fördern, die sich den globalen Herausforderungen und den Zielen nachhaltiger Entwicklung widmen – vom Klimawandel über die Pandemiebekämpfung bis hin zum demografischen Wandel und zur Polarisierung der Gesellschaften.